

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Abwehrschlacht

Im Juliheft 2014 des „RotFuchs“ schrieb Klaus Steiniger, nach dem 13. August 1961 habe er die „schwergewichtige Wortkombination Antifaschistischer Schutzwall“ vermieden, jetzt aber verwende er sie sehr bewusst: „Die Entwicklung auf dem Kontinent und hierzulande erfordert dringend und zwingend einen wirksamen antifaschistischen Schutzwall gegen die ansteigende Nazi-Welle.“

„Lanz“ im April: „Ich glaube, wir dürfen nicht vergessen, daß auch wenn Russen europäisch aussehen, daß es keine Europäer sind – im kulturellen Sinne.“ Das ist von „Untermensch“ oder „jeder Schuß ein Ruß“ nicht weit entfernt, es ist dasselbe: der Russe als Weltfeind, der nach Annalena Baerbock „ruiniert“ werden muß. Politisch und geistig befindet sich die BRD im Kriegszustand. Daran, daß sie es auch militärisch wird, arbeiten

die Regierung aus SPD, Grünen und FDP und die in Kiew regierende Clique mit vereinten Kräften, vor allem mit Milliardenbeiträgen.

Wer den Putsch von Nationalisten und Faschisten vom 22. Februar 2014 in Kiew und den von ihnen zynisch „antiterroristische Operation“ genannten Krieg gegen die russischsprachigen Bewohner des Donbass verfolgte, konnte diese Entwicklung ahnen. Klaus Steiniger schrieb im Juli 2014 weitsichtig:

„Während die bundesdeutsche Medien-Mafia in ihrer Berichterstattung über Aufmärsche ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS in den baltischen Mitgliedsstaaten des Brüsseler Paktsystems äußerste Zurückhaltung an den Tag legt, spielt sie unablässig die ukrainische Karte. Dabei verschweigt man bewußt die Tatsache, daß die durch einen faschistischen Putsch ans Ruder gebrachte Kiewer Kamarilla von Obamas Vizepräsident Biden, Merkels Außenminister Steinmeier und weiteren ‚westlichen Repräsentanten‘ hofiert und installiert worden ist. Es handelt sich keineswegs nur um einen Austausch von Oligarchen an der Staatsspitze der Ukraine oder die Einsetzung eines langjährigen CIA-Agenten als ‚Premier‘ der mit Nazis der Swoboda- Partei und des Rechten Sektors vollgestopften ‚Exekutive‘. Weit mehr als das: Ein großes europäisches Land wurde auf einen äußerst gefährlichen Weg gestoßen. Die vom Kiewer Regime mit Hilfe ‚privater‘ US-Killerkommandos in der Ostukraine begangenen Untaten rufen die Erinnerung an schlimme Geschehnisse in der Zeit der Naziokkupation wach. Nachdem

bereits die Bevölkerung der urrussischen Krim in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht für die Rückkehr ins historische Vaterland optiert hatte, stellte auch die Proklamierung der demokratisch legitimierten Volksrepubliken Donezk und Lugansk einen Akt der Souveränität dar. Beim Widerstand der Ostukrainer handelt es sich um eine antifaschistische Abwehrschlacht, die in der Tradition des Großen Vaterländischen Krieges der Völker der Sowjetunion steht.“

Dem ist wenig hinzuzufügen. Am 16. Februar 2022 begann Kiew laut den Aufzeichnungen der OSZE-Beobachter, erneut massiv die Wohngebiete im Donbass zu beschießen. Am 1. Juni berichtete der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Gennadi Sjuganow, daß seit einigen Tagen der stärkste Beschuß von Schulen, Krankenhäusern und Wohngebäuden in Donezk seit acht Jahren verzeichnet werde. Denn Kiew verfüge nun über US-Langstreckenhaubitzen vom Typ M777. Das sei, so Sjuganow, „die barbarische Strategie von Selenskij und seinen westlichen Puppenspielern“. Am selben 1. Juni kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag an, daß bald deutsche Waffen die M777 ergänzen werden.

Die Abwehrschlacht geht weiter. No pasaran!
Arnold Schölzel



Donezk, Demonstration am 20. Dezember 2016: „Der Faschismus wird nicht durchkommen“

Seitdem sind acht Jahre vergangen, die Forderung ist dringender als damals. Der Stimmenanteil extrem rechter Parteien in den EU-Staaten ist zumeist weiter gestiegen, in der Bundesrepublik wird praktisch im Wochentakt ein „Einzelfall“ von Waffen- und Munitionshortung durch Faschisten aufgedeckt. Sie sind zumeist Angehörige von Polizei und Bundeswehr, es existiert hierzulande längst ein stabiles Netzwerk der Mordfraktion des Kapitals.

Die Führung der Ukraine fungiert in dieser Entwicklung als Brandbeschleuniger: Wer wie alle großen Medien seit 2014 notorisch leugnet, daß in der Kiewer Regierung Faschisten und extreme Nationalisten das Sagen haben, der läßt einen Botschafter wie den der Ukraine und dessen faschistische Gesinnung fast täglich im öffentlich-rechtlichen Fernsehen und in der Presse zu Wort kommen. So ist es in den vergangenen Monaten wieder Gewohnheit geworden, wie Melnyk öffentlich zu behaupten, „alle Russen sind Feinde“. Oder wie eine Professorin bei

über Aufmärsche ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS in den baltischen Mitgliedsstaaten des Brüsseler Paktsystems äußerste Zurückhaltung an den Tag legt, spielt sie unablässig die ukrainische Karte. Dabei verschweigt man bewußt die Tatsache, daß die durch einen faschistischen Putsch ans Ruder gebrachte Kiewer Kamarilla von Obamas Vizepräsident Biden, Merkels Außenminister Steinmeier und weiteren ‚westlichen Repräsentanten‘ hofiert und installiert worden ist. Es handelt sich keineswegs nur um einen Austausch von Oligarchen an der Staatsspitze der Ukraine oder die Einsetzung eines langjährigen CIA-Agenten als ‚Premier‘ der mit Nazis der Swoboda- Partei und des Rechten Sektors vollgestopften ‚Exekutive‘. Weit mehr als das: Ein großes europäisches Land wurde auf einen äußerst gefährlichen Weg gestoßen. Die vom Kiewer Regime mit Hilfe ‚privater‘ US-Killerkommandos in der Ostukraine begangenen Untaten rufen die Erinnerung an schlimme Geschehnisse in der Zeit der Naziokkupation wach. Nachdem

Aus dem Inhalt



Befreiung des Donbass	2
Rathenau – Mord mit Folgen	4
Wann begann der NATO-Krieg?	6
Was tun?	7
Friedensaktivitäten	11
Kriegsdrehzscheibe Rheinland-Pf.	12
Hungerkrise	13
Sanktionen schlagen zurück	14
Moskaus langer Atem	15
Das Gestern im Heute	16
Amerikagipfel	19
Chinas Zukunft	20
Zenz oder Der erfundene Genozid	22
Frauenpolitik der Taliban	24
Oktoberrevolution	28
Leo Jogiches	30
Friedensflug nach Osten	31
Schande von Warschau	32
2. Parteikonferenz der SED	33
170 Jahre Jugendweihe	35

Der Kampf zur Befreiung des Donbass

Die Ukraine erfährt eine bedeutende Niederlage und das Asow-Regiment verliert an Macht

Das Asow-Regiment – die ukrainische Elite-Einheit – das einen militärischen Sieg im tiefen Bunker sitzend erreichen wollte, mußte letztlich vollständig kapitulieren. Da diese rechtsextremistische Gruppierung derzeit in den Sicherheitsstrukturen und der Politik der Ukraine fest verankert und auch der Hauptansprechpartner für den kollektiven Westen ist, wird diese Niederlage weitreichende Folgen für den Staat und dessen Schutzmächte haben. Seit mehr als acht Jahren erfüllt das Asow-Regiment (ein Sammelbegriff für mehrere Nazi-Bataillone) besonders im Osten und Südosten des Landes eine Reihe wichtiger Aufgaben für den ultranationalistischen Machtapparat. Als erstes ist die „Kettenhund- und Wächterfunktion“ zu nennen, die das Asow-Regiment freiwillig in den Streitkräften übernahm, um die separatistischen Probleme zu lösen. Die Geisteshaltung der Nazi-Bataillone kam bereits am 1. Mai 2014 zum Ausdruck, als sie versprachen, alle Separatisten kurzerhand „verschwinden“ zu lassen. Ihre ersten militärischen Erfahrungen machte diese von ihrem Vordenker Andrej Biletzkij – ein Charkower Nazi – gegründete reaktionäre Gruppierung im Zusammenwirken mit dem „Rechten Sektor“ bei der brutalen Niederschlagung separatistischer Bestrebungen und Protest-Bewegungen in Charkow, Odessa und bei dem Versuch, die sich bildenden Donbass-Republiken Donezk (DVR) und Lugansk (LVR) im Keim zu ersticken. Diese nazistische Gruppierung sprengte die ethnisch-nationalistischen Schranken der Bander-Ära-Ideologie der Westukraine und formierte eine rassistische Überlegenheitsideologie speziell für den Osten der Ukraine. Sie wurde über das Innenministerium in die Nationalgarde mit besonderen Aufgaben und Rechten aufgenommen.

Die Asow-Organisation erhob auch territoriale Ansprüche an Rußland. Asow-Politik ist also auch Geopolitik. Die Vermischung von heidnischer Ästhetik mit slawischen und germanischen Elementen zog Rechtsextremisten aus 19 Ländern an, die einfach integriert wurden. Asow wirkte neben seiner Hauptfunktion als bestens bewaffnete militärische Elite-Einheit wie eine Art SS „light“ auf drei weiteren Gebieten: im Bereich Bildung und Erziehung, als Partei „Nationales Korps“ und als „Armee kampfbereiter Straßenaktivisten“. Mit eigenen digitalen Medien, einem Verlag und PR-Abteilung verfügte Asow über eine große gesellschaftliche Ausstrahlung und übte, in Verbindung mit anderen neonazistischen Organisationen, einen enormen Einfluss auf die ukrainische Politik und Gesellschaft aus. Asow vertrat die härteste Linie gegen alle Feinde der Ukraine, gegen Separatisten und vor allem gegen Rußland. Die Gruppierung ging mit faschistischen Methoden gegen kampfunwillige ukrainische Truppen vor und massakrierte gefangene Russen. Es kann angenommen werden, daß die Asow-Nazis eine aktive Rolle

beim totalen Verschwinden vieler NATO-Spezialisten aus den Bunkern des Asow-Stahlwerks gespielt haben.

Die durch die russischen Streitkräfte und der DVR und LVR erzwungene Kapitulation macht die Fähigkeiten Letzterer bei der Entnazifizierung der Ukraine sichtbar und hat große Auswirkungen auf die psychische Verfassung der noch im Donbass kämpfenden Asow- und anderen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK).



Vor Mariupol

Erkenntnisse und Aussagen nach dem Sieg der russischen Streitkräfte (RF-SK) in Mariupol

Ich beziehe mich auf den Schweizer Geheimdienstoffizier Baud, der jüngst in einem Interview seine früheren und weit verbreiteten Aussagen zum Krieg in der Ukraine aktualisierte und verallgemeinerte. Zunächst stellt er fest, daß bei der weiteren militärischen Auseinandersetzung in der Ost-Ukraine die hybriden Elemente seitens des kollektiven Westens immer stärker durch größere und effektivere Waffenlieferungen, durch unbegrenzte Kredite, politische und logistische Unterstützungsmaßnahmen, sowie durch die Bereitstellung von Aufklärungs- und Geheimdienstangaben ausgebaut werden, um damit das in Ramstein formulierte Hauptziel der Westlichen und der Ukraine – die Ukraine muß unbedingt und Rußland darf nicht gewinnen – erreichen zu können. Aktuelle Aktivitäten von USA und NATO-Staaten: Die USA wollen insbesondere Kurzstreckenraketen und Mehrfachraketenwerfer liefern und ukrainische Soldaten daran ausbilden und damit die ukrainischen Verluste ausgleichen; GB verfährt ähnlich; Spanien will eine größere Anzahl Leopard-Panzer mit ausgebildetem ukrainischem Personal bereitstellen und benötigt dazu die Genehmigung Deutschlands; Deutschland bereitet die Übergabe von Panzer-Haubitzen und Gepard-LV-Panzern vor und will ein modernes LV-System, welches nur von Bedienungspersonal der Bundeswehr eingesetzt werden kann, an die Ukraine übergeben; es scheint Einigkeit der westlichen Eliten darüber zu geben, keine modernen Panzer an die Ukraine zu liefern. Russische Kriegsziele hat er nicht genannt. Er führte aber aus, daß die russischen Kriegsziele stets im Innern der

Führungseliten bestimmt werden. Nach Ansicht Bauds habe neben der Regierungspartei „Einheitliches Rußland“ die erneuerte „Liberaler Partei Rußlands“ die patriotischste Haltung und marschiere unter der Flagge von Mütterchen Rußland. Für die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) stehe im Vordergrund, daß die Kampfhandlungen gegen den ukrainischen und internationalen Nazismus gerichtet sind. Baud spricht aus, daß sich die erkennbaren Ziele Rußlands im Verlauf der Operation verändert hätten. Das ist der Erkenntnis geschuldet, daß der Rußland-Ukraine-Krieg nur das Vorspiel für einen globalen Krieg unterhalb der Nuklearschwelle, den USA/NATO gegen Rußland anstreben, ist und daß diese Aussage für Rußland zu Konsequenzen führt, die man ursprünglich nicht gewollt hatte.

Dagegen seien die Kriegsziele der USA klar erkennbar und hätten schon längere Zeit Bestand:

- größtmögliche Schwächung Rußlands, wenn möglich, Regime Change;
- maximale Unterbrechung einer Zusammenarbeit zwischen westeuropäischen Staaten und Rußland;
- Niederhaltung Deutschlands durch erneute Trennung von Rußland und Schwächung der EU.

Alle Handlungen der USA in der Ukraine zielen zuallererst auf das erstgenannte Kriegsziel. Rußland soll zu immer weitergehenden Aktionen getrieben und gezwungen werden, maximal und ausgabenintensiv zu reagieren. Der kollektive Westen will Rußland keine Ruhe und keinen Frieden lassen.

Die Ukraine selbst sei für die USA und die EU nur als total verschuldetes – sprich abhängiges – Land interessant. Dieses Gebiet sei ein erstklassiger Vasall, der, wie Baud formulierte, „für den Westen nur Mittel zum Zweck“ ist. Neue Entwicklungen im Ukraine-Konflikt werden sich deutlicher abzeichnen, nachdem die ukrainischen Streitkräfte im Donbass ausgeschaltet wurden. Aber auch ein möglicher Zusammenbruch der ukr.-SK nach ihrer Zerschlagung im Donbass wird nicht zwangsläufig zum Ende der Kampfhandlungen führen. Das Verlängern des sinnlosen Tötens ist so lange möglich, so lange es politische Vorgaben und Befehlshaber gibt, die das befehlen, und Soldaten, die diese Befehle ausführen. Bis zum tatsächlichen Ende des bewaffneten Kampfes wird noch Zeit ins Land gehen, da die Seiten ihre Ziele noch nicht erfüllt sehen und ihre militärischen Möglichkeiten noch nicht erschöpft sind.

Aussagen zu den Resultaten des Kampfes zur Befreiung des Donbass:

Die Verstärkung der RF-SK im Donbass durch die ehemals Kiewer Gruppierung, die mit effektiveren Waffen ausgerüstet und auf neue taktische Methoden eingestellt wurde

sowie der psychologische Vorteil aus der gewonnenen Schlacht in Mariupol (man kann sogar die bestausgerüsteten Nazi-Bataillone unter den schwierigsten Bedingungen besiegen) führte zu einer merklich höheren Kampfkraft der RF-SK, die gestattete, das in acht Jahren ausgebaute tief gestaffelte Verteidigungssystem der ukr.-SK zu überwinden und trotz minderanzahliger RF-SK zu Durchbrüchen mit Landgewinnen zu kommen. Dabei war die Einnahme des Asow-Stahlwerks und der Stadt Mariupol ein wichtiger Meilenstein der Spezialoperation, bei der bis zu 15 000 Mann der ukr.-SK, eingeschlossen ca. 5000 Mann des nazistischen Asow-Regiments sowie eine größere Anzahl von NATO-Offizieren, außer Gefecht gesetzt wurden. Die mit Syrienerfahrungen modernisierten Panzer T-90M, die weitreichenden und sehr effektiven Mehrfachraketenwerfer und Artilleriesysteme sowie die modernisierten Kampfhubschrauber K-52 und neuesten Aufklärungs- und Kampf-Drohnen, aber auch die Anwendung neuer taktischer Methoden, wie die Anwendung von Halbkesseln und die Zerschlagung von Großkesseln in kleinere „handhabbarere“, sind die Garantien für eine weitere erfolgreichere und verlustärmere Kampfführung im Donbass und im Südosten der Ukraine. Damit wurden die bisherigen Mängel bei der verbundenen Kampfführung, die zu hohen Verlusten bei den RF-SK geführt hatten, überwunden. So konnten trotz heftiger Gegenwehr der ukr.-SK die Städte Isjum, Liman (ohne Zerstörungen) und Propasna befreit werden, stehen andere vor ihrer Einnahme und die südöstlichen Hafen- und Industriestädte werden immer stärker von Land und von der Schwarzmeerflotte blockiert, damit die westliche Militärhilfe dort nicht wirksam werden und der seegestützte Export der Ukraine (z.B. der Getreideexport) nur bei Streichung von westlichen Sanktionen stattfinden kann. Versuche der ukr.-SK, Orte und Städte zurückzuerobern, waren nicht von nachhaltigem Erfolg gekrönt, was darauf hinweist, daß die Masse der vom Westen gelieferten Waffen nicht zum Einsatz kam. Die Republiken DVR und LVR meldeten zu diesem Zeitpunkt bereits über 10 000 ukrainische und ausländische Gefangene. Der ehemalige Bundeswehrgeneral Hans-Lothar Domröse äußerte sich zu der beschriebenen Lage so: „Die Russen waren und sind in der Lage, ein bis zu 800 Kilometer langes und bis 100 Kilometer tiefes Territorium zu erobern und zu halten. Der Donbass ist verloren, egal, was die USA liefern.“ Welche Folgen der für Rußland, trotz intensiver Gegenwehr, zunehmend günstige Verlauf der Kampfhandlungen im Donbass und in der Südukraine für das Verhalten der USA und deren Verbündete im Detail haben werden, ist abzuwarten.

Um den von den USA, der NATO und der Ukraine intensiv vorbereiteten ständigen Bedrohungen zu entgehen, benötigt Rußland einen eindeutigen und nachhaltigen militärischen Sieg in der Ukraine. Er ist für die Russische Föderation (RF) lebenswichtig. Rußland verfügt – mit entsprechendem politischen Willen – über ein ausreichendes Potential, um die Ukraine, trotz aller Hilfe durch den Westen, besiegen zu können. Dazu müßte Rußland

den notwendigen personellen und materiellen Nachschub für einen längeren Zeitraum auch unter den belastenden Bedingungen der westlichen Sanktionen garantieren und es dürfte nicht zu sozial-ökonomischen Verwerfungen im Lande kommen.

Unter welchen Bedingungen ein Waffenstillstand oder ein Friedensabkommen zustande kommt, hängt von der Verhandlungsposition ab, die wiederum von den militärischen Erfolgen oder Niederlagen der jeweiligen Seite diktiert werden.

Letztlich könnte es, falls es gelingt, die USA und die NATO zu zwingen, einen möglichen Sieg Rußlands anzuerkennen, zu neuen Grenzen im Osten und Südosten der Ukraine kommen. Die in den durch Rußland befreiten Gebieten existierenden und neu gebildeten Republiken könnten sich für eine erweiterte Autonomie innerhalb der Ukraine, für einen selbständigen durch Rußland garantierten Staat oder für einen Anschluß an Rußland entscheiden.

Bisherige geopolitische Auswirkungen des Ukraine-Konflikts

An dieser Stelle sei Prof. Dr. Lutz Kleinwächter aus Potsdam, der das außenpolitische Journal Welt-Trends vertritt, zitiert, der einige Aspekte geopolitischer Auswirkungen des Ukraine-Konflikts unter die Lupe nahm:

Der Charakter dieser militärischen Auseinandersetzung ist politisch schwierig einzuschätzen, aber es überwiegen die Merkmale eines konventionellen imperialistischen Krieges, denn es geht um Macht und Einflusssphären, ohne Beachtung des bereits seit 20 bis 30 Jahren ausgeklügelten Völkerrechts. Dabei handelt es sich bei Rußland um ein Imperium in Bildung. Es ist aber auch ein Krieg um die Unabhängigkeit der Donbass-Republiken DVR und LVR im Osten der Ukraine, die unter dem rechtsextremen Zentralstaat Ukraine nicht leben wollen.

Die militärische Auseinandersetzung in der Ukraine hat auch die Frage des Einsatzes von Atomwaffen aufgeworfen. Da es aber im Januar 2022 eine Vereinbarung der fünf Atommächte gab, die den Einsatz von Atomwaffen aus Gründen der Erhaltung der menschlichen Existenz für nicht führbar erklärten, gingen die westlichen Führungseliten davon aus, daß ein Atomkrieg derzeit keine Option darstellt. Kann Rußland aber den USA, Frankreich und Großbritannien diesbezüglich trauen? Rußland sah es als notwendig an, seiner Kernwaffendoktrin im März 2022 im Falle einer ernstesten Bedrohung des Landes eine Option zum vorbeugenden Atomwaffeneinsatz hinzuzufügen und diese Variante der Abschreckung kundzutun.

Das heutige Kräfteverhältnis hat sich, im Verhältnis zum „Kalten Krieg“ des 20. Jahrhunderts quantitativ und qualitativ verändert. Der Block China/RF/Iran/Indien und weitere Staaten Asiens, Afrikas und Südamerikas repräsentiert 4 bis 4,3 Milliarden, der West-Block 1 Milliarde Menschen. Die BRICS-Staaten stehen vor einer bedeutenden Erweiterung, denn Argentinien, Ägypten, Indonesien, Kasachstan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate haben ihre Aufnahmeanträge bereits abgegeben, weitere

Länder zeigen Interesse. Diese Staaten tolerieren oder unterstützen mehrheitlich die Spezialoperation Rußlands.

China vertrat anfangs die Meinung, daß sich die russische Seite mit der Spezialoperation strategisch verkalkuliert hat, was die Konsequenzen betrifft. Diese Position hat sich wegen der Verschärfung der Bedrohungen gegenüber China durch den kollektiven Westen gewandelt. Jetzt zeigt es offen Unterstützung für Rußlands militärisches Eingreifen in der Ukraine und das, obwohl es eigene Interessen in der Ukraine hat. China ist mit seinen derzeitig nur 350 Kernwaffen-Gefechtsköpfen ihrer Interkontinentalen Ballistischen Raketen kurz- bis mittel-fristig auf das Kernwaffen-Raketenpotential Rußlands bis zu dem Zeitpunkt angewiesen, da das Land dieses Potential auf über 1000 Sprengköpfe (erreichbar in ca. 10 Jahren) aufgestockt hat. Es gibt Anzeichen dafür, daß China mit der Befreiung Taiwans nicht unendlich warten wird und der alte Fuchs Kissinger hat, darum wissend, dem Westen in Davos eine schnelle Beendigung des Ukraine-Konflikts mit territorialen Zugeständnissen an Rußland angeraten, worauf Biden plötzlich öffentlich positiv reagierte.

Die Russische Föderation wird oder ist bereits durch die Spezialoperation in der Ukraine ökonomisch geschwächt, das BIP soll um 10 % gesunken sein. Andererseits ist die RF durch Einführung des Goldrubels, hoher Gewinne bei Rohstoffen und Energieträgern und geringen Verlusten in der Industrie das bisher, trotz riesiger Sanktionspakete des Westens, günstig davongekommen. Der Westen spürt die Gegensanktionen Rußlands z. T. sogar stärker (Inflationsraten, Energie- und Rohstoffmangel).

Eine Aufnahme der Ukraine in die NATO ist wegen der Kriegshandlungen nicht schnell möglich; auch eine sofortige EU-Aufnahme ist auf Jahrzehnte völlig absurd. Die Unproduktivität der Ukraine würde alle Fördergelder der EU schlucken, es käme zu einer Überdehnung der EU und zu vertieften Konflikten. Die Hälfte der EU-Staaten ist gegen die Aufnahme der Ukraine, auch Deutschland und Frankreich. Die Ukraine ist ein durch und durch korruptes Oligarchensystem mit einer ultra-nationalistischen Machtelite, die eine Föderalisierung der Ukraine ablehnt. Polen will den gordischen Knoten – die bisher nicht lösbare NATO- und EU-Mitgliedschaft der Ukraine – durch Bildung einer Union mit der Ukraine durchschlagen. Die Wirtschaft der Ukraine ist nur kompatibel zur RF, nicht aber zur EU; die RF lieferte bis vor kurzem Gas über die Ukraine und hat Totalsanktionen bei Öl und Gas nicht als durchhaltefähig angesehen.

Es geht um die Gestaltung von Multipolarität statt von Unipolarität und Systemkampf. Das wird von der RF befürwortet und bezieht China sowie die EU (Seidenstraßenprojekte) mit ein. Die RF könnte Rohstoffe und wichtige Technologien, China Spezialisten, Technologien und Geld, Deutschland und die EU Know how einbringen.

Eine solche Herangehensweise könnte Kriege und andere Probleme überwinden oder gar nicht erst zulassen.

Oberst a. D. Gerhard Giese
Strausberg

Walther Rathenau – Mord mit Folgen

Am 24. Juni 1922 wurde Walther Rathenau, Außenminister des Deutschen Reiches, durch Vertreter der terroristischen Geheimorganisation *Consul* auf der Berliner Wilhelmstraße ermordet. Er war langjähriger Vorsitzender der AEG, Geschäftsführer der Berliner Handelsgesellschaft, Leiter der Kriegsrohstoffabteilung im Kriegsministerium, einer der Organisatoren der deutschen Rüstungsindustrie zu Beginn des Ersten Weltkriegs, Mitglied der sogenannten Sozialisierungs- sowie der Friedenskommission, Teilnehmer an mehreren Reparationskonferenzen nach dem Krieg und Mitglied der liberalen Deutschen Demokratischen Partei – ein „lupenreiner“ Vertreter der deutschen Großkapitaleigner also. Was war geschehen?

1922 bestimmte noch eine Multipolarität der europäischen (Kolonial-)Großmächte des XIX. Jahrhunderts die internationalen Beziehungen. Das zaristische Rußland hatte seine koloniale Expansion weitgehend abgeschlossen und gehörte dazu. Die USA waren nach dem Bürgerkrieg 1861–65 noch mit der Konsolidierung ihres Kolonialreiches entsprechend der Monroe-Doktrin (1823) auf dem amerikanischen Doppelkontinent beschäftigt und fingen erst langsam an, in Europa aktiv zu werden und Rußland als ihren Hauptgegner zu erschließen.

Nach seiner ersten Großniederlage seit der Reichsgründung 1871 wurde Deutschland mit dem Versailler Vertrag, den ihm die siegreichen Mächte der Entente aufgezwungen hatten, in seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Souveränität erheblich eingeschränkt. Rußland, nunmehr Sowjetrußland, wurde mit einer weitreichenden Invasion durch die ehemaligen Entente-Mächte überzogen und praktisch von West- und Mitteleuropa isoliert.

Es kam also zu einer „Gemengelage“, in der die Interessen Deutschlands (Aufhebung der wirtschaftlichen Knebelung durch Reparationszahlungen und Wiederherstellung der politischen Souveränität) und Rußlands (Erhaltung der politischen Souveränität, Einstellung jeglicher Kriegshandlungen sowie Förderung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit) in Übereinstimmung kamen. Nach langwierigen, ergebnislosen Verhandlungen mit den „Westmächten“ unterzeichneten dann Walther Rathenau und Reichskanzler Joseph Wirth (1921–1922, Deutsche Zentrumspartei) mit dem russischen Außenminister Georgij Tschitscherin am 16. April 1922 in Rapallo einen Vertrag über die beiderseitige völkerrechtliche Anerkennung, den Verzicht auf gegenseitige Reparationszahlungen sowie Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen nach dem Prinzip der Meistbegünstigung, was Deutschland einen Teil seiner Souveränität wiederbrachte und Russland eine wichtige Voraussetzung für Frieden.

Politik der friedlichen Koexistenz

Mit der Unterzeichnung des Vertrages folgte die Regierung der Weimarer Republik den wirtschaftlichen und politischen Interessen

ihres Landes. Das war kein Freundschaftsvertrag, ja nicht einmal ein Friedensvertrag. Es war ein interessenbestimmtes Zweckbündnis, dem 1925 der Moskauer Vertrag quasi als Durchführungsbestimmung folgen sollte. Für die Regierung war die in Sowjetrußland neu entstehende gesellschaftliche Ordnung nachrangig in bezug auf die eigenen nationalen Interessen. Dieses Herangehen war Voraussetzung und erstmalige Praktizierung einer Außenpolitik der friedlichen Koexistenz, die nach der Katastrophe des faschistischen II. Weltkriegs über 45 Jahre (zumindest verbal) als allseitig anerkanntes Prinzip der internationalen Beziehungen gelten sollte.

Nicht so das Herangehen der rechtsradikalen Kräfte in der Weimarer Republik. Sie machten sich gar nicht erst die Mühe, Rathenau etwa als „Lenin-Versteher“ politisch mundtot zu machen. Keine zwei Monate nach Vertragsunterzeichnung schossen sie ihn auf offener Straße tot.

Die Westmächte erkannten ihren „Fehler“ und „entschärften“ Versailles mit den Locarno-Verträgen von 1925. Mit der Zusage einer möglichen Revision der deutschen Ostgrenzen hinterlegten sie jedoch zugleich einen vergifteten Pfeil, indem sie damit die rechten Kräfte in Deutschland strategisch stärkten. Damit begann die neuerliche aggressive Ostorientierung des Deutschen Reiches. Die Chance einer Neuaufnahme der Bismarckschen interessenbestimmten Balancepolitik in Europa zur weitestgehenden Erhaltung des Friedens war ein weiteres Mal vertan.

Diese Politik bereitete maßgeblich den Boden für den Hitlerfaschismus und 1945 – den Verlust der deutschen Eigenstaatlichkeit. Die darauf folgende internationale Ordnung beruhte auf den Beschlüssen der Siegermächte UdSSR und USA in Jalta und Potsdam, an denen dann auch Großbritannien und Frankreich beteiligt wurden. Auf dem Boden des besetzten Deutschlands entstanden 1949 nacheinander zwei selbständige Staaten, die BRD und die DDR. Europa wurde in zwei militärpolitische Blöcke gespalten, wobei der westliche, die NATO, durch die nichteuropäischen USA geführt wurde. Die entstandene internationale Bipolarität zwischen der Sowjetunion und den USA bildete auch die Grundlage für ein neues Völkerrecht, das mittels der Statuten der Vereinten Nationen, der UNO, gemäß der entstandenen Machtverhältnisse kodifiziert wurde.

Dieses bipolare Kräfteverhältnis sicherte 45 Jahre zumindest den Weltfrieden. Es wurde mit der sogenannten Kubakrise noch einmal auf die Probe gestellt, aber es hielt und wirkte bis 1990. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung schien sich ein zweites Mal in der Geschichte seit Walther Rathenau durchzusetzen. Zugleich bauten die USA ihre militärpolitische Präsenz, insbesondere in der Bundesrepublik, zielstrebig aus. Die NATO war dabei ihr Instrument, „um in Europa zu bleiben“, wie Bill Clinton 1997 bei einem Treffen in Finnland (!) Jelzin gegenüber geäußert haben soll.

Das Ziel der USA war und blieb entsprechend der Truman-Doktrin die „Eindämmung“ der UdSSR und des „Roll-back“. Die Kriege in Korea, Vietnam und vielen anderen Ländern sprengen Bände. Es half aber auch, die Sowjetunion und ihre Verbündeten von einer politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu isolieren. Die Erkenntnis von Rapallo, daß Frieden in Europa nur durch eine beidseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa erzielt und erhalten werden kann, wurde konsequent ausgeblendet. Nur widerwillig ließen die USA dann Willi Brandt und Egon Bahr mit der „neuen Ostpolitik“ gewähren, deren Ergebnis des „Wandels durch Annäherung“ dann spätestens 1990 nicht mehr in Frage gestellt werden konnte (wenn sie auch nicht die eigentliche Ursache für den Zerfall der Sowjetunion war). Die USA als nichteuropäische Großmacht sabotierten solche Prozesse, wo sie nur konnten.

Der gesellschaftspolitische Zusammenbruch der Sowjetunion 1990/92 war für die weitere internationale Lage epochal. Einer der Pole des internationalen Machtgleichgewichts war scheinbar von der Bildfläche verschwunden. Die USA erklärten das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) und den Beginn einer Ära der „Weltinnenpolitik“, die unter dem Deckmantel der „wertebasierten Ordnung“ US-amerikanisches Recht auf den gesamten Globus auszudehnen versucht. Das bis dahin geltende Völkerrecht wurde zunehmend unterlaufen und damit insbesondere im Sicherheitsbereich zu Makulatur bzw. wurde für den Bedarfsfall (siehe Ukraine) in eine ideologische Softpower verwandelt.

Anhängsel der USA

Die USA zogen sich aus ihrem wichtigsten Nachkriegsvorposten, West-Europa, nicht zurück, wie die Sowjetunion ihrerseits aus Osteuropa. Sie verstärkten im Gegenteil ihre militärpolitische Präsenz und dehnten sie unter dem Deckmantel der eigens dafür geschaffenen NATO weiter nach Mitteleuropa aus, vom Baltikum bis ans Schwarze Meer. Der bisherige Höhepunkt war die Schaffung eines neuen politischen Hotspots um die Ukraine, deren militärische Aufrüstung und sukzessive Verwandlung in eine weitere militärische US-Basis (neben ihren vorangegangenen Aktivitäten in Georgien, Armenien, Kasachstan usw.). Begleitet wurde dies, beginnend mit der politischen und wirtschaftlich-sozialen Rekonsolidierung Rußlands nach der desaströsen Jelzin-Ära (in der die USA ja auch die Präsidentenwahlen organisieren „durften“), durch eine zunehmend aggressive antirussische Kampagne mit immer stärkeren Wirtschaftssanktionen, dem bevorzugten Instrument nicht-militärischer Kriegsführung der USA.

Die Westeuropäer blieben politisches Anhängsel der USA. Ohne klare Vorstellungen der eigenen internationalen Interessen vertraten und vertreten sie die des Seniorpartners. Die Wiederherstellung ihrer nationalen Souveränität und Eigenständigkeit wurde nicht einmal ansatzweise ins Auge gefaßt.

Erst vor vier Jahren war es mit Präsident Macron Frankreich, das eine „Autonomie Europas“ anstreben wollte und die NATO vor kurzem erst für „hirntot“ erklärte. Die Bundesrepublik unter Führung von Kanzlerin Angela Merkel lehnte den Vorschlag jedoch brüsk ab. Der „Genosse der Bosse“ erkannte zumindest die Sinnhaftigkeit des Anliegens im Interesse der Herbeiführung eines europäischen Ausgleichs für Sicherheit und Zusammenarbeit. Das einzig daraus Folgende, nämlich Ramstein mitsamt den A-Waffen zu schließen (de Gaulle hatte seinerzeit ein solches in Frankreich gar nicht erst zugelassen), wagte er sich dann aber doch nicht zu fordern. Rußland hat die Europäer über Jahre zu überzeugen versucht, konnte oder wollte dabei jedoch den Hauptopponenten nicht nennen. So verhalten seine Visionen im September 2001 bei höflichem Applaus im Deutschen Bundestag. Dabei liegt es auf der Hand, daß es in einem solchen Fall keinen Stellvertreterkrieg in der Ukraine gäbe. Mehr noch, die

Ukraine würde nicht zerrissen, sondern es gäbe wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der EU mit Rußland und der Ukraine nach den Regeln der Meistbegünstigung, wie es in dem Vertrag durch Walther Rathenau und Georgij Tschitscherin in Rapallo bereits schon einmal für Deutschland und Rußland vereinbart worden war. Nun, es kam, wie zu erwarten war: Nach Washington, D.C. ertönte am 27. Februar 2022 im Deutschen Bundestag der beschwörende Ruf „Es ist IHR Krieg, Herr Putin!“ Und um ganz sicher zu gehen, daß es Deutschland ernst meint und wieder gegen Rußland ausgerichtet ist, verkündete der Kanzler gleich eine „Zeitenwende“ samt eines in der Geschichte der Bundesrepublik nie dagewesenen Aufrüstungsprogramms und die Außenministerin fordert die „Ruinierung“ Rußlands. „Mission accomplished“, würde George W. Bush sagen. Das sind die aktuellen Folgen der geschichtlichen Verdrängung des Mordes an Walther Rathenau. Die nach 1991 erwartete und angestrebte „Friedensdividende“ wurde durch

Unwissen und Verdrängung der Geschichte verspielt. Die reaktionäre bürgerliche Politik vererbt unseren Kindern eine kriegsgefährdete Welt ohne sichtbare Haltelinien. Die „grüne“ Turbo-Energiewende zeigt dabei die realistische Möglichkeit der Wiederherstellung der Selbständigkeit Westeuropas (auf Augenhöhe mit den USA) als Voraussetzung einer gesamteuropäischen bipolaren Politik der Sicherheit und Zusammenarbeit. Wenn dann die USA und China als weitere Pole einer globalen Multilateralität hinzukämen, wäre dies eine Perspektive für den Weltfrieden. Es wäre zugleich der Weg des Zurückdrängens der zunehmenden Mainstream-Akzeptanz neofaschistischer Ideologien. Das Erkennen der wirklichen Ziele des Friedenskampfes in Europa und der Welt ist ein Gebot der Stunde.

Dr. Jochen Willerding
Rangsdorf

Aus: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, Juni 2022

Martin Luther King: Der moderne Mensch ...

Für Annalena Baerbock, Robert Habeck, Marie-Agnes Strack-Zimmermann und andere Kriegshetzer in Politik und Medien

„Wenn wir voraussetzen, daß das Leben lebenswert ist und daß der Mensch ein Recht hat, am Leben zu bleiben, müssen wir eine Alternative zum Krieg finden. In einer Zeit, da Flugkörper durch den Weltraum rasen und ferngelenkte ballistische Raketen ihre Todesbahnen durch die Stratosphäre ziehen, kann keine Nation auf den Sieg in einem Kriege rechnen.

Ein sogenannter begrenzter Krieg wird wenig mehr als ein unseliges Erbe menschlichen Leidens, politischer Unruhe und geistiger Ernüchterung hinterlassen. Ein Weltkrieg – Gott möge ihn verhüten! – wird nur schwelende Asche zurücklassen als stumme Zeugen eines Menschengeschlechts, dessen Torheit am Ende unerbittlich zum Tode führte. Wenn also der moderne Mensch weiterhin,

ohne zu zaudern, mit dem Gedanken eines Krieges spielt, wird er seine irdische Heimat in ein Inferno verwandeln, wie es sich selbst Dante nicht vorstellen konnte.“

Aus der Rede bei der Entgegennahme des Friedensnobelpreises am 11. Dezember 1964 in Oslo



Quelle: Die Olivgrünen. Montage aus „Der Spiegel“ Nr. 18/2022

Wann begann der NATO-Krieg gegen Rußland?

Vor 25 Jahren, am 27. Mai 1997, wurde auf dem Gipfeltreffen in Paris die „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) und der Russischen Föderation“ unterzeichnet. Der russische Präsident Boris Jelzin, NATO-Generalsekretär Javier Solana und die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Bündnisses setzten ihre Unterschrift unter dieses Dokument. Kernpunkt dieses NATO-Rußland-Vertrags war die Ablehnung jeglicher Form der Konfrontation. In der Vereinbarung heißt es: „Die NATO und Rußland betrachten einander nicht als Gegner. Sie verfolgen gemeinsam das Ziel, die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz zu beseitigen und das gegenseitige Vertrauen und die Zusammenarbeit zu stärken.“ Explizit wurde die Absicht hervorgehoben, eine grundlegend neue Beziehung aufzubauen und „auf der Grundlage gemeinsamen Interesses, der Gegenseitigkeit und der Transparenz eine starke, stabile und dauerhafte Partnerschaft zu entwickeln“. Das Dokument proklamierte auch den „Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegeneinander oder gegen irgendeinen anderen Staat, seine Souveränität, territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit“. Blicken wir heute, nach einem Vierteljahrhundert, auf den Dokumententext zurück, können wir eigentlich nur Shakespeare zitieren: „Worte, Worte, nichts als Worte.“ Leider aber wurden den Worten, wie sich alsbald zeigen sollte, konkrete Absichten zugrunde gelegt. Dies wird deutlich, wenn wir auf die Intentionen schauen, die beide Seiten veranlaßt haben, ihre Unterschrift unter die Vereinbarung zu setzen. Die Grundakte wurde formuliert und unterzeichnet in einer Phase, als die NATO-Osterweiterungspläne bekannt wurden. Polen, Tschechien und Ungarn waren die Beitrittskandidaten, und die Kontakte zur Ukraine sollten mit einer NATO-Ukraine-Charta, einer Art Partnerschaftsvertrag, befestigt werden (siehe Jörg Kronauer in „junge Welt“, 28. Mai 2022). Diese Pläne wurden von Rußland nicht

als Provokation, sondern auch als unverhüllte Kampfansage verstanden. Um die russische Regierung nicht vollends zu verprellen, ließ sich das Kriegsbündnis auf eine schriftliche Vereinbarung mit Rußland ein – die NATO-Rußland-Akte, die am 27. Mai 1997 in Paris unterzeichnet wurde. „Sie enthielt ein paar schwammige Versprechungen, die den wütenden russischen Protest ein wenig dämpfen sollten.“ (J. Kronauer) So erklärte die NATO, sie habe derzeit „nicht die Absicht, keine Pläne und auch keinen Anlaß, Atomwaffen im Hoheitsgebiet neuer Mitglieder zu stationieren“. Der Kommentar des stellvertretenden russischen Außenministers Sergej Rjabkow: „Der Westen verhielt sich dem Dokument gegenüber von Anfang an nachlässig. Es war wahrhaftig a priori ein Feigenblatt, das einen völlig anderen Inhalt der NATO-Politik in Richtung Osten im weitesten Sinn des Worts kaschierte.“ Es stellt sich allerdings die Frage, heute wie damals, warum sich die russische Regierung bereit erklärt hat, dieses Papier zu unterzeichnen. Die Antwort kann nur gegeben werden, wenn die damalige politische Situation in Rechnung gestellt wird. Sergej Jermakow, führender Experte des Russian Institute for Strategic Studies (RISS), erklärte es so: „Mitte der 1990er Jahre gab es sowohl in Rußland als auch in der Allianz Kräfte, die ein System der friedlichen, nicht konfrontativen Koexistenz zwischen dem Westen und Rußland vorantrieben. Letztendlich haben aber diejenigen in der Allianz die Oberhand gewonnen, deren Ansicht es war, die Russische Föderation als Verlierer des Kalten Kriegs anzusehen und deshalb keine Rücksicht auf ihre Interessen nehmen bzw. gleichberechtigte Beziehungen mit ihr aufbauen zu müssen.“ Und dennoch: Die Grundakte bot Rußland die Möglichkeit zum Durchatmen. Klammern wir mal für einen Moment die Hoffnungen Rußlands auf einen friedensfähigen Kapitalismus aus, muß diese Situation Erinnerungen an den „Hitler-Stalin-Pakt“ hervorrufen. Denn die Pause im Vorfeld einer erwarteten großen Konfrontation – damals 1939 und Ende des letzten Jahrhunderts – mit jenen Kräften, die,

wie Jermalow einschätzt, rücksichtslos gegenüber dem „Verlierer“ meinten vorgehen zu können, nutzte Rußland für eine wirtschaftliche Erholung und für den Aufbau einer neuen Generation seiner Streitkräfte. Eine Sequenz aus der Erzählung Thomas Manns „Das Eisenbahnunglück“ kommt mir in den Sinn. Der Reisende ahnt die bevorstehende Katastrophe und dachte „konzentriert und ausschließlich ... das geht nicht gut, das geht nicht gut, das geht keinesfalls gut“. Und dann dachte der Reisende noch: „Halt, halt, halt.“ Springen wir aus der Erzählung heraus und in das reale politische Geschehen. In der Tat, es ging nicht gut, und es gab auch kein Halten mehr. Die Jahre nach der Unterzeichnung bestätigten die Einschätzung Sergej Rabkows. Der Westen, unter der Fuchtel der USA, nutzte das Papier, auf dem der Text der NATO-Rußland-Grundakte gedruckt worden war, als Auslegware für alle nachfolgenden Handlungen. Zwei Jahr später vollzog das Kriegsbündnis die Aufnahme der ehemaligen Warschauer-Pakt-Länder Ungarn, Polen und Tschechoslowakische Republik. In jenem Jahr, 1999, hat die NATO ihren völkerrechtswidrigen Bombenkrieg gegen Jugoslawien geführt. Es folgten die unter dem US-Label geführten „War-on-Terror-Kriege“. Im Gleichschritt haben die US-Administrationen unter Bush, Obama und Trump nahezu das komplette System der Rüstungskontrolle geschreddert. Das Wort „Vertrauen“ gehörte noch nie, heute weniger denn je, in den NATO-Grundwortschatz. Die mehrfachen Versuche Rußlands, mit dem Westen zu kooperieren, wurden aufs Abstellgleis geschoben. Die beiden herausragenden Reden Wladimir Putins 2001 im Bundestag und 2007 auf der Münchener Sicherheitskonferenz wurden geradezu geächtet. Im Frühjahr hat die NATO die Grundakte gekündigt. Ein formaler Akt. Die ersten beiden Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts lieferten gleich zwei Beweise: Die Zweifel an der Gültigkeit dieses Vertrags bedurften nicht erst seiner offiziellen Kündigung, Und: Der Krieg beginnt nicht erst mit dem ersten Schuß.

Hans Schoenefeldt

Grundakte NATO – Rußland

Die am 27. Mai 1997 unterzeichnete „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und Rußland“ sollte eigentlich, gemeinsam mit der zehn Jahre später vereinbarten Erklärung von Rom, ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen Rußland und der NATO aufschlagen. Beide Seiten übernahmen die gemeinsame Verpflichtung, Sicherheit auf der Grundlage der Respektierung der Interessen des jeweils anderen zu garantieren, das gegenseitige Vertrauen zu stärken, eine euro-atlantische Spaltung zu vermeiden und Trennlinien zu beseitigen. Daß es nicht zur Umsetzung der vereinbarten Schritte kam, lag nicht daran, daß es keinen Gesprächsbedarf gegeben hätte, sondern am fehlenden politischen Willen

Washingtons. Die USA und die anderen NATO-Mächte hofften, für Rußland die Erweiterung der NATO nach Osteuropa mit der Grundakte zu versüßen, was man Rußlands Präsidenten Boris Jelzin ja auch einreden konnte. Er erlaubte Bill Clinton, sowohl die Forderung Rußlands nach bindenden Beschränkungen für die Errichtung einer NATO-Sicherheitsinfrastruktur in den neuen Mitgliedsländern zu ignorieren als auch das Verlangen Rußlands abzulehnen, ein russisches Veto gegen eine zukünftige Expansionsrunde auch in die ehemaligen Sowjetrepubliken, „insbesondere die Ukraine“, in das Abkommen einzufügen. Rückblickend wird deutlich, daß die USA schon in den 90er Jahren kein wirkliches Einvernehmen unter gleichberechtigten Verhandlungspartnern

suchte. Sie sperrte sich permanent gegen die Schaffung einer neuen Friedensordnung, die auf kollektiver Sicherheit und einer gesamteuropäischen Lösung auf der Grundlage der Erfahrungen der KSZE beruhen sollte. Den USA ging es um eine „NATO-Lösung“, welche die fortwährende US-Militärpräsenz in Europa sichert – eine für die Vereinigten Staaten entscheidende Voraussetzung zur Verwirklichung ihrer letztlich eurasischen Ziele. Diese gehören zu den wahren Ursachen der Auseinandersetzungen in der Ukraine. Die Osterweiterung der NATO ist weder zeitlich noch räumlich begrenzt. Für die USA und deren NATO-Verbündete ist der Krieg in der Ukraine lediglich eine „Zwischenstation“ auf dem Weg dorthin.

Prof. Dr. Anton Latzo

Was tun – im Angesicht von Kriegstreiberei und Dummheit

Es ist Sommer 2022. Immer noch ist Krieg in der Ukraine, begonnen durch den Einmarsch russischer Truppen, aber langfristig angezettelt vom Westen und seinem kriegerischen Arm der NATO. In meinem Land, der BRD, in das ich 1990 beigetreten wurde, herrscht große Aufregung. Es ist von „Zeitenwende“ und „sich rüsten müssen“ die Rede im deutschen Parlament, jener bürgerlichen Schwatzbude für profilierungssüchtige Politiker, welches seit seinem Bestehen noch nicht nachweisen konnte, wirklich drängende Probleme der Menschheit und des größten Teils der deutschen Bevölkerung jemals gelöst zu haben. Man müsse nunmehr 100 Milliarden in neue Kriegstechnik investieren, man müsse sich energetisch vom „Russen“ unabhängig machen, kein Gas, kein Öl mehr kaufen – eigentlich überhaupt nichts mehr mit „dem Russen“ zu tun haben, der nun Krieg angezettelt habe mit seinem ach so friedlichen Nachbarn. Gut, das hieße für die meisten im Lande, daß sich die Lebensverhältnisse verschlechtern, Heizung runterdrehen und so, daß das Benzin seeeehr teuer wird, wie auch Lebensmittel und viele andere Dinge, die man so täglich braucht. Da werden die Nachzahlungen für Strom und Heizung im Herbst noch einmal richtig reinhauen, aber es ist nun mal Krieg. Ja, nicht oder besser noch nicht, bei uns. Obwohl wir schon alles dafür tun, Kriegspartei zu werden: Wir liefern Waffen und Munition in die Ukraine und bezahlen die auch noch, wir bilden ukrainische Soldaten aus, wir nötigen die NATO-Juniorpartner in Tschechien, Bulgarien und anderen Ex-Warschauer-Vertragsstaaten, ihre alten sowjetischen Waffen Richtung Kiew zu schicken, damit Platz ist für gebrauchte NATO-Waffen in jenen Ländern und haben sogar selbst noch einige tausende NVA-Bestände aus den teuren Lagern Richtung Ukraine entsorgt. Trotzdem sind wir noch keine direkte Kriegspartei. Wir verteidigen nur unsere demokratischen, europäischen Freiheitswerte gegen den „Russen“ und lassen das vorerst die Ukrainer ausfechten. Die Kriegsziele sind aber schon mal vorgegeben: Rußland muß wirtschaftlich ruiniert werden (O-Ton Baerbock, aktuelle deutsche Außenministerin), Rußland muß ökonomisch und militärisch so geschwächt werden, daß es fürderhin international keine Rolle mehr spielt (US-Kriegsminister Lloyd Austin, nachzulesen im „Stern“ vom 26. April 2022). Und nun sollen die Ukrainer auch noch deutsche Panzer bekommen, endlich was Solides gegen den „Russen“, wenn auch aus Spanien, und entmottet werden müssen sie auch noch, standen da in Spanien nur rum und haben Geld gekostet. Dazu gibt's für die (noch lebenden) ukrainischen Helden endlich Raketen mit großer Reichweite, von Boris Johnson, quasi persönlich, deswegen kann man auf ihn auch nicht verzichten in „old britain“. Und der MOZ-Kommentator Guggemos jubelt: „... der Kremelchef hält die neuen Lieferungen für eine ernste Bedrohung ... Für den

Westen ist das ein Zeichen: Er sollte mit den Waffenlieferungen weitermachen. Sie wirken.“ (Dominik Guggemos: Märkische Oderzeitung, 7. Juni, S. 1) Ein paar Seiten weiter steht dann, daß laut Umfragen die grünen Politiker und Bundesminister Baerbock und Habeck die beliebtesten Politiker sind.



Plakat der GEW Hessen

Ich glaube, ich bin im Irrenhaus. Es ist Krieg in der Ukraine, auf beiden Seiten sterben Menschen, der ukrainische Schauspieler-Präsident sprach von ungefähr 100 ukrainischen Soldaten, die pro Tag ihr Leben verlieren, macht nach mehr als hundert Tagen mehr als 10 000 tote Soldaten. Nur ukrainische. Dazu kommen die russischen und die Zivilisten, die Unbeteiligten.

Und was tut der kollektive Westen? Er befeuert den Konflikt. In jeder Hinsicht. Da ist doch zu fragen, wer der wirkliche Feind der Ukrainer ist. Aber versuchen wir, das Chaos ein wenig entwirren, um größere Klarheit zu gewinnen.

Da gibt es zunächst den Medienkrieg. Der begann, wie man in der Februar-Ausgabe des „RotFuchs“ nachlesen kann, bereits vor mehr als eineinhalb Jahren. Ich habe das „geistige Sturmreifmachung“ genannt. Weltweit verbreiteten gedruckte TV- und Internet-Medien, nebst den (un-)sozialen Medien Kriegsstimmung. Freunde und Feinde wurden benannt. Argumente brauchte man keine. Einziges Bewertungskriterium war die moralische Einteilung in Gut und Böse. Analysen, Recherchen, logisches Denken werden komplett aus dem Arsenal der Medienleute gestrichen. Was heute zählt, ist stramme Haltung, Abweichungen werden nicht geduldet. Beispiel Schröder. Wer hat sich je über die Aktivitäten von Ex-Kanzlern beschwert? Nicht mal Kohl wurde in der eigenen Partei kritisiert, obwohl es um illegale Parteispenden in Millionenhöhe ging. Schröders Vergehen allerdings wiegt schwer, er hat sich mit dem „Feind“ eingelassen, mit ihm fraternisiert. Es gab schon deutsche Zeiten, da wurde man für so etwas erschossen. Ganz so weit sind wir noch nicht. Aber „Russenfreund“ Schröder gehört exmittiert, aus der SPD, der ehemaligen Arbeiterpartei. Das hat schon fast etwas Rührendes. Da wird einer aus einer (ehemaligen) Arbeiterpartei

ausgeschlossen, weil er dem Charme des Profits erlegen ist. So was ist doch eigentlich eine super Voraussetzung für eine deutsche Kanzlerschaft. Ist schließlich ein Garant dafür, sich nicht mit dem Plebs, dem niederen Volk gemein zu machen. Gut, er hat halt auf die falschen Profiteure gesetzt, das kann schon mal passieren. Nun, er hat in der Zwischenzeit abgeschworen (ist auch wie im Mittelalter), nicht dem Profit, nur seinem „Freund“ Putin. Aber in rot-grün-gelben Zeiten wird das nicht reichen. Die grünen Inquisitoren warten nur auf den nächsten Fauxpas des alten Mannes. Auch die ehemalige Überkanzlerin wird medial angegriffen. Nicht von den grünen Auren, sondern von den moralischen Instanzen des „Guten“, dem ukrainischen Botschafter in Berlin. Sie und ihre Politik hätten dem Russen erst die Möglichkeit gegeben, wieder soweit zu kommen, andere Länder zu überfallen. Quasi Kuschelkurs mit dem Zentrum des Bösen. Erklären sie das, Frau Merkel! Dem Ganzen die Krone aufgesetzt hat ein deutscher Inlandsgeheimdienst namens Verfassungsschutz. Bei der jährlichen Vorstellung der gewichtigen Ergebnisse der Schnüffler am 7. Juni erklären uns der Präsident des Amtes Haldenwang und seine zuständige Ministerin Faeser (auch von dieser ehemaligen Arbeiterpartei) die Welt der Feinde des Landes. Ja, natürlich, es gäbe immer mehr Rechtsextreme und Reichsbürger, die zu allem Überfluß auch dazu neigen, sich zu bewaffnen bzw. zur Polizei oder Bundeswehr zu gehen, hier werden sie von staatswegen bewaffnet. Es sind mehrere Zehntausend. Aber die hätte man im Griff. Klar, stehen ja nicht wenige von ihnen auf der Lohnliste des Schnüffelvereins. Mehr Sorgen machen die extremen Linken, die bewaffnen sich zwar nicht, aber sie wollen die Welt verändern, das muß ja Grusel hervorrufen. Doch am allerschlimmsten ist die Gefahr, die gegenwärtig von Rußland ausgeht. Wann immer im Land ein Computer nicht funktioniert, ein Telefon abschmiert, das Internet stottert, ein Heizkraftwerk vom Netz geht oder eine Dating-App einen falschen Partner aussucht – der Russe war's. Cyberkrieg, raunt der Oberschnüffler. Und Propaganda, der Russe bedroht uns mit Propaganda, seinen fiesigen Lügen und seiner völlig falschen Wahrheit. Wir haben ja unser Möglichstes getan, also, was man so tun kann in einer Demokratie, wie haben die russischen Sender gekappt, wir zensieren das Internet, da, wo es funktioniert, und wir sind wachsam beim Aufspüren von „Russenfreunden“, auch „Putinverstehern“ genannt. Na gut, ganz so weit wie im „Reich des Guten“, der Ukraine, geht es noch nicht. Hier werden Verdächtige von zu Vaterlandsverteidigern umgeschulten Nazis auf der Straße angehalten und dann werden ihre Telefone kontrolliert, ob russische Verbindungen, verdächtige staatsfeindliche ukrainische Apps oder sonst irgendwas, was man gegen den Angehaltenen verwenden könnte, drauf ist. Wenn ja, dann helfe ihm der neue ukrainische

Gott von der neuen ukrainischen Nationalkirche (siehe junge Welt vom 16. 4. 2022). Aber damit nicht genug. Der Russe unterwandert uns. Ja gut, das hat er immer irgendwie getan, mit preiswertem Öl aus der „Drushba“-Trasse, mit Erdgas und unentrinnbarer Werbung dafür, mit Wodka, ach nee, der kommt ja von der baltischen Mafia, aber mit Mascha und dem Bären im Kinderkanal. Aber nun schickt er echte Spione, die machen echt Streß. Damit ist der eh schon bis an den Rand des Möglichen belastete Verfassungsschutz völlig überfordert. Also ruft der Dienst in Form seines Behördenchefs und seiner zuständigen Ministerin „sein“ Volk auf, mitzuhelfen beim Aufspüren russischer Agenten. Wenn ich meinem Fernsehen glauben darf, kann das nicht allzu schwer sein. Bärtige Männer mit Pelzmützen und Filzstiefeln, die zudem noch gebrochen Deutsch sprechen, sollten doch auffallen? In manchen alten Berliner Kellern findet man noch alte Inschriften, u.a.: „Pst, Feind hört mit!“ Eventuell kann man ja noch mehr freilegen und neue überirdisch anbringen, vielleicht hilfts. Und wieder kommt das beste Fazit aus dem Blatt mit der treffenden Bezeichnung MOZ. Der Kommentator Stefan Kegel stellte am 8. Juni auf Seite 1 fest: „Daher ist es gut, daß der Verfassungsschutz diese Gruppen im Auge hat. Der gesellschaftliche Streit vollzieht sich immer weniger zwischen rechts und links, sondern zwischen Demokraten und Demokratieverächtern.“ (Märkische Oderzeitung, S. 1, 8.6.2022) Demokratieverächter, alle gleich, ob rot oder braun. Neudeutsch heißt das Hufeisentheorie, so ein Begriff von Totalitarismusverstehern. Jeder soll sich einreihen, wie früher beim Sportunterricht, eine Mannschaft wählen. Und wer will schon bei den Demokratieverächtern mitspielen.

Doch von welcher Demokratie sprechen wir denn? Denn wenn ich etwas verteidigen will, für etwas einstehen soll, dann muß ich es verstehen. Nur, Demokratie ist neben Freiheit das am meisten inflationär benutzte Wort in unserer satten, kapitalistischen, krisengeschüttelten deutschen Wirklichkeit. Wir könnten es uns einfach machen und

sagen: jene Demokratie, wie sie im Reich des Guten herrscht, in der Ukraine vielleicht? Es ist noch nicht so lange her, da rangierte dieses Land in der EU-Einschätzung, was die Durchsetzung demokratischer Prinzipien betrifft, ganz weit hinten in Europa. Ganz weit vorn allerdings im Korruptionsranking. Und die Nazis einfach zum Bestandteil der Streitkräfte zu machen und das Nationalgarde zu nennen, war auch nicht überzeugend. Noch 2019 ist im Haushaltspapier der US-Kongresses zu lesen, daß die Gelder zur militärischen Stärkung der Ukraine auf gar keinen Fall dem Asow-Regiment zugute kommen dürfen. Dann vielleicht die US-Demokratie? Angeblich die älteste (bürgerliche) Demokratie der Welt, wenn man über keine Geschichtskennntnisse verfügt. Sind das nicht die mit dem völlig undurchsichtigen Wahlsystem und den Präsidenten, die jede Woche Listen mit Namen abzeichnen, von Menschen, die liquidiert werden sollen und die in einem fremden Land immer noch ein Gefängnis betreiben, in dem Menschen gegen jedes Recht eingesperrt sind? Da rede ich noch nicht über dutzende völkerrechtswidrige Kriege und militärische Aktionen weltweit in den letzten Jahrzehnten. Oder dann doch lieber unsere deutsche Musterdemokratie?

Jene Demokratie, in der elf Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg die Kommunisten, die schon unter den Nazis verfolgt wurden, wieder in den Knast gingen, weil ihre Partei als verfassungsfeindlich verboten wurde, in der SPD-Regierungen mit dem Radikalerlaß versuchten, Linke vom Staatsdienst fernzuhalten, die zuließ, daß nach 1990 der Osten deindustrialisiert wurde, nach 1990 keine neue Verfassung vom Volk bestätigt wurde, obwohl das Grundgesetz der BRD genau das gefordert hat, eine Demokratie, die zulässt, daß mal eben 100 Milliarden Euro für neue Kriegstechnik da sind, obwohl kein Geld für Kindergärten, Verkehrsinfrastruktur, Pflegepersonal oder einfach nur für bessere Bildung übrig ist? Eigentlich sollte das doch eine Steilvorlage für jene im Land sein, die gesellschaftliche Alternativen fordern, z. B. die Partei Die Linke. An

sich eine gute Idee, sie verfügt über gute organisatorische Strukturen, ein bißchen Geld und eine stabile sozialistische Basis. Wenn da nicht so ein paar Führungskräfte wären. In der FDP würde sie sogar „Leistungsträger“ heißen. Pars pro toto, Fabio de Masi, Ex-Europaabgeordneter, Ex-Bundestagsabgeordneter, Ex-Vorstandsmitglied und immer noch wortgewaltiger Linken-Politiker, der da schnell mal twittert: „Ich habe die Verteidigung der Ukraine durch Asow mit keiner Silbe kritisiert. Es wird sich kein einziges Zitat von mir finden, wo ich dies tue – im Gegenteil. Ich bin ja froh, wenn sich Rechtsextreme auch mal nützlich machen ...“

Ahh, wenn es gegen die Russen geht, dann kann man auch schon mal mit Faschisten gemeinsame Sache machen. Oder der linke Ministerpräsident in Thüringen, Bodo Ramelow, der die Verabschiedung der 100 Milliarden Euro für neues Kriegsgerät für beifallswürdig hält. Man könnte noch ein paar „Lichtgestalten“ des Sozialismus nennen. Haben die ihr eigenes Programm nicht gelesen? Wenn diese Zeilen erscheinen, wird das große Zusammentreffen der Linken vorbei sein. Wer weiß, vielleicht besinnt man sich ja auf seine Wurzeln und wenn es ganz gut läuft, auf seine eigenen Vordenker aus der Geschichte des Sozialismus, Marx, Engels, Lenin, Luxemburg, Liebknecht, Gramsci, alles Antimilitaristen reinsten Wassers, die viel Gutes und heute noch Richtiges zu Kriegen und deren Ursachen, zu Militarismus und zum Zusammenhang von Kapitalismus/Imperialismus und militärischer Gewalt gesagt haben. Es lohnt sich, da mal nachzulesen. Und es ist notwendig, sich zu organisieren, gemeinsam zu kämpfen gegen dumpfbackige Kriegstreiberei. Dann kann es uns auch gelingen, die Schleier beiseite zu ziehen und für alle sichtbar zu machen, daß das alles nur ein gigantisches Geschäft ist, daß es nur die dreckigen Riesenprofite sind, für die die Ukrainer sterben müssen – und nicht für irgendwelche „Werte des Westens“, die nur in den Köpfen jener Kriegsapologeten existieren!

Uli Jeschke

KOMMENTAR

Eure Lordschaften, in Ehren,
Was wollt Ihr uns noch bescheren?
Hinter Euren Fake-Figuren
Finden sich die Unheilspuren
Unsrer schwarz gerahmten Welt:
Hochaltar mit Dollarzeichen,
Heimstatt aller Superreichen,
Stoßgebet der Waffenschmiede:
Alles andre, nur kein Friede!
Hauptanliegen: Geld, Geld, Geld!
Dies dem Text vorangestellt,
Falls einmal ein Urteil fällt.

Lutz Jahoda



Ein Lied wird instrumentalisiert

Mehr als 100 Radiostationen im In- und Ausland sendeten am 4. März John Lenons „Give peace a chance“ in die ganze Welt, wie ein Moderator kommentierte.

Diesen Song – uraufgeführt am 1. Juni 1969 –, der aus Protest gegen den Vietnamkrieg, den die USA von 1955 bis 1975 gegen dieses kleine Land führten, habe ich gehört, aber nicht bis zum Schluß. Ich schaltete das Radio für die Dauer dieses Liedes aus. Nicht, weil ich Krieg gutheiße oder das Völkerrecht mißachten würde.

Der Grund ist einfach, daß einmal mehr eine unzulässige Parallele zwischen geschichtlichen Ereignissen gezogen wird, die sich von selbst verbietet, deren Zweck es ist, das große Heer der Mitläufer von den wenigen, die sich Denken und Widerspruch nicht verbieten lassen, zu trennen.

Ich frage: Wo waren Protest und Empörung, als die NATO und Deutschland Krieg gegen Jugoslawien führten? Wo war das Aufbegehren, als die USA gegen den Irak Kriege führte? Wo war das Mitgefühl, als USA und NATO den „arabischen Frühling“ initiierten und wo die Solidarität mit den Völkern Syriens, des Jemen, des Libanon, Afghanistans, wo die Empörung angesichts des Massengrabes „Mittelmeer“, des Elends der Flüchtlinge in türkischen, griechischen und anderen Lagern?

„Dona nobis pacem“ erklang nicht für jene Menschen. Nur wenige hier solidarisierten sich mit ihnen. Erinnerung sei an Tage und Nächte auf dem Hof der zuständigen Behörde, an langwierige, zermürbende Asylverfahren, an menschenverachtende Unterkünfte, an Abschiebung in Herkunftsländer, die vom Bundestag eigens zu „sicheren“ Ländern erklärt wurden. Diese Flüchtlinge hatten das Pech, aus den falschen Ländern zu kommen, sie waren eben keine Ukrainer und der „Aggressor“ nicht der böse Russe. Solidarität? Warum nicht auch mit den mehr als 800 000

Russen, die in der Ukraine leben und seit Jahren drangsaliert werden? Wo war das Mitgefühl für die Bevölkerung im Donbass, ihren mehr als 14 000 Toten, als ukrainisches Militär, stellvertretend für USA & Co, dort Krieg führte?

Worin besteht der Unterschied zwischen den Flüchtlingen aus aller Welt und denen aus der Ukraine?

Wenn man Nachrichten aufmerksam verfolgt, finden sich schon innerhalb einer Meldung so viele „Wahrheiten“, die schlichtweg nicht wahr sind. Es werden fake news unter Verwendung von Archivmaterial gesendet, um den Bürgern zu suggerieren, das sei ein neuer Krieg. Nein, das ist er nicht! Krieg wird in der Ukraine seit 2014 geführt, seitdem die USA und die Nordallianz ihre Wunschregierung etablierten und Milliarden von Dollar dort investierten. Ihr Ziel: Aufnahme der Ukraine in der NATO. Quellen, aus denen unerwünschte Forschungsergebnisse, Darstellungen und Meinungen sprudeln, werden „trockengelegt“. Das hat sich bewährt und wird in bezug auf die Ukraine erneut praktiziert. Abgeschaltet sind u.a. „RT.DE“ und „SNA“ (einst Sputnik) oder online-Zeitungen aus Rußland. Das ist die Pressefreiheit à la Bundesrepublik Deutschland. Was dürfen wir nicht hören, lesen, warum nicht selbst entscheiden, wem wir Glauben schenken, wem nicht?

Es ist die Angst der Regierenden davor, daß ihre Lügen ad absurdum geführt werden und die Bevölkerung durchschaut, was und mit welchem Ziel tatsächlich in der Ukraine geschieht!

Die Intention, Sowjetrußland, die Sowjetunion, Rußland zu vernichten und einzunehmen, ist nicht neu.

Es waren das deutsche Kaiserreich, England, Frankreich, USA und Japan, die 1918/1919 über das junge Sowjetland herfielen. Es begann im Westen. Deutsche Truppen marschierten in Kiew ein. Zum ersten Mal im 20. Jahrhundert führte der deutsche Imperialismus in der Ukraine Krieg. Gleichzeitig mit den Militärs kamen die Vertreter des deutschen Monopolkapitals. Man kam, die Ukraine vor dem Kommunismus zu schützen. Zuerst wurden 2 Millionen Zentner Weizen und 1200 Wagons Lebensmittel aus dem Lande gebracht. Dann verwandelten sie die Ukraine in ein Gefangenenlager; Sympathie für die Sowjets, Agitation für die Bolschewiki wurde von nun an mit dem Tode bestraft; 8500 Menschen wurden in einem einzigen Kreis ermordet. Die Truppen des Kaisers befreiten die Ukraine von den Kommunisten, so gründlich sie konnten.

Die Besetzung der Ukraine war nur ein Teil weitreichender Aktionen. Von Kiew ging es zum Don, ein zweiter Stoßkeil führte nach Weißrußland und ein dritter in die Baltischen Provinzen bis nach Finnland. Nicht anders als die Deutschen, verfahren die US-amerikanischen, französischen und englischen Imperialisten. Im März 1918 landeten sie in Murmansk, fünf Monate später in Archangelsk. Ziel der Operation war das Herz der jungen Sowjetmacht – Moskau und Petrograd.

So wie dem deutschen Generalstab die Vertreter des deutschen Monopolkapitals folgten, kamen mit den alliierten Militärs die Vertreter ihrer Banken und Trusts. Im April 1918 landeten die Japaner in Wladiwostok.

Das „Japanische Börsenblatt“ schrieb damals, nach heutigem Stand und in der Perspektive ist Rußland die Kornkammer, das Fischereigebiet, der Holzstapelplatz, das Kohlebergwerk, die Gold-, Silber- und Platinmine.

Robert Lansing, ein „Sendbote“ der USA, damaliger Außenminister, sagte: „Sibirien stellt ein Neuland dar, das erschlossen werden muß und wir müssen uns den ersten Platz an diesem Tisch sichern.“

Englische Truppen besetzten, von Persien kommend, das Erdölgebiet von Baku und große Teile Turkestans.

Im Frühjahr 1919 hatten die Heere der Invasoren zusammen mit der Konterrevolution 1914/15 das Sowjetland in der Hand. Sie trennten Sowjetrußland durch tote Zonen und Stacheldraht vom Rest der Welt. Über den Kampf um die Befreiung informiert der Dokumentarfilm „Das russische Wunder“ (DDR, 1964).

Das wirkliche Ziel des Westens heute ist ein Regime Change in Moskau.

Ich verstehe nicht, wie man sich mit einem Land solidarisch erklären kann, das sich von den USA und der NATO korrumpieren ließ und das seit 2014 Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt.

Ich verstehe auch nicht, daß man die Absicht und Machenschaften der USA nicht durchschaut, Rußland zu vernichten, Europa zu destabilisieren, eine gedeihliche Verbindung zwischen Rußland und Deutschland zu verhindern.

Und ich verstehe nicht, wie man mit den USA sympathisieren kann, die für keinen ihrer Kriege, für keines ihrer Verbrechen bestraft wird, nicht bestraft werden kann, weil sie zu den Vetomächten des UN-Sicherheitsrates gehört, das Menschen und menschliche Werte, Natur und Umwelt mit Füßen tritt und die Gefahr eines dritten Weltkrieges schürt.

Beate Wesenberg-Schlösser
Berlin

So geht Deutschland

Sie fliehen vor Krieg und Zerstörung und Tod.
Sie weinen und frieren und bangen.
Sie werden mit woll'nen Decken und Brot
und wärmenden Worten empfangen.

Die Blicke so sorgsam, die Herzen so weit.
Die Türen der Häuser offen.
Nur so geht Sachsen, Deutschland,
Europa zur Rettung bereit.
Wo Menschen auf Menschen hoffen.
Sie werden behandelt mit Liebe und Acht
die Flüchtenden aus der Ukraine.
Ein paar Meter weiter, in selbiger Nacht,
sind flüchtende Menschen alleine.

Sie flohen vor Krieg und Zerstörung und Tod
Und weinen mit syrischem Munde,
und frieren und bangen,
nichts gilt ihre Not.

Siegfried Wunderlich
Plauen

Wir gratulieren dem langjährigen
Vorstandsmitglied des „RotFuchs“-
Fördervereins Oberst a. D.

Karl Rehbaum

aus Bernau, der am 12. August seinen
85. Geburtstag begeht.
Auch unter heutigen Bedingungen
setzt er seine Aufklärungsarbeit fort
und widmet sich dabei besonders der
NATO und ihrer militärischen Strategie.
Mit seinen großen Erfahrungen im
Klassenkampf und seinen politischen
Analysen leistet er wichtige Beiträge
zur Profilierung unserer Bildungsarbeit.
Herzliche Grüße und Glückwünsche
von Deinen Genossinnen und Genossen,
lieber Karl!

Unsere wichtigste Verpflichtung

Seit acht Jahren leiste ich mit dem Verein Friedensbrücke humanitäre Hilfe im Donbass. Ich weiß und habe gesehen, daß in der Ukraine tatsächlich der Faschismus an der Macht ist.

Aber auch wenn es bisher möglich war, ein wenig über unsere Arbeit und den Verein sichtbar zu machen, blieb doch alles immer auf eine kleine Gruppe von Aktiven begrenzt. Ab und zu gab es Veranstaltungen zum Donbass, aber das war es dann auch. Das genügt, um die Hilfe zu ermöglichen, aber es genügt bei weitem nicht, um ein Bewußtsein für die Entwicklung dort zu wecken und Solidarität zu mobilisieren, damit das, was jetzt in Deutschland geschieht, verhindert wird.

Wer sich all die Jahre über gefragt hat, warum das bundesdeutsche Strafrecht zwar die Leugnung des Holocaust unter Strafe stellt, die des Vernichtungskrieges Hitlers in der Sowjetunion mit seinen 27 Millionen Opfern aber nicht, kann jetzt sehen, warum.

Die Leugnung des „Generalplans Ost“ ist heute politisches Tagesgeschäft. Der antislawische Rassismus, den man vor Jahren bereits gegen die Serben reanimiert hatte, ist Bestandteil des politischen Alltags. Eine von der NATO herangezückete vermeintliche „Militärexpertin“, Florence Gaub, erklärte vor einiger Zeit im Fernsehen, Russen seien

eigentlich keine richtigen Europäer, denn sie hätten ein „anderes Verhältnis zum Tod“, die in Mariupol eingekesselten Nazitruppen jedoch wurden zu Helden stilisiert und das alles in einem Tonfall, der schaudern machte.

Und wir? Wir sind zum Abwarten verdammt, wieviel Wahrheit noch polizeilich erlaubt ist, jetzt, da die neuen Helden dieses nicht neuen Deutschlands, die irgendwie sehr wie die alten aussehen, Runen und Totenköpfe inbegriffen, sich auch benehmen wie die alten. Darf man ukrainische Nazis noch Nazis nennen?

Werfen wir einmal einen Blick in die Notizen des Generalstabschefs des Heeres, Franz Halder, der entscheidend an der Ausarbeitung des Unternehmens „Barbarossa“ beteiligt war. Er notierte Ende März 1941: „Künftiges Staatenbild: Nordrußland gehört zu Finnland. Protektorate Ostseeländer, Ukraine, Weißrußland.“ Woran erinnert uns das? An den Putsch in der Ukraine 2014? An den Antrag Finnlands und Schwedens, der NATO beizutreten? An den Umsturzversuch in Weißrußland im vergangenen Sommer? Der „Ausbau des Eisenbahn- und Straßennetzes“, der im Sommer 1940 unter dem Codewort „Otto“ begann, ist in den vergangenen Jahren vollendet worden.

Wenn einen diese Parallelen gruseln machen, dann, weil sie zum Gruseln sind. Die mit der

NATO-Osterweiterung geschaffenen Tatsachen sind wie eine Wiederauflage der alten Pläne. Nur daß diesmal die ersten angestrebten Ziele bereits vorweg realisiert wurden.

Jeder, der diese historischen Abläufe kennt, wundert sich nicht darüber, daß das in Rußland als Bedrohung gesehen werden muß.

Wie seine Zöglinge Heusinger und Gehlen entging auch Franz Halder der Nürnberger Gerichtsbarkeit; und während Gehlen die gefälschten Dokumente lieferte, die in den Kalten Krieg führten, und Heusinger die Militärstrukturen der NATO mit aufzubauen half, schrieb Halder für den Rest seines Lebens im Auftrag der US-Armee Militärgeschichte. So wurde das Erbe weitergereicht, die Ähnlichkeiten sind kein Zufall.

Aber wir haben die Jahre verpaßt, in denen es möglich gewesen wäre, die Wahrheit über die Ukraine zu verbreiten, so zu verbreiten, daß genügend Menschen sie als ihre eigene Sache verstehen. Wir haben diese erste Aufgabe noch nicht gelöst und stehen schon vor der zweiten, zu widerstehen und die dafür nötigen Bündnisse zu schmieden.

Unsere wichtigste Verpflichtung ist es, jenen verbündet zu bleiben, die gegen den Faschismus kämpfen und selbst nicht aufzugeben.

Liane Kilinc
Wandlitz

Gewissen, Vernunft oder Kalkül?

Nun, da der bewaffnete Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine eskaliert, wird Deutschland in die „Mangel“ genommen, sich zu entscheiden, entweder ungehemmt die Ukraine gegen Rußland mit militärischer, finanzieller und außenpolitischer Aggressivität entsprechend der Forderung der „Grünen“ und „Gelben“ in der Ampelregierung zu unterstützen oder sich dabei zurückzuhalten. Kanzler Scholz und seine SPD blieben in dieser Frage bislang noch im Bereich der Skala zwischen „historischem Gewissen, menschlichem Verstand und politischem Kalkül“. Das bringt ihm und der SPD seitens der größten Kriegstreiber in der Ampelregierung, der CDU/CSU-Opposition und der Mainstream-Journaille Vorwürfe und Diffamierung ein. Von ukrainischer Regierungsseite werden der deutsche Kanzler und seine Partei sogar unflätig beschimpft und beleidigt. Der ukrainische Präsident Selenski, sein Botschafter in der BRD, Melnik, und ihre politischen Berater werfen der Bundesrepublik offen vor, die von ihnen geforderte militärische Hilfe „des Westens“ zu sabotieren und Rußland in die „Hände zu spielen“.

Solch politisch erpresserischer Maßlosigkeit mußte sich Kanzler Scholz natürlich erwehren. Und so hört man von ihm bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, ob zu Hause oder auf Auslandstournee, stereotyp wie von einer beschädigten

nostalgischen Schallplatte: „Wir leisten der Ukraine enorme finanzielle Hilfe“; „Rußland wird diesen Krieg nicht gewinnen“; „Deutschland steht an der Seite der Ukraine“ usw.

Der Slogan „Die Ukraine wird mit deutscher Hilfe gegen Rußland gewinnen“ fehlt allerdings bisher im Geschwafel des Kanzlers. Liegt es vielleicht daran, daß ihn doch noch das geschichtliche deutsche Gewissen quält? Oder sagt ihm sein Verstand, der hinterhältige Versuch, den „russischen Bären“ zu erlegen, ist aussichtslos. Oder treiben ihn berechtigte Zweifel, daß die ukrainische Junta erfolgreich sein wird in der stillen Hoffnung, daß Deutschland nach dem Krieg dann wieder mit Rußland zum Vorteil und Nutzen der Bundesbürger kooperieren kann. Kanzler Scholz hat scheinbar ein „offenes Herz“ für all diese Varianten.

Dieses typisch sozialdemokratische Schwanken zwischen Gewissen, Vernunft und politischem Kalkül neigt sich bei Kanzler Scholz unter dem Druck der Erpressung durch die USA, die NATO und EU, aber auch durch innerdeutsche kriegswütige Elemente in der Ampelregierung und der stärksten parlamentarischen Opposition immer weiter und deutlicher in Richtung Gewissenlosigkeit, Verstandsverlust und widerstandsloser Unterwerfung unter das Diktat US-amerikanischer, europäischer und deutscher Kriegstreiber.

Indem er sich dagegen zu wehren versucht, von der politisch und ökonomisch herrschenden Elite im eigenen Land, aber auch auf internationaler Ebene als Bundeskanzler nicht „ernst genommen“ zu werden, macht er sich immer mehr, gemeinsam mit der seiner Außenamtsvorsteherin Baerbock und seinem Vize Habeck, zur Marionette der Kriegs-Strippenzieher Biden, von der Leyen, Stoltenberg und Johnson.

Deren Marionetten-Theater zieht bedauerlicherweise noch reichlich blau-gelb bekleidetes Publikum an. Dem mangelt es offensichtlich an historischem (Ge-)Wissen, am Verstehen der berechtigten Sorgen Rußlands um seine Sicherheit und am Willen, die nationalistische und faschistische Gefahr zur Kenntnis zu nehmen.

Jedweder Krieg ist schrecklich, unmenschlich. Aber genau so schrecklich und unmenschlich ist seine Provokation, seine Eskalation durch Waffenlieferungen, Ausbildungshilfe an modernen Waffen sowie der Freibrief für die Bildung internationaler Söldner-Hilfstruppen. Alles, was die Ursachen des Krieges in der Ukraine betrifft, hat seinen Ursprung in den USA, der NATO und der EU, einzig aus politischem, ökonomischem und militärischem Kalkül. In deren Strategie gibt es kein Gewissen, keinen Verstand, keine Menschlichkeit, nur Profit- und Machtstreben.

Manfred Wild
Berlin

FRIEDENSBEWEGUNG IN AKTION

Zentrale Aktionen der Friedensbewegung in den Sommermonaten

Juni

NATO-Gipfel vom 28. bis zum 30. Juni 2022 in Madrid: internationale Aktionen wie ein Gegengipfel und eine große Demonstration. Weltweite 24stündige Antimilitaristische Friedenswelle rund um den Globus (<https://act.worldbeyondwar.org/wave/>)

Aktionswoche in Ramstein vom 19. bis 26. Juni mit der Demonstration am 25. Juni

Großdemonstration am 25. Juni 2022 in München und am 26. Juni eine Aktion in Garmisch Patenkirchen zum G7-Gipfel in Elmau vom 26. bis 28. Juni

Juli

Bundesweite Demo am 2.7. in Berlin „Wir zahlen nicht für eure Kriege! 100 Milliarden für eine demokratische, zivile und soziale Zeitenwende statt für Aufrüstung“

Ab August

Aktionen anlässlich des Jahrestages des Atombombenabwurfes auf Hiroshima am 6. August und Nagasaki am 9. August

Der Antikriegstag am 1. September soll in den Bündnisgesprächen mit den Gewerkschaften vorbereitet und als Auftakt für vielfältige – auch bundesweite – Aktionen der Friedensbewegung genutzt werden.

Geplant ist, eine bundesweite Friedensdemonstration für den Herbst vorzubereiten.

Regionale Friedensaktivitäten im Juli und August (Auswahl)

ICAN/IPPNW-Woche in Büchel

Aktionscamp in Büchel mit Workshops, Musik, Tanz, Theater und Aktionen
Übernachtung: Campingplatz Pommern (Mosel)

Termin: 6. Juli bis 10. Juli

Ort: Haupttor Fliegerhorst Büchel, 56823 Büchel

VA: IPPNW / ICAN (Tagesgäste willkommen)
Webseite: buechel.nuclearban.de

Kontakt: IPPNW-Deutsche Sektion der internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges /Ärzte in sozialer Verantwortung, Körtestraße 10, 10967 Berlin, Telefon: 030/698 074-0, kontakt@ippnw.de, ippnw.de

JENA

VORTRAG / DISKUSSION

Inmitten des Krieges für Versöhnung arbeiten?

mit Prof. Dr. Martin Leiner (Uni Jena),
Mod.: Prof. Dr. Miriam Rose

Termin: 6. Juli, 18 bis 19 Uhr

Ort: Uni Jena, Hörsaal 4, Carl-Zeiß-Straße 3

VA: Uni Jena [im Rahmen der Interdisziplinäre Ringvorlesung „Krieg und Frieden in der Ukraine“ im SoSer 2022]

Webseite: theologie.uni-jena.de

HANNOVER

VORTRAG / DISKUSSION

Der Atomwaffenverbotsvertrag

mit Dr. Oliver Meier (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik - IFSH-, Büro Berlin)

Termin: 7. Juli, 19 Uhr

Ort: Neues Rathaus, Mosaiksaal, Trammplatz 2, 30159 Hannover

VA: Landeshauptstadt Hannover (Anmeldung erforderlich unter: mayorsforpeace@hannover-stadt.de)

Kontakt: Mayors for Peace Deutschland, Landeshauptstadt Hannover, Büro OB, Evelyn Kamissek, Trammplatz 2, 30159 Hannover, Telefon: 0511/168-41446, mayorsforpeace@hannover-stadt.de

ONLINE

Grundlagen für eine neue europäische Friedensordnung und gemeinsame Sicherheit in Europa

mit Uwe Hiks (Naturfreunde), 19 Uhr, via online tool zoom (<https://zoom.us/j/526339150>)

Termin: 11. Juli, 19 Uhr

VA: NaturFreunde Berlin und die NaturFreunde Hamburg (im Rahmen der Reihe „Frieden konkret“)

Kontakt: NaturFreunde Berlin, Paretzer Str. 7, 10713 Berlin, Telefon: 030/8 10 56 02 50, info@naturfreunde-berlin.de, naturfreunde-berlin.de

HANNOVER

KONZERT

Hiroshima Gedenken 2022 in Hannover (geplant)

u.a. mit World Choir for Peace Konzert

Termin: 6. August

Ort: Neues Rathaus, Hannover, Trammplatz 2, 30159 Hannover

VA: Landeshauptstadt Hannover, Leadcity Mayors for Peace

Kontakt: Mayors for Peace Deutschland, Landeshauptstadt Hannover, Büro OB, Evelyn Kamissek, Trammplatz 2, 30159 Hannover, Telefon: 0511/168-41446, mayorsforpeace@hannover-stadt.de

ALTENBURG

VORTRAG / DISKUSSION

Hiroshima und Nagasaki mahnen

mit Jan van Aken (Rosa-Luxemburg-Stiftung), 18-20 Uhr, Kulturbundhaus, Brühl 2,

VA: Friedensgruppe „Give peace a chance“ Altenburg u.a.

Termin: 6. August, 18 bis 20 Uhr

Ort: Kulturbund Altenburg, Brühl 2, 04600 Altenburg

ONLINE

Das Scheitern eines Projektes gemeinsamer Sicherheit in Europa 1991 bis 2022

Online-Diskussion mit David X. Noack (Lehrbeauftragter Uni Bremen)

Termin: 24. August, 19 Uhr

via online tool zoom

(<https://zoom.us/j/526339150>)

VA: NaturFreunde Berlin und die NaturFreunde Hamburg (im Rahmen der Reihe „Frieden konkret“)

Kontakt: NaturFreunde Berlin, Paretzer Str. 7, 10713 Berlin, Telefon: 030/8 10 56 02 50, info@naturfreunde-berlin.de, naturfreunde-berlin.de

WEIMAR

VORTRAG / DISKUSSION

Antikriegstag 2022 in Weimar

Termin: (voraussichtlich): 2. September, 19.30 bis 20.30 Uhr

Ort: (voraussichtlich): Innenstadt Weimar, Wieland-/Geleitstr., 99423 Weimar

VA: Welt ohne Waffen

Kontakt: Initiative „Welt ohne Waffen“ Weimar, Wielandstraße 2, 99423 Weimar, info@welt-ohnewaffen.de, welt-ohnewaffen.de

NEUSTADT/W.

VORTRAG / DISKUSSION

Neuer kalter Krieg mit Rußland – Eskalation ohne Ausweg? (geplant)

mit Andreas Zumach (Journalist, Berlin), genauer Ort noch offen

Termin: 6. September, 19.30 Uhr

Ort: Innenstadt, Neustadt, 67434 Neustadt/W.
VA: Friedensinitiative e.V. Neustadt/W, Amnesty, Attac, DFG-VK, VVN-BdA und dem DGB [im Rahmen des Antikriegstages 2022]

Kontakt: Friedensinitiative Neustadt, Maxburgstr. 52, 67434 Neustadt, Telefon: 06321/31583, contact@friedensforum-neustadt.de, friedensforum-neustadt.de

MAGDEBURG

VORTRAG / DISKUSSION

Kredite für den Krieg? Staatsverschuldung und Konflikte im Globalen Süden

Termin: 17. September, 10.30 bis 15 Uhr

Ort: Jugendherberge Magdeburg, Leiterstr. 10, 39104 Magdeburg

Kontakt: Bund für Soziale Verteidigung (BSV), Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Telefon: 0571/29456, info@soziale-verteidigung.de, soziale-verteidigung.de

Weitere Informationen unter:

www.friedenskooperative.de

Die Kriegsdrehscheibe Rheinland-Pfalz

Die Ausbildung ukrainischer Soldaten hat in Rheinland-Pfalz begonnen. Das Bundesland gilt als Drehscheibe für US-Kriege in Mittelost sowie für NATO-Operationen gegen Rußland.

Die Air Base Ramstein

Kernelement der US- und der NATO-Militärinfrastruktur in Rheinland-Pfalz und steuerndes Zentrum für die aktuellen NATO-Luftoperationen im Osten und Südosten des Bündnisgebiets ist die U.S. Air Base Ramstein bei Kaiserslautern, der größte Stützpunkt der US-Luftwaffe außerhalb der Vereinigten Staaten. Dort hat zum einen das Hauptquartier der US-Luftstreitkräfte für Europa und Afrika seinen Sitz, das die Operationen der U.S. Air Force auf beiden Kontinenten führt. Zum anderen ist in Ramstein das 86. Lufttransportgeschwader der US-Streitkräfte untergebracht. Der Stützpunkt ist das zentrale Drehkreuz für den Transport von US-Truppen und -Kriegsgerät nicht nur nach Europa, sondern etwa auch in den Nahen und Mittleren Osten inklusive Nachschub für die dortigen Kriege. Aktuell wird die Air Base mutmaßlich genutzt, um für die Ukraine vorgesehene US-Rüstungsgüter nach Polen zu schaffen, von wo sie an die ukrainischen Streitkräfte weitergeleitet werden. Berichten zufolge wurden auch US-Waffenlieferungen an Milizionäre in Syrien über Ramstein abgewickelt. Auf der Air Base wird außerdem eine Satelliten-Relaisstation betrieben, über die die US-Droheneinsätze in Nah- und Mittelost sowie in Afrika mit ihren zahllosen zivilen Todesopfern gesteuert werden.

NATO-Operationen im Osten

Auf der Air Base Ramstein ist neben dem Hauptquartier der US-Luftstreitkräfte in Europa und Afrika auch das NATO Allied Air Command angesiedelt, das NATO-Hauptquartier, das die Bündnisoperationen im Luft- und im Weltraum sowie die gemeinsame Raketenabwehr führt. Zu seinen Aufgaben gehört es zum Beispiel, die Luftraumüberwachung zu steuern, die die NATO seit 2004 im Baltikum durchführt; sie hat sie seit 2014 aufgestockt und auf den Südosten des Bündnisgebiets ausgeweitet. Aktuell führt eine eigens im Allied Air Command eingerichtete Joint Force Air Component (JFAC) die Luftoperationen der NATO nahe den Grenzen zu Rußland, zu Belarus und zur Ukraine. Zusätzlich zur längst üblichen, jetzt aber erneut aufgestockten Luftraumüberwachung patrouillieren dort nun auch weitere Kampffjets aus NATO-Staaten, die teilweise von ihren Heimatstandorten aus operieren und daher auf Luftbetankung durch Tankflugzeuge angewiesen sind. Nach Angaben aus Ramstein sind zu jedem Zeitpunkt rund 30 NATO-Flugzeuge zwischen Estland und Bulgarien im Einsatz, darunter Eurofighter der deutschen Luftwaffe. Auch Abwehrsysteme wie etwa die Patriot-Luftabwehrbatterien, die die Bundeswehr unlängst in die Slowakei verlegt hat, werden von Ramstein aus kontrolliert.

Die Kaiserslautern Military Community

Die U.S. Air Base Ramstein ist Teil eines regionalen US-Militärkonglomerats, das unter

anderem auch Kasernen in Kaiserslautern, das Militärkrankenhaus Landstuhl und das Miesau Army Depot umfaßt. Letzteres gilt als größtes US-Munitionslager außerhalb der Vereinigten Staaten; es ist Teil eines Systems von US-Materiallagern in Westeuropa, die Kriegsgerät für den Fall militärischer Auseinandersetzungen mit Rußland bereithalten sowie bei Bedarf genutzt werden sollen, um einfliegende US-Truppen auf dem Weg zur osteuropäischen Front auszurüsten. Landstuhl wiederum ist das größte US-Militärkrankenhaus außerhalb der Vereinigten Staaten; dort wurden und werden etwa US-Soldaten behandelt, die in Kriegen im Nahen und Mittleren Osten schwere Verletzungen erlitten. Aktuell wird in Weilerbach ganz in der Nähe für mehr als eine Milliarde US-Dollar ein neues US-Militärkrankenhaus errichtet, das dasjenige in Landstuhl ersetzen soll; es soll baulich direkt an den Flugplatz Ramstein angeschlossen werden. Alle Soldaten sowie Angestellte der US-Militäreinrichtungen in und bei Kaiserslautern und ihre Familien werden zuweilen als Kaiserslautern Military Community bezeichnet; diese ist mit über 50 000 Personen die größte Community ihrer Art weltweit.

Kampffjets und Atombomben

Weiter entfernt im Nordwesten, bereits in der Eifel, aber noch in Rheinland-Pfalz befindet sich mit der Air Base Spangdahlem ein weiterer bedeutender US-Luftwaffenstützpunkt. Dort sind in den vergangenen Wochen zusätzlich zu den ohnehin stationierten Kampffjets vom Typ F-16 zahlreiche zusätzliche US-Flugzeuge eingetroffen, um die Operationen im Osten und im Südosten des Bündnisgebiets zu verstärken: Kampffjets vom Typ F-35A, Kampffjets EA-18G Growler, die auf elektronische Kampfführung spezialisiert sind, sowie Tankflugzeuge KC-135. Letztere werden gegenwärtig genutzt, um diejenigen US-Kampffjets zu betanken, die von Spangdahlem aus zu Patrouillenflügen nach Ost- und Südosteuropa starten. Nordöstlich von Spangdahlem lagern

auf dem Fliegerhorst Büchel in der rheinland-pfälzischen Eifel US-Atombomben, die im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe bei Bedarf von deutschen Kampffjets an den Zielort geflogen werden sollen. Der Fliegerhorst soll in den kommenden Jahren für mehr als eine Viertelmilliarde Euro ausgebaut werden. Die bisher dort stationierten Tornado-Kampffjets werden ab 2026 durch US-Kampffjets vom Typ F-35 ersetzt. Zuletzt hat die Debatte um einen drohenden Atomkrieg Büchel erneut ins Rampenlicht gerückt.

Panzerhaubitzen für die Ukraine

Zur US-Militärinfrastruktur in Rheinland-Pfalz gehört nicht zuletzt ein Stützpunkt der U.S. Army in Baumholder. Er soll ausgebaut werden; das US-Budget allein für das Jahr 2023 sieht dafür gut 200 Millionen US-Dollar vor. Geplant ist nicht nur der Bau eines neuen Wohnkomplexes für zusätzlich stationierte US-Soldaten, sondern Berichten zufolge auch eine Trainingsanlage für Spezialkräfte; demnach könnte künftig eine Einheit der Navy Seals in Baumholder stationiert werden. Die US-Truppen in Baumholder trainieren gewöhnlich auf dem örtlichen Truppenübungsplatz, der von der Bundeswehr verwaltet wird. Erst kürzlich wurde bekannt, daß auf dem Gelände voraussichtlich auch ukrainische Soldaten üben werden; es geht um die Einweisung in den Gebrauch der Panzerhaubitze 2000, von der Berlin Kiew sieben Exemplare zugesagt hat, Den Haag fünf weitere. Das Trainingsprogramm hat, wie berichtet wird, am gestrigen Mittwoch begonnen; eine erste Übungsphase findet demnach in der Artillerieschule der Bundeswehr im nahe gelegenen Idar-Oberstein statt. Da eine Panzerhaubitze gewöhnlich von fünf Soldaten bedient werde, gehe man von mindestens 60 ukrainischen Militärs aus, heißt es; hinzu kämen Techniker und Dolmetscher. Für die Ausbildung werden rund 40 Tage veranschlagt, womöglich weniger.

Quelle: german-foreign-policy.com, 12.5.22

Das Netzwerk Friedenskooperative erklärt:

Wir lassen uns nicht entmutigen! Wir sollten jetzt einen noch längeren Atem entwickeln, um unsere Ziele eines Tages doch zu erreichen – den Abzug der Atombomben aus Büchel, das Ende der nuklearen Teilhabe und den Beitritt Deutschlands zum AVV. Nach einer Panorama-Umfrage soll die bisherige Ablehnung der Atombomben durch die Mehrheit der Bevölkerung einer Zustimmung von 52 % gewichen sein. Das zeigt, daß der Irrglaube, Atombomben könnten uns schützen, ausgerechnet in Kriegszeiten mobilisierbar ist. Dem wollen wir die Aufklärung der Bevölkerung über die Folgen eines Atomkrieges entgegensetzen und dies mit unseren Aktionen gegen Atomwaffen in Büchel, Nörvenich sowie regional und überall vor Ort unterstreichen.

Ein neues vierseitiges Infoblatt zur ersten Staatenkonferenz zum Thema Atomwaffenverbotsvertrag (21. bis 23.6. in Wien) informiert konzentriert und umfassend zum Verhältnis von Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) und Nichtverbreitungsvertrag, zum Städteappell für einen AVV-Beitritt, über den Umbau des Fliegerhorsts Büchel für die neuen Atombomber sowie die neuen Atombomben vom Typ B61-12 und über völkerrechtliche Fragen. Es enthält zudem alle bisher bekannten wichtigen Aktionstermine. Die Information kann angefordert werden unter:
<https://www.friedenskooperative.de/shop/infoblatt-erste-staatenkonferenz-zum-un-atomwaffenverbot>

Die Hungerkrise

Der doppelte Ansatz der UN

Die Vereinten Nationen haben bei dem Versuch, die Hungerkrise abzuwenden, die sowohl wegen des Ukraine-Kriegs als auch wegen der westlichen Sanktionen weltweit droht, spürbar Fortschritte erzielt. UN-Generalsekretär António Guterres verfolgt das Ziel, „die ukrainische Nahrungsmittelproduktion“ sowie „die Nahrungs- und Düngemittel, die von Rußland und von Belarus hergestellt werden“, gleichermaßen „in die Weltmärkte zu reintegrieren“. Tatsächlich ist beides nötig, soll die globale Nahrungsmittelversorgung sichergestellt werden. Die Ukraine lieferte zuletzt rund zehn Prozent der globalen Weizen- und Gerste- sowie gut 16 Prozent der Maisexporte; Rußland wiederum ist größter Weizenexporteur, während Rußland und Belarus zusammen rund 40 Prozent der globalen Ausfuhr von Kalisalzen tätigten, die für die Herstellung von Düngemitteln erforderlich sind.

Ohne Düngemittel wird die nächste Ernte nicht ausreichen, um die Welt mit genügend Nahrungsmitteln zu versorgen. Darin hat der Ansatz, dem die Vereinten Nationen seit Beginn des Ukraine-Kriegs folgen, außer ukrainische auch russische und belarussische Exporte wieder zu ermöglichen, seinen Grund.

Lösung in Sicht

Eine Lösung zeichnet sich aktuell für den Export von Weizen aus der Ukraine ab, der traditionell zu mehr als 95 Prozent über das Schwarze Meer abgewickelt wird. Dem stehen zur Zeit mehrere Hindernisse im Weg. Zum einen sind die ukrainischen Häfen entweder von Rußland besetzt oder werden von der russischen Marine blockiert. Zum anderen hat die ukrainische Marine, um russische Angriffe von See her zu verhindern, die Küstengewässer vermint. Erst UNCTAD-Generalsekretärin Rebeca Grynspan, dann UN-Nothilfe Koordinator Martin Griffiths haben jüngst nach Gesprächen in Moskau konstatiert, diese seien „konstruktiv“ verlaufen; man hoffe auf eine Lösung. Bekannt ist, daß der russische Präsident Wladimir Putin sich prinzipiell bereiterklärt hat, die Hafenblockade zu beenden. Die Türkei wiederum würde in diesem Fall die Aufgabe übernehmen, ukrainische Seeminen zu entfernen und die mit Getreide beladenen Frachtschiffe sicher durch das Schwarze Meer zu geleiten. Nach intensiven bilateralen Verhandlungen Ende Mai hoffen Beobachter auf einen Durchbruch bei Gesprächen des türkischen Außenministers Mevlüt Çavuşoğlu mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in Ankara.

Die Streuwirkung der Sanktionen

Unklar ist allerdings noch, wie der zweite Teil des UN-Ansatzes sichergestellt werden soll

– die Gewährleistung russischer und belarussischer Getreide- und Düngemittelexporte. Sowohl die EU als auch die USA verschanzen sich bisher hinter der Aussage, sie hätten gegen beides keine Rußland-Sanktionen in Kraft. Dies trifft zu, verschweigt aber, daß



Besonders in Ostafrika droht 2022 eine Hungersnot (Flugzeuge des UN-Welternährungsprogramms 2004 in Kenia)

zum einen die transatlantischen Sanktionen gegen Kalisalze aus Belarus fortbestehen und zum anderen russische Exporte durch Strafmaßnahmen massiv erschwert werden, die die Transport- sowie die Finanzbranche treffen. Zusätzlich wirkt sich die Furcht vor einer weiteren Ausdehnung der Embargomaßnahmen des Westens negativ auf jeden Handel aus. Diese Streuwirkung der Sanktionen ist aus früheren Sanktionsregimes bestens bekannt; sie hat nicht selten sogar humanitäre Hilfe verhindert. Wie nun berichtet wird, ist Washington mittlerweile bereit, der Streuwirkung der Sanktionen auf russische Getreide- und Kalisalzeexporte entgegenzuwirken. Dazu könne man einschlägig interessierten Unternehmen etwa eine Art Unbedenklichkeitsbescheinigung ausstellen, wird Linda Thomas-Greenfield, US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, zitiert.

Guterres' Belarus-Baltikum-Plan

Sabotiert werden die Bemühungen der Vereinten Nationen gegenwärtig vor allem von der EU. Dies betrifft insbesondere die Überlegungen, die ukrainischen Getreidevorräte nicht nur über das Schwarze Meer, sondern auch über Land zu exportieren. Zwar arbeitet vor allem die Bundesrepublik aktuell daran, den Export ukrainischen Getreides auf dem Schienenweg über Polen und Deutschland zu organisieren; die Verschiffung ist etwa über deutsche oder über italienische Häfen geplant. Erhebliche Probleme verursacht dabei aber, daß die Fracht an der ukrainisch-polnischen Grenze auf neue Züge umgehoben werden muß, weil die Gleise in der ehemaligen Sowjetunion eine andere Spurweite haben als diejenigen in Westeuropa. Das kostet so viel Zeit, daß Experten zufolge allenfalls ein geringer Teil der ukrainischen Vorräte

rechtzeitig abtransportiert werden kann. Als gangbare Alternative gilt der Transport des Getreides über Belarus in einen der Häfen im Baltikum, insbesondere ins litauische Klaipėda. Auf diesem Wege könnten gut zwei Drittel der etwas mehr als 20 Millionen Tonnen Getreide, die zur Zeit in der Ukraine lagern, verfügbar gemacht werden. UN-Generalsekretär Guterres befürwortet dies.

„Kategorisch ausgeschlossen“

Dem Vorhaben stehen die EU-Sanktionen gegen Belarus entgegen. Minsk ist bereit, den Transport des Getreides über sein Territorium zu organisieren, verlangt im Gegenzug aber, daß ein Teil seiner mit Sanktionen belegten Exporte über Häfen wie denjenigen in Klaipėda wieder zugelassen wird. Das deckt sich zum guten Teil mit dem UN-Plan, Kalisalzeexporte auch aus Belarus zwecks Sicherung der globalen Nahrungsmittelversorgung wieder

möglich zu machen. Allerdings stellt sich jetzt die EU quer: „Von den Mitgliedstaaten wie von der Kommission“ werde „eine Aufhebung oder auch nur Lockerung von Sanktionen gegen Belarus kategorisch ausgeschlossen“, wurde berichtet. Zwar habe Brüssel in den vergangenen drei Monaten versucht, Minsk mit finanziellen Angeboten zu locken, um es Moskau abspenstig zu machen; „auffällig“ sei, daß die EU nach ihren Sanktionen vom 9. März weitere Strafmaßnahmen zunächst nur gegen Rußland verhängt habe, nicht aber gegen Belarus. Die belarussische Regierung sei allerdings nicht auf die Avancen der EU eingegangen; sie habe deutlich gemacht, daß Versuche, einen Keil zwischen sie und Rußland zu treiben, zum Scheitern verurteilt seien.

Die Prioritäten der EU

Die EU hat deshalb Konsequenzen gezogen und neue Sanktionen gegen Belarus verhängt. Diese richten sich konkret unter anderem gegen Belaruskali, den größten Kalisalzehersteller des Landes, gegen den Leiter des Unternehmens, Iwan Golowaty, und gegen die Exportfirma Belarussian Potash Co., die den Ausstoß von Belaruskali in fremde Länder ausführt. Die Verhängung von Strafmaßnahmen gegen Unternehmen, deren Produkte UN-Generalsekretär Guterres wieder verfügbar zu machen sucht, um eine globale Hungerkrise abzuwenden, ist ein selten direkter Affront gegen die Vereinten Nationen. Er zeigt, daß für die EU eine Schwächung gegnerischer Staaten deutlich Vorrang vor der Vermeidung einer Hungerkrise genießt.

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 7.6.22

Redaktionell gekürzt

Die Sanktionen schlagen zurück

Ökonomisch düstere Perspektiven hatte zuletzt eine Konjunkturprognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) erkennen lassen. Das IW rechnet damit, daß die deutsche Wirtschaftsleistung nach dem pandemiebedingten Einbruch um 4,9 Prozent im Jahr 2020 und der Zunahme um 2,9 Prozent 2021 nun in diesem Jahr um weniger als 1,75 Prozent wachsen wird. Damit läge sie zum Jahresende immer noch unter dem Volumen des Vorkrisenjahres 2019. Allerdings stehe selbst diese wenig günstige Prognose unter dem Vorbehalt, warnt das IW, „daß es im zweiten Halbjahr 2022 zu keinen zusätzlichen Belastungen durch geopolitische Konflikte kommt“ und „sich die konjunkturaufziehenden Inflationseffekte zurückbilden“. Beides ist zur Zeit wenig wahrscheinlich. (...) Für Deutschland rechnet das IW in diesem Jahr mit dem Anstieg der Verbraucherpreise um gut sechs Prozent.

„Exportaufschwung abgewürgt“

Für die exportfixierte deutsche Wirtschaft wiegt schwer, daß die Aussichten auch für den Warenexport ungünstig sind. Im vergangenen Jahr war es immerhin gelungen, die Einbrüche bei der Ausfuhr im Pandemiejahr 2020 (- 9,3 Prozent) mit einer Steigerung um 9,4 Prozent beinahe wettzumachen. Hatte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) Anfang des Jahres mit einer erneuten Exportzunahme von gut sechs Prozent gerechnet, so heißt es nun, es werde 2022 „nicht viel mehr geben für die deutsche Exportwirtschaft als hoffentlich eine schwarze Null“. (...) Als wichtigste Ursachen gelten neben den Folgen der aktuellen Lockdowns in China und fortdauernden Problemen bei der Versorgung mit unverzichtbaren Vorprodukten, etwa mit Halbleitern, der Ukraine-Krieg und die westlichen Rußland-Sanktionen. Allein nach Rußland exportierten deutsche Unternehmen im vergangenen Jahr noch Waren im Wert von fast 27 Milliarden Euro. Wieviel davon übrig bleibt, ist unklar, und es kommt noch die exporthemmende Stagnation der Wirtschaft in anderen Ländern hinzu.

Von der Zersetzung bedroht

Dabei weisen Experten darauf hin, daß die aktuellen Wachstumsziffern zwar längst nicht so dramatisch wirken wie die tiefen Einbrüche des Pandemiejahres 2020, daß sie aber erheblich größere Gefahren erkennen lassen, die „zu einer strukturellen Krise“ führen können und „das Potential“ haben, „Teile der wirtschaftlichen Struktur zu zersetzen“. Denn während die Corona-Krise vor allem Dienstleister traf, die oft herbe Einbußen erlitten, allerdings nach dem Ende der Lockdowns wieder durchstarten konnten, wirkt sich die aktuelle Krise besonders stark auf die Industrie aus; laut einer DIHK-Umfrage gehen 37 Prozent der Industriebetriebe von einer Verschlechterung ihrer Geschäfte in den

kommenden zwölf Monaten aus. 93 Prozent von ihnen sehen das härteste Risiko für die Zukunft in den gestiegenen Energie- und Rohstoffpreisen. Vor allem die Chemie- und die Metallbranche sind in hohem Maß etwa auf Erdgas angewiesen – nicht nur als Energieträger, sondern auch als Grundstoff – und leiden deshalb erheblich unter der Teuerung. (...)

Das Schlimmste steht noch bevor

Dabei steht vielen Unternehmen die eigentliche Krise erst noch bevor. In Wirtschaftskreisen heißt es, fast zwei Drittel aller deutschen Unternehmen hätten den Bezug ihrer Energie in Verträgen geregelt, die eine Laufzeit von oft ein bis drei Jahren hätten. Entsprechend schlägt sich die Teuerung bei Öl und Gas bei ihnen mit Verspätung nieder: „Bis zum Herbst oder sogar zum Beginn des nächsten Jahres merken viele Unternehmen noch gar nicht viel von den hohen Energiepreisen“, wird der Wirtschaftswissenschaftler Andreas Löschel zitiert. „Dafür trifft es sie danach mit voller Wucht.“ Die deutsche Wirtschaft, die stärker als diejenige anderer westeuropäischer Staaten durch ihre energieabhängige Industrie geprägt ist, könnte deshalb sogar tiefer als andere einbrechen, urteilt der Präsident des Münchener ifo-Instituts, Clemens Fuest; Deutschland sei „von den steigenden Energiepreisen stärker betroffen ... als viele andere Länder“. Dabei trägt schon die Umstellung von relativ preisgünstigem russischem Pipelinegas auf teureres Flüssiggas, unter anderem aus den Vereinigten Staaten, spürbar zum Preisanstieg bei. Die stetigen Drohungen mit Öl- und Gasboykotten verstärken ihn.

Nicht ruiniert

Während die deutsche Wirtschaft Stück um Stück – und ab Herbst womöglich beschleunigt – in eine Strukturkrise zu rutschen droht und laut Auffassung von DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben sogar „Kernbranchen verlieren“ könnte, urteilt der Rußland-Experte Stefan Meister von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), man solle nicht darauf setzen, mit den Sanktionen und den Embargos, die die eigene Industrie ernsthaft schädigen, die russische Wirtschaft in den Kollaps treiben zu können.

Zwar werde Rußlands Wirtschaftsleistung laut Prognosen der russischen Zentralbank womöglich um bis zu zehn Prozent einbrechen; die Inflation könne sogar 30 Prozent erreichen, „mit negativen Auswirkungen auf Einkommen und den privaten Konsum“. Doch sei es der Zentralbank inzwischen gelungen, „die makroökonomische Situation und den Rubel fast auf dem Vorkriegsniveau“ zu stabilisieren. Die russische Wirtschaft werde trotz der Abwanderung westlicher Unternehmen und des sanktionsbedingten Fehlens wichtiger Bauteile „überleben“, sagt Meister voraus. „Die meisten Firmen werden weiterarbeiten und Jobverluste sich in Grenzen halten“. „Rußland ist nicht Nordkorea oder Iran.“ Das Ziel, „Rußland zu ruinieren“ (Annalena Baerbock), würde damit – bei einer gleichzeitigen ernstesten Schwächung der eigenen Industrie – deutlich verfehlt.

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 27.5.22

SANKTIONEN-LIED

(auf die Kurt-Weill-Melodie des Kanonensongs zu singen)

Der Dollar will führen, der Euro tut's,
Der Rubel bemüht sich um Anschluss.
Die Weltmacht, wie immer, Grund des Disputs.
Die Ukraine träumt heut' noch vom Fangschuß.

Ob Sanktionen
Sich wirklich lohnen?
Die Fachwelt sagt: Wohl kaum.
Auch das Geschäftsleutein
Sagt dazu eher Nein,
Doch immer Ja zur Masse
Der ewig vollen Kasse
Im üppig giftig überreichen Aktientraum.

Wir kennen die Übel, wissen um sie
Und lernten mit ihnen zu leiden.
Die letzte Hoffnung: die Diplomatie
Konnte Kriege bislang nicht vermeiden.
Ob Sanktionen
Sich wirklich lohnen?
Die Fachwelt sagt: Wohl kaum.

Auch das Geschäftsleutein
Sagt dazu eher Nein,
Doch immer Ja zur Masse
Der ewig vollen Kasse
Im üppig giftig überreichen Aktientraum.

Mit Sanktionen züchtigend den Weltgendar
zu spielen, war bislang vorwiegend Sache der
Vereinigten Staaten von Amerika. Nun hat sich
Rußland dieser Verfahrensweise angeschlossen
und verfügte Sanktionen gegen 61 US-Bürger,
worunter sich amerikanische Regierungsmitglieder
sowie aktuelle und frühere Spitzenmanager
von US-Konzernen befinden.

Hier einige der Betroffenen:
Janet Yellen (Finanzministerin)
Jennifer Granholm (Energieministerin)
Kate Bedingfield (Kommunikationsdirektorin im
Weißen Haus)
Reed Hastings (Netflix-Chef)

Lutz Jahoda, 7. Juni 2022

Moskaus langer Atem

Der Westen reagierte empört, als Präsident Putin die „Volksrepubliken“ in der Ost-Ukraine anerkannte – aus der Geschichte heraus betrachtet, ist dies aber nur folgerichtig.

Einzelvorgang zu „framen“ ist ein beliebtes Mittel der Manipulation von Meinungen. Aber auch das Gegenteil gibt es: „Deframing“ – etwas aus dem Zusammenhang reißen. Bei der Beurteilung der derzeitigen Politik Rußlands kommt es ganz darauf an, wie weit man den historischen Rahmen steckt, in dessen Kontext man die Lage einschätzt. Isoliert betrachtet, ist es böse, wenn ein größeres Land ein kleineres drangsaliert und versucht, Teile von dessen Staatsgebiet abzutrennen. Ein „aggressiver Akt“, geifert die aggressivste aller Weltmächte. Sieht man dagegen, wie sich die Weltgeschichte spätestens seit der „Wendezeit“ entwickelt hat, gewinnt man an Verständnis für die vermeintlich erratische Politik Putins. Es ist eine Geschichte des schrittweisen Zurückdrängens des russischen Einflusses, der wachsenden Umzingelung und Bedrängung des großen Landes durch den sich als siegreich gerierenden Westen.

Historiker wissen Bescheid. Es kommt darauf an, wann und wo man die Geschichte beginnen läßt. Dementsprechend werden Ereignisse sehr unterschiedlich dargestellt und eingeordnet. Als Wladimir Putin am Abend des 21. Februar 2022 in Moskau verkündete, die beiden ostukrainischen „Volksrepubliken“ als selbständige Staaten anerkennen zu wollen, war dies für die transatlantische Rezeption ein aggressiver Akt, für die russische Wahrnehmung hingegen eine Antwort auf den Kiewer Regimewechsel im Jahr 2014.

Doch der Reihe nach. Wer die Geschichte der Ukraine-Krise mit dem Aufmarsch der russischen Armee und der Erklärung Putins zur Anerkennung der Selbständigkeit von Donezk und Lugansk beginnen läßt, kann mit Fug und Recht behaupten, daß dieser Schritt ein Bruch des Minsker Abkommens und des Völkerrechts war. Immerhin garantiert das Abkommen „Minsk II“ vom 12. Februar 2015, das Frankreich, Deutschland, die Ukraine und Rußland ausverhandelten, die territoriale Integrität der Ukraine; und diese wurde mit Putins Erklärung eindeutig verletzt.

Gleichzeitig hatte man allerdings im Minsker 13-Punkte-Katalog eine Verfassungsreform des Landes vereinbart, deren Kern eine Föderalisierung mit weitgehender lokaler Selbstverwaltung der beiden ostukrainischen Oblaste bildete. Sieben Jahre lang ist dazu kein einziger Schritt von Seiten Kiews unternommen worden.

Wenn wir also die Geschichte der Ukraine-Krise mit dem 12. Februar 2015 anstatt mit dem 21. Februar 2022 beginnen lassen, stellt sich die Lage ganz anders dar. In dieser Perspektive ist es die Regierung in Kiew, die das Minsker Abkommen gebrochen hat; ganz abgesehen von jahrelangen militärischen Provokationen an der Waffenstillstandslinie durch reguläre und irreguläre ukrainische Einheiten sowie der Weigerung, soziale und wirtschaftliche Verbindungen zwischen der Kernukraine

und den abtrünnigen Gebieten wieder herzustellen, wie es in Punkt 12 des Abkommens definiert ist.

Noch eine kompaktere Einschätzung ergibt sich für jemanden, der die Geschichte am 28./29. November 2013 beginnen läßt. Damals trafen sich die Granden der 28 EU-Staaten mit Vertretern von sechs ex-sowjetischen Republiken zu einem Gipfel im litauischen Vilnius. Brüssel hatte für vier Länder – Moldawien, Georgien, Armenien und die Ukraine – soge-



28. Februar 2015: Ein Milizionär des Donbass feuert auf ukrainische Truppen. Nach der Niederlage in der Schlacht von Debalzewo war Kiew bereit, das Abkommen Minsk II abzuschließen.

nannte Assoziierungsabkommen vorbereitet. Diese sollten das wirtschaftliche und politische Einflußgebiet der Europäischen Union nach Osten erweitern, ohne den jeweiligen Staaten eine EU-Mitgliedschaft anzubieten. Auch eine militärische Absicherung dieses „Drangs nach Osten“ war vorgesehen.

Im Vorfeld war allerdings bereits Armenien ausgeschieden, nachdem russische Sonderemissäre Jerewan überzeugt hatten, daß ein Bruch mit Moskau für das kleine Land nicht nur energiepolitisch verheerende Folgen hätte. Am Vilnius-Gipfel selbst lehnte dann der ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch aus ähnlichen Gründen das Angebot auf EU-Assoziierung ab.

Doch anstatt diese Ablehnung ernst zu nehmen, begann Brüssel, auf einen Regimewechsel in Kiew zu setzen. Mit den Protesten von Jugendlichen am Majdan von Kiew war dann auch ein Hebel gefunden, den man dazu nutzen konnte.

Daß rechte westukrainische Kader die studentische Unzufriedenheit bald mit nationalistischen Parolen würzten und später das Terrain am Majdan übernahmen, kam den Außenpolitikern der EU, wie zum Beispiel dem damaligen deutschen Außenminister Guido Westerwelle, nicht ungelegen.

Gemeinsam stürzte man im Februar 2014 die gewählte ukrainische Regierung und jagte den Präsidenten außer Landes. Dieser klare Bruch der ukrainischen Verfassung kümmerte in Brüssel, Berlin oder Washington niemanden unter den politisch Verantwortlichen. Im Anschluß daran zerfiel die Ukraine: die zwei sezessionistischen Oblaste Donezk und Lugansk erklärten sich für selbständig und die

Krim schloß sich der russischen Föderation an. Von dieser historischen Warte aus gesehen, muß die treibende Kraft für die ukrainische Desintegration der Europäischen Union zugeschrieben werden.

Aber wir können und müssen die Geschichte der Ukraine-Krise noch früher beginnen lassen; und zwar am 15. März 1999. Damals trafen sich im Pariser Kongreßzentrum in der Rue Kléber Vertreter der USA, der EU, Rußlands, Jugoslawiens und der Kosovoalbaner,

um einen Vertrag zur Lösung der Kosovo-Frage abzuschließen. Eine Einigung konnte nicht gefunden werden. Die russische und die jugoslawische Seite stimmten der von Washington und Berlin beabsichtigten militärischen Kontrolle Jugoslawiens durch die NATO nicht zu. Zwei Tage später stellte die Nordatlantik-Allianz Belgrad ein Ultimatum, und am 24. März 1999 begann die mittlerweile auf 19 Mitglieder angewachsene NATO mit dem Bombardement serbischer Städte und Einrichtungen, das 78 Tage dauern sollte.

Der Angriff erfolgte völkerrechtswidrig ohne UN-Mandat und stellte einen Präzedenzfall der europäischen Nachkriegsgeschichte dar, die seither auch so nicht mehr genannt werden kann. Kosovo wurde aus dem Staatsverband Jugoslawiens herausgebombt.

Wer also die Geschichte der Ukraine-Krise im März 1999 beginnen läßt, darf das aktuelle russische Vorgehen zwar nicht als spiegelbildlich zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien begreifen, dafür hätte Moskau Kiew und andere ukrainische Städte bombardieren müssen; aber er muß daran erinnern, daß militärisch abgesicherte Grenzverschiebungen ohne Einwilligung der sie betreffenden Staaten nicht in Moskau erfunden, sondern zuvor von Washington betrieben wurden, und zwar mit ungleich mehr Brutalität.

Noch ein Nachsatz zum Präzedenzfall Kosovo: Sanktionen gegen Staaten der NATO-Kriegsallianz von Seiten Rußlands, Chinas oder neutraler Länder hat es damals nicht gegeben, ja sie wurden nicht einmal diskutiert.

Hannes Hofbauer

Quelle: Rubikon.news, 24. Februar 2022

Das Gestern im Heute

Was von der Geschichte für das konkrete Leben der Menschen in der Gegenwart bleiben und als Zeugnis für die menschliche Entwicklung in den Vordergrund treten soll, hängt ganz von den Interessen der herrschenden Klasse und ihrer Eliten ab. Was bringt's, ist deren bewährte Herangehensweise an die von der Geschichte aufgeworfenen Fragen. Die den Menschen zu vermittelnden historischen Tatsachen mit ihren Hintergründen werden darauf ausgerichtet, zu dem von der Politik pragmatisch erwünschten Wissensstand zu führen. Sehr viele Historikerinnen und Historiker mögen redlich bemüht sein, nach der Wahrheit im historischen Prozess zu forschen und darüber zu publizieren. Was dann davon zur Aufklärung oder zur Vernebelung gebraucht wird, entscheidet das Herrschaftssystem, zu dem in unserer kapitalistischen Welt die Medien in der Hand der Reichen mit ihrer die Massen vergiftenden Manipulation gehören. Es gibt keine historisch aufgeklärte Öffentlichkeit. Nach der Befreiung Österreichs vom deutschen Faschismus hat der von den Nazis verfolgte Wiener Physiker und Friedensaktivist Hans Thirring (1888–1976) in Anlehnung an Spinoza angeregt, die Weltgeschichte „sub specie aeternitatis“ zu betrachten. In den Vordergrund der Geschichte sollte das Andenken an „die schöpferischen Leistungen zum Segen der Menschheit“ treten und jener großen Pioniere naturwissenschaftlichen Denkens gedacht werden, die „zur Erlangung der geistigen Reife und zur Veredelung der Menschheit beigetragen haben“. Als warnendes Beispiel dafür, was Geschichtsunterricht bei jungen Menschen anrichten kann, verweist Thirring auf Adolf Hitler (1889–1945). In seinem Bestseller „Mein Kampf“ hat Hitler gleich eingangs auf den prägenden Einfluss des historischen Unterrichts und der Lektüre von Geschichtsbüchern auf die Herausbildung seiner Idee von deutscher Größe geschrieben hat.

Thirring hätte die Helden des Widerstands gegen den Faschismus nennen müssen, um sein Ziel, die Jugend zur aktiven Anteilnahme am Aufbau einer neuen Gesellschaft zu erreichen. Aber von einer kämpferischen Geschichtswissenschaft, wie eine solche der aus dem Ostjudentum stammende Historiker und Oberst der Sowjetarmee Leo (Jonas Leib) Stern (1901–1982) in der Deutschen Demokratischen Republik zu verwirklichen suchte, wollten die sehr gebildeten und einflußreichen, an den österreichischen Universitäten lehrenden Historiker nichts wissen. Im Lehrplan für Gymnasium, Realgymnasium und Realschule ab Schuljahr 1945/46 gehörte das österreichische Volk zu den Opfern und die Hauptlinie der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus war, das Geschehene geschehen sein zu lassen. Der Völkermord

an den europäischen Juden durch die deutschen Faschisten war ebenso Vergangenheit wie der Judenmord auf der Gänseweide in Wien (seit 1862 Weißgerberlande), wo auf Befehl des geldgierigen Albrecht V. (1397–1439) aus der katholisch-habsburgischen Mörderdynastie am 12. März 1421



**Kommunist und bedeutender Historiker in der DDR:
Leo Stern (1901–1982)**

etwa 200 jüdische Kinder, Frauen und Männer auf den Scheiterhaufen getrieben und verbrannt worden sind. Albrecht V., der seine Hussitenkriege und seine Ambitionen in Richtung römisch-deutsche Königswürde finanzieren wollte, hatte am 23. Mai 1420 die Gefangennahme der Juden im habsburgischen Herrschaftsbereich, deren Zwangstaufe und die oft mit Folter erzwungene Preisgabe von Besitztümern verordnet. Elie Wiesel (1928–2016) erlebte vor seinem Abtransport nach Auschwitz ähnliches in seiner Heimatstadt Sighet (Rumänien): „Ein Jude hatte nicht mehr das Recht, Gold, Juwelen und Wertsachen zu besitzen; alles mußte bei Todesstrafe den Behörden abgeliefert werden“. Das österreichische Judenpogrom von 1420/21 wird in der Literatur als Wiener „Gesera“ genannt und ist ein in der Geschichte verblaßter Vorgriff auf die Schoa.

Auschwitz – Holocaust

1967 informiert das „Lexikon des Judentums“ zum Stichwort Auschwitz (A.), polnisch Oswiecim: „größtes nat.-soz. Vernichtungslager – das berüchtigte Lager Birkenau unterstand verwaltungsmäßig ebenfalls A. –, in dem mehr als 1 Mill.

europäische Juden (etwa die Hälfte hiervon in Gaskammern) ermordet wurden. A. bestand vom 14. 6. 1940 bis 27. 1. 1945 (die russ. Befreier fanden 5000 Überlebende). Vernichtung erfolgte zunächst durch Aushungerung, Mißhandlung und Injektionen. Vergasungen begannen in großem Umfang Anfang 1942 u. endeten im Oktober 1944. Opfer wurden bei Ankunft am Bahnhof ausgewählt u. je nach Körperbefund sofort vergast oder zunächst zur Zwangsarbeit (Bunawerke der I. G. Farben) abkommandiert, um später gleiches Schicksal zu erleiden. Gaskammern waren u. a. von I. A. Topf u. Söhne (Erfurt) erbaut, Zyklon B (ein I. G. Farben-Patent) wurde von Tesch u. Stabenow (Hamburg) u. Degesch (Dessau) geliefert. Rudolf Franz Höß, einer der Lagerkommandanten (im März 1947 in A. als Kriegsverbrecher gehängt) hat über die dortigen Vorgänge kaltblütig in den Nürnberger Prozessen ausgesagt.“

Die griechische Übersetzung der hebräischen Bibel bezeichnet mit „Holocaust“ das im Tempel vollständig zu verbrennende Opfertier. Im deutschen Sprachraum blieb der Begriff mit dem jüdischen und frühchristlichen Brauchtum verbunden. Das war dem deutschen Kulturraum angepaßt, weil dessen Vergangenheit insgesamt „religiös“ ist. Im englischen Sprachraum erweiterte sich der Begriff von Feueropfer zu den von Menschen verursachten Katastrophen bis hin zum „nuclear holocaust“ in den 50er Jahren. Der 1948 gegründeten Staat Israel spricht in seiner Unabhängigkeitserklärung von den „survivors of the Nazi holocaust in

Europe“ und verwendet nach dem Prozeß (1961) gegen Adolf Eichmann (1906–1962) den Begriff „Holocaust“ für die von den deutschen Faschisten seit der Konferenz in Berlin-Wannsee (20. Januar 1942) bewußt betriebene „Endlösung der Judenfrage“ mit ihren ca. sechs Millionen ermordeten Juden. In der Bundesrepublik Deutschland, wo der Judenverfolger Hans Globke (1898–1973) höchstes Ansehen genoß, und in Österreich wurde bis Ende der 1970er Jahre nicht vom „Holocaust“ gesprochen. „Auschwitz“ und die anderen Vernichtungslager blieben museale Gedenkstätten einer Ausnahmezeit, die als überwunden gilt. Durch eine US-amerikanische, im deutschen und österreichischen Fernsehen ausgestrahlte Serie über das der jüdischen Familie Weiss zugefügte Schicksal wurde das Wort „Holocaust“ in breiten Schichten bekannt und mit der erbarmungslosen Austilgung der Juden als „Rasse“ durch den deutschen Faschismus verknüpft. Daß Polen allein über 5 Millionen und die Sowjetunion über 14 Millionen zivile Opfer durch die deutschen Mordtruppen zu beklagen hatten, bleibt aus dem deutschsprachigen Historikerdiskurs weitgehend ausgeklammert. Das gilt auch für den heldenhaften Widerstand, den Juden

als Partisanen in der Ukraine oder beim Aufstand des Warschauer Ghettos (1943) geleistet haben. Wenn von „Holocaust“ gesprochen wird, dürfen die grauenhaften Kriege nach 1945 nicht vergessen werden bis herauf zur Gegenwart. Millionen von Tonnen Chemikalien sprühten die USA auf Vietnam, an diesem „Holocaust“ hat Vietnam heute noch zu leiden.

Der deutsche Historiker Wolfgang Reinhard (*1937) hat in seinem viel diskutierten Artikel „Vergessen, verdrängen oder vergegenwärtigen?“ gemeint, die allein auf die Vernichtung der Juden ausgerichtete Holocaust-Gedächtniskultur sei zu „entemotionalisieren“. Er stellt fest, daß ein solches geschichtliches Erbe nicht singulär ist, was zu einer lebhaften Polemik in Deutschland Anlaß gegeben hat. Die deutschen Konzerneigentümer, die den Weg zu Auschwitz geöffnet und mitzuverantworten haben, werden nicht angesprochen.

Der lateinamerikanische Befreiungstheologe Jon Sobrino SJ (*1938) schreibt 2008: „Auschwitz war die Schande der Menschheit seit dem Mittelalter. Zentralamerika, Bosnien, Osttimor, die Region um die

großen Seen in Afrika, der Hungertod und jetzt die Ausgrenzung von mehreren zehnten Millionen Menschen sind die Schande der Menschheit in unseren Tagen“. Sobrino SJ nimmt für die Opfer der Gegenwart Partei. Das tut auch Papst Franziskus (*1936), der 2014 Yad Vashem und 2016 Auschwitz besucht und betont hat, daß die Erinnerung an den Holocaust wichtig ist, es sei nötig, „sich an die Vernichtung von Millionen Juden und Menschen unterschiedlicher Nationalität und religiöser Überzeugungen zu erinnern“. Immer wieder erinnert Papst Franziskus an das menschliche Elend, das die Armen der Welt wegen der Barbarei der Reichen in der Gegenwart erleiden müssen. Zu den Armen der Welt gehören die von Israel unterdrückten, verfolgten und mit gezielten Mordaktionen vertriebenen Palästinenser. Der seit 1936 an der Hebräischen Universität lehrende Zionist Jeschajahu Leibowitz (1903–1994) hat am Tag nach dem Sechstagekrieg (5. Juni 1967–10. Juni 1967) geklagt: „Der historische Tag war der siebte Tag, an dem wir zu entscheiden hatten, was uns dieser Krieg bedeutete. Ein Eroberungskrieg oder ein Verteidigungskrieg? Wir waren plötzlich im Besitz des ganzen Landes, und da entschieden wir: Es war ein Eroberungskrieg. Das hieß, dem palästinensischen Volk das Recht und die Möglichkeit auf nationale Selbständigkeit zu rauben“.

Amnesty International hat am 1. Februar d. J. in seinem 182 Seiten umfassenden Bericht festgestellt: „Die israelischen Behörden müssen für das Verbrechen der Apartheid gegen die Palästinenser zur Rechenschaft gezogen werden“. Der Bericht von Amnesty wird von Deutschland und Österreich im Einvernehmen mit Israel scharf abgelehnt. Daß Israel tatsächlich ein Apartheidstaat ist, stellen trotz aller Denunziationen NGOs wie Human Rights Watch in den USA und B'Tselem (The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories) fest, auch die beiden UN-Sonderberichterstatter John Dugard (*1936) aus Südafrika und Richard A. Falk (*1930) aus den USA haben Israel wegen seiner Menschenrechtsverletzung verurteilt. Für

2020 hat B'Tselem die Tötung von 27 unbewaffneten palästinensischen Menschen, darunter sieben Jugendlichen, durch israelische Schützen beklagt. Am 29. Juni 2021 begann unter dem Schutz israelischer Einsatzkräfte die Räumung von Al Bustan /Silwan im besetzten Jerusalem für die propagandistische Errichtung eines „Bibelparks“. Seit Beginn dieses Jahres wurden von Israel erneut Beduinenweiler dem Erdboden gleichgemacht. Der US-amerikanische Wissenschaftler Noam Chomsky (*1928) bezeichnet es als Ziel von Israel, Menschen zu töten, die verdächtigt werden, Israel zu schaden. Die US-Amerikanerin Judith Butler (*1956) analysiert: „Die Diskriminierung der Palästinenser innerhalb des Staates [Israel] ist strukturell verknüpft mit der Vertreibung aus ihren Häusern, und zwar nicht nur als einmaliges Ereignis im Jahr 1948, sondern als kontinuierlicher Prozess, ermöglicht durch einen komplexen gesetzlichen Apparat, mit dem Legitimität der Enteignung und Vertreibung bis heute aufrechterhalten wird. Die Bewegung, die uns dazu aufruft, Boykotte einzuhalten, Desinvestitionsstrategien zu verfolgen und für Sanktionen gegen diesen Staat einzutreten, fußt auf einer Gegnerschaft sowohl gegen staatlichen Rassismus als auch gegen ausgedehnte koloniale Herrschaft.“

Israel, das mit deutschen U-Booten sein atomares Waffenarsenal ausbaut und mit seiner Überwachungssoftware Pegasus weltweit antikapitalistische Opposition überprüfen läßt, betreibt eine rassistisch motivierte Säuberung, deren Opfer das palästinensische Volk ist. Israel zieht keine Lehren aus der Geschichte der Verfolgungen der Juden, vielmehr reagieren seine Eliten mit ihren Verbündeten auf die innerstaatlichen und globalen politischen und sozialen Gegensätze mit rücksichtsloser und unmenschlicher Reaktion.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Auszug aus: Antisemitismus in der Geschichte als ideologisches Werkzeug der Gegenwart in Zeitung der Arbeit, Wien, 2.3.2022

Am 21. August begeht Prof. Dr.

Ekkehard Lieberam

aus Leipzig seinen 85. Geburtstag. Wir danken dem profilierten Referenten und Autor, der großen Anteil an der Förderung der Bildungsarbeit des „RotFuchs“-Fördervereins hat. Als langjähriger Vorsitzender des Marxistischen Forums Sachsen und im Liebknecht-Kreis Sachsen wirkt er unermüdlich für das Zusammenwirken aller Linken als kämpferische Opposition. Sein Beitrag zur Wahrung der friedens- und sozialpolitischen Grundsätze des Parteiprogramms der Partei Die Linke ist unverzichtbar.

Wir gratulieren herzlich und wünschen Dir, lieber Ekkehard, gute Gesundheit und Schaffenskraft!

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Juli!

Zum 94. Geburtstag

Johannes Schäfer (Berlin) am 19. Juli
Ilse Graupner (Hamburg) am 29. Juli

Zum 93. Geburtstag

Wolfgang Giensch (Neubrandenburg) am 18. Juli

Zum 91. Geburtstag

Gerhard Naumann (Berlin) am 3. Juli
Günter Lidke (Bitterfeld/Wolfen) am 29. Juli

Zum 90. Geburtstag

Franz Kramer (Berlin) am 8. Juli

Gerhard Lehmann (Bad Salzungen) am 11. Juli

Hermann Haake (Wernigerode) am 17. Juli

Zum 80. Geburtstag

Siegmar Mark (Panketal) am 5. Juli
Jörg Schmidt (Berlin) am 7. Juli
Manfred Kobialka (Leipzig) am 24. Juli
Ingrid Glow (Demmin) am 26. Juli

Zum 75. Geburtstag

Manfred Will (Pudagla) am 2. Juli
Dr. Wolf-Gieselher Koppehel (Mittweida) am 9. Juli
Walter Schulze (Berlin) am 14. Juli

Rose-Elisabeth Wachata (Oberlungwitz)

am 30. Juli

Zum 70. Geburtstag

Dr. Albert Rübél (Katzweiler) am 9. Juli

Zum 65. Geburtstag

Gabriele Thomas (Villingen-Schwenningen)
am 15. Juli

Zum 60. Geburtstag

Jürgen Bollwien (Arnstadt) am 2. Juli

UNSERE GRATULATION GILT WIE IMMER AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.

Traum von Führung Osteuropas

Holger Michael hat eine Geschichte der polnischen Außenpolitik zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg vorgelegt. Am Ende seiner aufschlußreichen Untersuchung wirft Holger Michael einen Blick auf die Gegenwart: „Polen entwickelte sich vom zweitgrößten sozialistischen Land Europas zu einem osteuropäischen kapitalistischen Problemstaat. Statt aus der Zwischenkriegszeit zu lernen, wird diese selektiv glorifiziert. Am schlechtesten sind die Beziehungen zu Rußland. Polen fühlt sich nach den Worten seines auf russischem Territorium verunglückten Staatspräsidenten Lech Kaczyński gegenüber Rußland als Bremsklotz der Europäischen Union und antirussische Bastion. Diese Position findet oft Widerspruch in der Europäischen Union. Warschau hat es noch immer nicht begriffen, daß die von Marschall Pilsudski erträumte Führungsrolle in Osteuropa schon seit der Sanacja überholt und unrealistisch ist.“ („Sanacja“ ist vom lateinischen Wort „sanatio – Heilung“ abgeleitet und war die Selbstbezeichnung des faschismusähnlichen Regimes, das nach dem Maiputsch Józef Pilsudskis von 1926 bis 1939 in Polen herrschte, A. S.)

In seinem 416 Seiten umfassenden Buch, das sich vor allem an historisch interessierte Leser wendet, betont der Verfasser mehrfach, daß „die Bewertung Zwischenkriegspolens alles andere als einfach“ war und ist. Die Außenpolitik bis zum Frühjahr 1938, als sich Polen an der Zerschlagung der Tschechoslowakei durch Hitler und die Westmächte beteiligte, lasse „sich nicht leicht beurteilen“. Holger Michael hebt hervor: „Man sollte auch nicht versuchen, sie allein vom Untergang Zwischenkriegspolens aus zu analysieren, sondern man muß die Ergebnisse werten, die in jener Zeit für Polen wichtig waren.“ Der Autor unterstreicht: In die deutsch-polnischen Beziehungen zog Stabilität ein, zugleich verschlechterten sich die Beziehungen zur Sowjetunion. Polen machte sich wegen seiner Annäherung ans „Dritte Reich“ der

Komplizenschaft mit den deutschen Faschisten verdächtig. Seine Weigerung, den deutschen Aggressionsplänen gegen die Sowjetunion zu folgen und dem Antikomintern-Pakt beizutreten, habe den Verdacht kaum entkräften können. In Osteuropa war Polen, das 1920 Teile Litauens, West-Belarus und die West-Ukraine an sich gerissen hatte, „eine Kraft“, doch dahinter stand „kein konkreter Machtzuwachs“. Durch seine permanente Verweigerung, pro oder antisowjetische Allianzen zu unterstützen, war es „bündnisunfähig“ geworden, was „sich bestenfalls eine übermächtige Großmacht erlauben“ konnte. Michael kommt zu dem Schluß, Polen habe sich bis zum Münchner Abkommen 1938 „außenpolitisch in keiner ausweglosen Situation“ befunden, hätte seine Politik noch korrigieren können. Die „Tragödie“ von 1939, der erneute Untergang des polnischen Staates, sei vermeidbar gewesen. Es gab wie stets in der Geschichte Alternativen. Allerdings zeigt der Verfasser, daß insbesondere der Kampf um die östlichen Grenzen des 1918 nach 123 Jahren der Teilung wiederhergestellten polnischen Staates eine Vorgeschichte hat, die Jahrhunderte zurückreicht. Die Geschehnisse seien „sehr kompliziert, komplex und ohne genaue Faktenkenntnis nicht zu verstehen“, für Westeuropäer „nahezu unverständlich“. Michael demonstriert dies mehrfach in Exkursen zur Geschichte der Beziehungen Polens zu Litauen, zu Rußland, zur Ukraine und zu Deutschland. Gerade diese Abschnitte erlauben es heutigen Lesern, sich ein Bild vom historischen Hintergrund auch des gegenwärtigen Krieges in der Ukraine zu machen.

Ein Beispiel dafür ist Michaels Schilderung der Verhältnisse in Ostgalizien unter österreichischer Herrschaft. In der Donaumonarchie habe die Region als Armenhaus gegolten, in dem die Ukrainer als Bauern und Landarbeiter polnischer Gutsbesitzer mehrheitlich auf dem Land lebten, Polen und Juden in den

Städten. Der Autor zeigt, daß der polnisch-ukrainische Antagonismus und der ukrainische Antisemitismus, der „zu den berüchtigten, besonders langlebigen Formen des Antisemitismus“ gehöre und bis in die Gegenwart reiche, wirtschaftliche und klassenmäßige Wurzeln hatten. Die sogenannten Bandera-Leute hätten „unter den Bauern Ostgaliziens ihre Basis“ gehabt, kompromißlos jede Kooperation mit Polen bekämpft, seien „antisowjetisch, antikommunistisch und antisemitisch“ gewesen. Obwohl Warschau gegen sie seit Anfang der 30er Jahre Militär eingesetzt habe, sei es nicht gelungen, „die bewaffnete Bewegung der ukrainischen Nationalisten zu zerschlagen“. Deren Antisemitismus lasse sich nur mit dem der deutschen Faschisten vergleichen.

Völlig anders war demnach die Situation in den annektierten Gebieten von Belarus, wo Kommunisten politisch in der mehrheitlich nichtpolnischen Bevölkerung sehr stark waren. Auf den „ostslawischen Aufstand“ von 1939, über den er in seinem Buch „Der ‚Hitler-Stalin-Pakt‘. Historische Wirklichkeit gegen propagandistische Täuschung“ (Neuaufgabe im Neue Impulse Verlag 2021) berichtete, geht Holger Michael nicht ein, hat aber viel Material für die Aufstandsthese bereitgestellt. Sie bürstet die vorherrschende Geschichtsschreibung in Polen wie in der BRD gegen den Strich. Das gilt in vieler Hinsicht für das ganze Buch. Michael verzichtet auf Polemik, beschränkt sich auf sachliche Darstellung und kommt gerade deswegen zu einem schlüssigen Bild. Voraussetzung für eine solche Leistung ist eine umfassende Kenntnis der Quellen und des Forschungsstandes. Ein äußerst lesenswerter Band.

Arnold Schölzel

Holger Michael: Zwischen den Kriegen. Polens Außenpolitik 1919–1939. Edition Ost, Berlin 2022, 416 Seiten, 30 Euro



Schokolade als Haßobjekt

Es ist, wie es in der Historie schon immer war: In Kriegs- und Krisenzeiten stirbt die Wahrheit zuerst und der Haß übernimmt die Regentschaft. Eine Welle der Antipathie hat auch den Schokoladenhersteller Alfred Ritter GmbH & Co. KG überrollt, da dieser trotz des Krieges in der Ukraine sein Geschäft mit Rußland fortsetzen will. In sozialen Netzwerken wurde massenhaft zum Kaufboykott der bekannten Marke „Ritter Sport“ aufgerufen sowie dem Unternehmen empfohlen, doch zeitnah eine neue Sorte unter dem Namen „Panzer-Schokolade“ auf den Markt zu werfen. Noch zusätzlich Öl ins Feuer gegossen hat der ukrainische Botschafter in der BRD, Andrij Melnyk, der mit dem abgeänderten Werbeslogan „Quadratisch. Praktisch. Blut.“ um die Ecke kam und damit seiner Rolle als Scharfmacher wieder einmal gerecht geworden ist. Die Firma aus Baden-Württemberg bleibe, wie man hört, bei ihrer Entscheidung zur Aufrechterhaltung der Rußlandkoopera-

tion, da es ihr vor allem um die Sicherung der Arbeitsplätze hierzulande gehe. Denn immerhin wird in Rußland jede zehnte von Ritter produzierte Schokoladentafel verkauft. Zugleich erklärt der Süßwarenproduzent, seine internationalen Partner schützen zu wollen, wozu auch die unzähligen Kakaobauern zählen, die zwar die Hauptzutat für den „Glücklichmacher“ Schokolade liefern, selbst aber alles andere als auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Ritter hat bereits im Jahr 1990 das Projekt „CA-CAONICA“ in Nicaragua gegründet. Innerhalb dieser Initiative werden lokale Kleinbauern beim nachhaltigen Kakaoanbau unterstützt. Damit sollen die Lebensbedingungen der sich von der Landwirtschaft ernährenden Familien verbessert und gleichzeitig das Abholzen des Regenwaldes eingedämmt werden.

Übrigens ist die Firma Ritter in ihrer mittlerweile 110jährigen Geschichte schon einmal gegen den Strom geschwommen. Und das unterscheidet dieses Unternehmen eben von

so klangvollen Namen wie Daimler, Deutsche Bank, Volkswagen, Degussa, Bertelsmann, Dr. Oetker, Thyssen-Krupp oder IG Farben. Alleamt konnten sich nämlich ab 1933 Hitlers NSDAP gar nicht schnell genug an den Hals werfen. Dagegen verweigerte sich der Firmenchef Alfred Eugen Ritter einem Eintritt in die Partei der Faschisten. Das sollte weitreichende Konsequenzen haben: Im Jahr 1935 legte die Nazi-Regierung eine Einfuhrbeschränkung für Kakao von 75 000 Tonnen fest. Ritter erhielt keine Zuteilung mehr und mußte auf Ersatzprodukte wie Gelee, Fondant und Erfrischungsstangen ausweichen. Schließlich wurde 1940 die Produktion gänzlich eingestellt. Erst zehn Jahre später nahm das Unternehmen seinen Betrieb wieder auf.

Inzwischen hat die Firma aus dem schwäbischen Waldenbuch verlauten lassen, den Gewinn aus dem laufenden Rußlandgeschäft an humanitäre Hilfsorganisationen zu spenden.

Rico Jalowietzki

Washington scheiterte auf dem 9. Amerika-Gipfel

Drei Tage währte der 9. Amerika-Gipfel in Los Angeles. Am 8. Juni 2022 hielt der Präsident der USA Joe Biden die Eröffnungsrede. Seine Botschaft: „Demokratie ist ein Kennzeichen unserer Region.“ Er beklagte, daß die Demokratie in der ganzen Welt angegriffen werde, wo sie doch ein wesentlicher Bestandteil der Zukunft Amerikas sei. Nun wollen einige Präsidenten und Instanzen Lateinamerikas nicht mehr hinhören, wenn das Imperium aus dem Norden ihnen die westlichen Werte vorbetet. Sie haben die bittere Erfahrung gemacht, daß es Washington nicht um Demokratie, sondern um Rohstoffe geht, über die Lateinamerika reichlich verfügt und die weltweit knapp werden. Nicaraguas Präsident Daniel Ortega hatte bereits vor dem Gipfel reagiert: „Yankees, laßt uns doch einfach in Ruhe.“

Eigentlich bevorzugte der Gastgeber drei Themenkomplexe: Umgang mit Kuba, Venezuela und Nicaragua; Migrationsbewegungen aus dem Süden in Richtung USA; Sanktionen gegen Rußland. Außerdem sollte über den Klimawandel, die Folgen der Pandemie und die Digitalisierung gesprochen werden. Bereits vor dem Gipfel protestierten zahlreiche Staatschefs gegen den Ausschluss Kubas, Nicaraguas und Venezuelas und kündigten an, nicht am Gipfel teilzunehmen, wenn deren

Präsidenten nicht eingeladen würden. Präsident Joe Biden schickte zwar noch seine Leute auf Reisen, um die eine oder den anderen für die Teilnahme zu gewinnen. Es nutzte nichts: Die Präsidenten Mexikos, Guatemalas, El Salvadors, Honduras, Boliviens, Uruguays und mehrerer Länder des karibischen Marktes CARICOM erschienen nicht zum Gipfel und schickten Vertreter.

Die Absage des mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (AMLO), am Gipfel teilzunehmen, war eine schwere Niederlage für Washington. Sie muß aber in Mexiko gut angekommen sein. Bei den Gouvernements-Wahlen, die kurz zuvor stattfanden, gewann die Partei AMLOs vier der sechs Gouvernements. Sein Außenminister Marcelo Ebrard sagte auf dem Gipfel, daß dieser nicht darüber befinden könne, wie mit Kuba, Nicaragua und Venezuela umzugehen sei, sondern darüber, daß endlich die unmenschliche US-Blockade gegen Kuba aufgehoben werden müsse. Ebrard schlug vor, die OAS neu zu gründen. Sie habe auf der ganzen Linie versagt. Während der Pandemie des Covid 19 gab sie keine gute Figur ab. Die OAS spielte 2019 eine schäbige Rolle beim Staatsstreich nach den demokratischen Wahlen in Bolivien. Mexiko erwarte vom Weißen Haus einen anderen Politikstil in der Gestaltung der Beziehungen der USA in der Region.

Auch der argentinische Präsident Alberto Fernández hatte erklärt, dem Gipfel fernzubleiben, wenn Kuba, Nicaragua und Venezuela nicht eingeladen würden. Die Präsidenten Mexikos und Venezuelas überzeugten ihn jedoch, zum Gipfel zu reisen, um

die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) zu vertreten, deren turnusmäßige Präsidentschaft Argentinien innehat. Fernández erfüllte die Bitte mit Bravour. „Wir hätten uns definitiv einen anderen Gipfel gewünscht ... Die Tatsache, daß ein Land Gastgeber des Gipfels ist, gibt ihm nicht das Zulassungsrecht über die Mitgliedsländer des Kontinents“, erklärte er. Und weiter: „Lateinamerika blickt mit



Nicht wenige Staatschefs blieben zu Hause

Schmerz auf die Leiden, die unsere Bruderländer erdulden müssen. Kuba leidet unter einer 60jährigen grausamen Blockade und Venezuela muß die nächste ertragen.“ In Bezug auf CELAC sagte er, daß dort ein Weg für Lateinamerika festgelegt sei, auf dem es keinen Druck und keine Erpressung gäbe. „Niemand wird ausgeschlossen, um diesen gemeinsamen Weg mitzugehen. Wir bauen ihn im Kampf, mit Freude und Liebe.“ Er schloß: „Präsident Biden, ich bin hier, um Brücken zu bauen und Mauern niederzureißen. Als Präsident von CELAC lade ich Sie ein, an unserer nächsten Vollversammlung teilzunehmen.“

Zwei Tage vor Eröffnung des Gipfels brachen von Mexiko aus Tausende Flüchtlinge Richtung Norden auf. Das war eine Reaktion auf eine Erklärung zur Migration, welche die USA-Regierung für den Gipfel vorbereitet hatte. Sie sah vor, die Länder Lateinamerikas zu verpflichten, die illegale Migration in die USA zu bremsen. Nun nahmen aber ausgerechnet die Länder, aus denen ein beachtlicher Teil der Menschen kommt, die wegen Gewalt und Armut ihre Heimat verlassen und auf ein besseres Leben im „gelobten Land“ hoffen, nicht teil. Zwanzig Staatschefs unterschrieben die „Deklaration von Los Angeles“. Dieses magere Ergebnis gilt als der größte Erfolg des Amerika-Gipfels.

Die Absicht des Gastgebers, die Teilnehmer für seine Sanktionspolitik gegenüber der Russischen Föderation zu gewinnen, schlug fehl. Mehrere Teilnehmer kritisierten die Sanktionen. Der argentinische Präsident Alberto Fernández hatte bereits vor dem Gipfel erklärt, daß auf dem amerikanischen Kontinent

dadurch die Ernährungssicherheit der Menschen gefährdet ist.

Gewerkschaften, soziale und politische Organisationen eröffneten am 8. Juni in Los Angeles den Alternativ-Gipfel der Völker, der bis zum 10. Juni andauerte. Dort diskutierten die Teilnehmer die Themen Demokratie, Internationalismus, Zugang zu den Grunddienstleistungen, kulturelle Identität, Ernährungssicherheit und Klimagerechtigkeit. Im

Plenum „Solidarität über die Grenzen hinaus“ verurteilten die Teilnehmer die Sanktionen gegen Kuba, Nicaragua und Venezuela und forderten, sie sofort aufzuheben. Im Plenum „Kampf für Demokratie“ konstatierten die Teilnehmer, daß der USA-Regierung die moralische Befugnis fehle, die Länder über Demokratie zu belehren. Der alternative Gipfel verabschiedete eine Erklärung, in der die Teilnehmer feststellten, daß ein Imperium, das die Hegemonie über die Welt aufrechterhalten wolle, die Menschheit und den Planeten gefährde. Der argentinische Journalist Carlos Aznares schrieb für teleSur: „Biden berief einen Gipfel der Freunde ein. Unter seinen Freunden befinden sich nicht nur einige Länder, die eine neoliberale Politik mittragen und den USA unterwürfig sind, sondern auch lokale Unternehmer und

Politiker, die am Elend unserer Völker verdienen. Deshalb machen wir den Gipfel der Völker, um gemeinsam zu definieren, was heutzutage Kampf für Demokratie bedeutet: Nämlich eine Demokratie, die sich in Allem von der unterscheidet, die in den USA aktuell besteht.“

Die Präsidenten Kubas und Venezuelas Miguel Díaz-Canel und Nicolás Maduro hatten das Scheitern Washingtons auf dem Gipfel vorausgesagt. Maduro reiste unterdessen in die Türkei, nach Algerien und in den Iran. Im Iran schloß er einen Vertrag der Zusammenarbeit für zwanzig Jahre ab. Das muss Präsident Biden wehtun.

Der Amerika-Gipfel machte deutlich, daß die USA nach jahrzehntelanger Vorherrschaft zunehmend an Einfluß in der Region verlieren. Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) hatte in ihrem Bericht am 6. Juni veröffentlicht, daß in der Region die Inflation auf 8,1 Prozent, die Armut auf 33,7 Prozent und die extreme Armut auf 14,9 Prozent angestiegen sind. Das hält die Lateinamerikaner nicht bei Laune. Die Volksrepublik China ist längst zum zuverlässigeren Geschäftspartner aufgestiegen. Bereits 21 Länder Lateinamerikas haben Abkommen über die Teilnahme am chinesischen Projekt der Neuen Seidenstraße abgeschlossen. Bisher ist es der Biden-Regierung nicht gelungen, Adäquates zu präsentieren, auch nicht auf dem Amerika-Gipfel. Reden über eine Demokratie, wie sie sich der Westen vorstellt, reichen eben nicht mehr aus.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Chinas Zukunft wurzelt in seiner Geschichte

Unsere heutige Welt – und damit auch die VR China – immer nur durch die westliche Optik zu betrachten, ist der entscheidende Grund dafür, warum viele nicht verstehen, was in diesem Land vor sich geht. Das stellt der Brite Martin Jacques (Redakteur der Zeitschrift „Marxism Today“ und langjähriger Gastprofessor an der Universität Beijing) in einem vor einigen Jahren erschienenen aufschlußreichen Artikel fest. Eurozentrismus sei zur universellen Messlatte geworden, an der „wir alle anderen scheitern sehen“.

China werde ganz überwiegend in einem Kontext gesehen, der von westlichen Werten bestimmt wird.

Verfechter dieser „Werte“ meinen, keine andere Tradition der Geschichte könne sich mit der eigenen vergleichen und diese sei allen anderen überlegen. Das Fehlen einer Demokratie westlichen Stils, Mangel an Menschenrechten, Umweltsünden im „Reich der Mitte“ und anderes mehr gehören zu den immer wieder bemühten Standardbehauptungen, mit denen man die eigene Überlegenheit demonstrieren will.

Diese Geisteshaltung drohe zum größten Handicap am Beginn einer Ära zu werden, in der Europa zunehmend marginalisiert wird, und die USA einen unaufhaltsamen Abstieg erleben. Die aufsteigenden Nationen werden zunehmend zu Hauptakteuren und China wird die USA als dominierende Macht ablösen.

China unterscheidet sich in vielem zutiefst vom Westen. Der wichtigste Unterschied ist vielleicht, daß es sich nicht um einen Nationalstaat im europäischen Sinne des Begriffs handelt.

Obwohl das China, wie wir es heute kennen, auf das Jahr 221 v. Chr. zurückgeht, bezeichnet es sich selbst erst etwa seit 1900 so. Mehr als zwei Jahrtausende lang haben die Chinesen sich eher als Zivilisation denn als Nation betrachtet. Wörtlich übersetzt lautet die chinesische Bezeichnung für China „Reich der Mitte“.

Im 15. Jahrhundert war China unbestritten die einzige Großmacht. Diese Position beruhte nicht auf militärischer Stärke, sondern auf einer kulturellen, wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Überlegenheit.

Nur wenige wissen, daß Chinas Wirtschaftsleistung bis in das Jahr 1820 größer war als die von Europa. Laut Henry Kissinger sind die Chinesen zurecht der Ansicht, sie seien immer ein dominierendes Land gewesen, mit einer kurzen Unterbrechung von 150 Jahren. Jetzt sind sie auf ihren angestammten Platz zurückgekehrt. Einen neuen beanspruchen sie also nicht.

Die entscheidenden Charakteristika des heutigen China wurzeln in genau diesem

Denken: das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, ein sehr ausgeprägtes Familienverständnis, tiefe Ahnenverehrung, konfuzianische Werte, das Netzwerk persönlicher Beziehungen, das chinesische Essen und die Traditionen, die damit verbunden



Die Neue Seidenstraße verändert die Welt

sind. Und da ist noch die chinesische Sprache mit ihrem ungewöhnlichen Verhältnis von geschriebener und gesprochener Form, wobei die Schriftsprache als einigendes Element für das Land eine große Rolle spielt.

Die Auswirkungen dieses Denkens sind tiefgreifend. Während nationale Identität in Europa ganz überwiegend ein Produkt des Zeitalters des Nationalstaates ist, wurde im Gegensatz dazu in China das Identitätsgefühl in erster Linie durch die Geschichte des Landes als Zivilisationsstaat geformt.

Als Zivilisationsstaat hat China zwei Haupteigenschaften: eine außergewöhnliche Langlebigkeit (schließlich geht es auf die Zeit vor dem Zusammenbruch des Römischen Reiches zurück) und sein schiereres Ausmaß, sowohl geografisch als auch demografisch. Dies bedeutet, daß es einer gewaltigen Vielfalt gerecht werden muß.

Obwohl es in China über 50 nationale Minderheiten gibt, sind mehr als 90 Prozent der Chinesen Angehörige derselben Ethnie, der Han. Das ist im Vergleich mit anderen bevölkerungsreichen Ländern (Indien, USA, Indonesien und Brasilien) außergewöhnlich homogen.

Entgegen der im Westen vorherrschenden Annahme, es fehle dem chinesischen Staat an Legitimität und er habe keine Unterstützung durch die Öffentlichkeit, genießt der chinesische Staat im Volk eine größere Legitimität als jeder westliche.

Nach westlichem Verständnis beruht die Legitimität des Staates vor allem auf dem demokratischen Prozeß – allgemeines Wahlrecht, Wettstreit der Parteien, Parlamentarismus u.a. Aber das ist nur ein Element. Wenn das alles wäre, dann würde sich z.B. der italienische Staat einer robusten Legitimität erfreuen, was, wie die Tatsachen zeigen, nicht so ist.

Wer China verstehen will, muß das Land nach dessen eigenen Kategorien beurteilen. Martin Jacques betont, daß es im Laufe der letzten drei Jahrzehnte nicht annähernd gelungen sei, China richtig zu beurteilen. Nahezu alle Vorhersagen hätten sich als falsch

erwiesen – vom bevorstehenden „Regime“-Zusammenbruch nach den Ereignissen 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens und dem wahrscheinlichen Auseinanderbrechen des Landes bis hin zur Prognose, daß das wirtschaftliche Wachstum unmöglich anhalten könne.

Die Realität beweist das Gegenteil: ein phänomenales Wirtschaftswachstum und eine erfolgreiche Staatsmacht, die größte Legitimität und Prestige in der eigenen Bevölkerung genießt. Marx und Engels erklärten im Manifest der Kommunistischen Partei, daß „das Proletariat seine politische Herrschaft dazu benutzen (wird), der Bourgeoisie nach und nach alles

Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, (...) zu zentralisieren und die Masse der Produktivkräfte möglichst rasch zu vermehren.“ Das kann natürlich zunächst nur geschehen vermittelt durch despotische Eingriffe in das Eigentumsrecht und die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die jedoch unvermeidlich und unverzichtbar sind.

Die wichtigsten der im Manifest genannten zehn Voraussetzungen lauten:

- Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben
- Abschaffung des Erbrechts
- Zentralisation des Kredits in den Händen des Staates durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol
- Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staates
- Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan
- öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder

Davon ausgehend gelten in der Volksrepublik China u. a. folgende Grundsätze:

- Grund und Boden sind Volkseigentum und dürfen nicht privatisiert werden.
- Die Schlüsselindustrien, darunter auch die Verteidigungsindustrie, sind Staatseigentum.
- Die großen Banken stehen unter vollständiger Kontrolle des Staates,

der über die Verwendung der Gewinne entscheidet.

- Die wichtigsten Bereiche des Transportwesens (Eisenbahn, Luft- und Seetransports sowie die Gas- und Ölpipelines) befinden sich in den Händen des Staates.

Noch nie ging es den Chinesen so gut wie gegenwärtig, obwohl es längst nicht allen Chinesen gut geht. Garanten für die Stabilität des politischen Systems und der chinesischen Volkswirtschaft liegen darin, daß die Kommunistische Partei mit Staatspräsident Xi Jinping an der Spitze unbestritten die führende Rolle in der chinesischen Gesellschaft ausübt. Der jüngste Parteitag der KPCh hat konkrete Beschlüsse für die weitere gesellschaftliche Entwicklung gefaßt, so z.B. in den nächsten Jahren die Armut völlig zu beseitigen. Möglich werden soll das durch eine neue Art langfristiger Planung. Der Kampf gegen die Korruption, die es auch unter führenden Parteikadern gibt, ist von großer Bedeutung für die weitere Gewährleistung der innenpolitischen Stabilität des Landes und wird konsequent geführt. Zweifellos wurden von der chinesischen Führung nach 1949 nicht nur in bezug auf Tibet gravierende Fehler in der Nationalitätenpolitik begangen. Besonders während der

Kulturrevolution kam es deshalb zu einem großen Vertrauensverlust, der lange nachwirkte. Aber man hat daraus gelernt und behandelt die nationalen Minderheiten seit geraumer Zeit mit Vernunft und Augenmaß.

Zu den wichtigsten Resultaten der bisherigen Entwicklung der Volksrepublik zählen:

- Seit Jahren entwickelt sich die Volkswirtschaft trotz kleiner Schwankungen stabil. Die Wachstumsraten liegen über 6 % (2016 bei 6,9 %)
- Die Entscheidung, als Wanderarbeiter sein Geld zu verdienen, liegt bei jedem persönlich bzw. in den einzelnen Familien. Nach offiziellen Angaben umfaßt ihre Zahl 100 Millionen Menschen!
- Seit einigen Jahren sind alle Beschäftigten krankenversichert und erhalten Mindestlöhne.
- 2014 hat das Bruttosozialprodukt (BIP) Chinas den Umfang des BIP der USA fast erreicht und ist weiter im Ansteigen begriffen. Es ist nur eine Frage weniger Jahre, bis es höher als das der USA sein wird.
- China hat enorme Währungs- und Goldreserven.

- Seine Streitkräfte entwickeln sich zu einem stabilisierenden Faktor im asiatisch-pazifischen Raum. Sie sind in der Lage, jedem potenziellen Gegner irreparablen Schaden zuzufügen (nukleares Abschreckungspotenzial).
- China wird sich zu einer Seemacht entwickeln, weil die Seeverbindungen für das Land von existenzieller Bedeutung sind.
- Die Übereinstimmung wesentlicher nationaler Interessen mit dem Nachbarland Rußland führt zu einer immer enger werdenden Kooperation auch im Bereich der Sicherheitspolitik.
- Das von China initiierte Projekt einer neuen Seidenstraße wird die Welt verändern.

Die Chinesen haben längst erkannt, daß der Westen unter dem Deckmantel von Demokratie und Menschenrechten seine egoistischen Ziele verfolgt und lassen sich nicht täuschen. Sie wissen, daß diese Demokratie und Freiheit nur eine subtile Form der Diktatur des Finanzkapitals ist. Ohne Zweifel ist China heute eine Großmacht. Die strategische Partnerschaft mit der Russischen Föderation macht das Land noch stärker.

Oberst a. D. Bernd Biedermann
Berlin

Werden Tibeter und Uiguren in China unterdrückt?

Der Volksrepublik China wird von westlicher Seite zum Vorwurf gemacht gemacht, die nationalen Minderheiten – die Tibeter und die Uiguren – zu unterdrücken und auszubeuten. Diese Vorwürfe gipfeln in der Behauptung, die Angehörigen der nationalen Minderheiten müßten Zwangsarbeit leisten und die Unterdrückung grenze an Völkermord. Diesen Behauptungen sind einige unbestreitbare Fakten entgegenzuhalten. Bevor Tibet als Gebiet mit weitgehender Autonomie in die Volksrepublik China eingegliedert wurde, herrschte dort ein mittelalterliches Feudalsystem. Das Land wurde vom buddhistischen Klerus und von den Großgrundbesitzern beherrscht. Die Mehrheit der Bevölkerung war völlig rechtlos. Landlose, bettelarme analphabetische Bauern mußten für den herrschenden Klerus und die Großgrundbesitzer harte Fronarbeit leisten. Der Anschluß als autonomes Gebiet Tibet an die Volksrepublik China hat die Bevölkerung von der feudalgemeinschaftlichen Unterdrückung und Ausbeutung befreit und den Tibern wirtschaftliche Entwicklung, Bildung und relativen Wohlstand sowie alle Rechte als vollberechtigte Bürger der Volksrepublik China gebracht. Dabei sind die tibetische Kultur und die buddhistische Religion respektiert worden, soweit diese mit den neuen Freiheitsrechten und mit den sozialen Rechten der Bürger zu vereinbaren waren. Von der Ein-Kind-Politik, die in China zur Vermeidung

einer Bevölkerungsexplosion während einiger Zeit galt, waren die Tibeter ausgenommen. Die Bevölkerung des autonomen Gebiets hat sich seit dem Anschluß an die Volksrepublik China vervielfacht auf über sieben Millionen, wovon 70 % ethnische Tibeter sind. Ein modernes Bildungs- und ein leistungsfähiges Gesundheitswesen sowie eine moderne Verkehrsinfrastruktur sind seither erst aufgebaut worden. Die Wirtschaftskraft hat sich verzehnfacht, und der Lebensstandard der Bevölkerung ist mit dem Stand vor dem Anschluß an die Volksrepublik China überhaupt nicht mehr zu vergleichen. Wie man bei diesen Fakten von Ausbeutung und Unterdrückung reden kann, ist nur schwer nachvollziehbar.

Auch Xinjiang hat als autonome Region in den letzten Jahrzehnten einen enormen Aufschwung erlebt. Die uigurische Bevölkerung hat sich seit 1953 von 3,6 Millionen auf 8,3 Millionen mehr als verdoppelt. Das Bildungsniveau ist stark angestiegen, ebenso das Pro-Kopf-Einkommen. Im Jahr 1949 gab es in Xinjiang eine Hochschule, neun Sekundarschulen und 1355 Primarschulen. Nur 19,8 % der Kinder im schulpflichtigen Alter besuchten eine Schule. 90 % der Bevölkerung waren noch Analphabeten. Heute gibt es in Xinjiang 3641 Primarschulen, 1211 Sekundarschulen, 147 weiterführende Berufsschulen und 56 Hochschulen. Der Analphabetismus ist völlig überwunden. Bei den

ethnischen Uiguren beträgt für Personen ab 15 Jahren die durchschnittliche Bildungszeit 9,19 Jahre, ein Wert, der nur noch geringfügig unter der durchschnittlichen Bildungszeit der Gesamtbevölkerung der Volksrepublik China liegt. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen ist in Xinjiang in städtischen Gebieten von 319 Yuan im Jahr 1978 auf 5645 Yuan im Jahr 2000 und auf 34 838 Yuan im Jahr 2020 gestiegen. Für die ländliche Bevölkerung betragen diese Werte 119 Yuan, 1619 Yuan und 14 056 Yuan. Die durchschnittliche Lebenserwartung der uigurischen Bevölkerung ist von unter 30 Lebensjahren im Jahr 1949 auf 74,7 im Jahr 2019 gestiegen. In Anbetracht dieser Fakten von Ausbeutung der uigurischen Minderheit oder gar von Genozid an ihnen zu sprechen, ist geradezu absurd.

Es ist dagegen darauf aufmerksam zu machen, daß es uigurische Exilorganisationen gibt, die Xinjiang von China abspalten wollen und einen uigurisch-dschihadistischen Gottesstaat Ost-Turkestan gründen wollen. Diese separatistischen Islamisten, die vom Westen finanziert werden, sind verantwortlich für zahlreiche Terroranschläge, die in China verübt worden sind. Diese terroristischen Islamisten – gemessen an der Gesamtbevölkerung Xinjiangs eine winzige Minderheit – werden strafrechtlich verfolgt und verurteilt.

Stefan Hofer
Basel

Zenz oder Der erfundene Genozid

Die westliche Ordnungsmacht hat sich in der zweiten Maihälfte 2022 mal wieder Sorgen um den Zustand der Menschenrechte in China, genauer gesagt um den in der Provinz Xinjiang, gemacht. Über die sogenannten Xinjiang Police Files berichtete der „Spiegel“ mit anderen Recherchepartnern, „wie die Uiguren systematisch unterdrückt, terrorisiert und in Lagern gefoltert werden“. Das Datenmaterial wurde einem Mann (Adrian Zenz) zugespield, der „vor allem für seine Forschung zu den Umerziehungslagern in Xinjiang bekannt ist“, so ein Internet-Lexikon. Etwas genauer bitte: Das unabhängige Nachrichtenportal „The Grayzone“ hat mehrfach anhand umfang-

dem Datenleck nicht neu und schon gar nicht authentisch sind. Warum also jetzt erneut das Theater? Die Antwort liegt auf der Hand. Zeitgleich mit dem Chinabesuch der UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet, bei dem auch eine Reise nach Xinjiang vorgesehen war, funktionierten die bedingten Reflexe der politischen Akteure in Politik und Medien. Würde die UN-Kommissarin möglicherweise etwas in Augenschein nehmen, was die regelbasierte westliche Ordnungsmacht trotz aller Besuchsangebote nicht sehen will? Scheinheilig bot „Der Spiegel“ seine Erwartungshaltung an: „Es wird spannend, welche Worte die Menschenrechtskommissarin zu

„Bei ihrem Besuch im Xinjiang ist Michelle Bachelet der chinesischen Propaganda aufgesessen und hat der Sache der Uiguren geschadet. Für ihr Amt hat sich die oberste Menschenrechtlerin der UNO damit disqualifiziert.“ Die Vorsitzende des Menschenrechts-Ausschusses des Bundestags, Renata Alt (FDP), hatte gleichfalls schon vor dem Besuch Bachelets krakeelt, daß es das Ziel Chinas sei, die Kultur, die Religion und die ethnische Identität der Uiguren auszumerzen. Ein ganzes Volk werde dafür pauschal des Terrorismus beschuldigt. Deshalb, so Frau Alt im Sound des Kanonenboot-Kaisers Willem Zwo, „muß China für diese Greuelthaten zur Rechenschaft gezogen werden“. Daß sich die gegenüber der Volksrepublik gepflegte Kolonialsprache über mehr als hundert Jahren erhalten hat (natürlich angepaßt an die aktuellen Bedingungen), ist fast schon faszinierend. Um so mehr bemühen wir uns, gegenzuhalten – siehe u. a. Seite XX in dieser Ausgabe und Seite 10 im „RotFuchs“ Nr. 280.

Das westliche Menschenrechtsverständnis hat Pflöcke gesetzt, die nicht hinterfragt werden dürfen, nirgendwo, weder im brasilianischen Urwald noch bei den indigenen Völkern im nördlichen Polargebiet und schon gar nicht in China. Wer ein Terrorist ist, entscheiden noch immer wir, die Guten, so der Glaubenssatz der westlichen Menschenrechtsdiktatur. Dieser Logik folgend gab es 1989 auf dem Tiananmen-Platz ein Massaker, dem nur selbstlos für Demokratie und Freiheit kämpfende Menschen zum Opfer fielen. Als islamistische Uiguren auf Seiten der IS- und Al-Qaida-Terroristen in Syrien gekämpft haben, wurden sie auch als solche bekämpft. Zurück in China wurden sie zu Demokratie-Aktivisten umgeschult. Ein beträchtlicher Teil der „Lager“-Insassen könnte über seine Erfahrungen berichten. Es entbehrt deshalb nicht einer Prise Komik, wenn die „Neue Zürcher Zeitung“ in einer Nachbetrachtung zum Besuch M. Bachelets die Existenz der Lager mit den Argumenten kritisiert, daß es schon seit Jahren keine terroristischen Anschläge in China mehr gegeben habe. Wäre interessant zu beobachten, was passieren würde, wenn man alle weltweit inhaftierten Terroristen nach einer demokratischen Schnellbesohlung in wenigen Wochen wieder auf freien Fuß setzen würde. Halten wir noch einmal fest: Alle Anschuldigungen gegen die Chinesen in bezug auf die Uiguren beruhen auf fabrizierten Studien des in Washington tätigen deutschen Evangelikalen Adrian Zenz, der bisher unbehelligt (wenn nicht sogar in amtlichem Auftrag) Daten und Fakten fälschen und verdrehen darf. Kommen wir zu des Pudels Kern: Die imperialistische Führungsmacht interessiert sich weder für das Schicksal der ukrainischen Bevölkerung noch für die Menschenrechte in China, in Xinjiang oder für die dort lebenden Uiguren. Ihre einzige „Sorge“ ist gerichtet auf den Erhalt bzw. auf die Rückgewinnung und den Ausbau ihrer geopolitischen Dominanz, um „sorgenfrei“ die neokoloniale Peitsche schwingen zu können.

Hans Schoenefeldt



Ende Mai besuchte die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet die Volksrepublik China

reicher Daten und Fakten das wahre Gesicht von A. Zenz gezeigt und die Lüge über den sogenannten Genozid in Xinjiang widerlegt. Zenz ist kein China-Experte, er ist ein eingeschwo-rener Rassist, der sich immer wieder gegen die Gleichberechtigung der Geschlechter und gegen Abtreibung ausgesprochen hat. Dazu ist er ein glühender Anhänger der Endzeitlehre. Er ist Mitglied der von der amerikanischen Regierung gegründeten extrem rechts ausgerichteten „Victims of Communism Memorial Foundation“ und behauptet von sich, Gott persönlich habe ihn mit der antichinesischen Mission beauftragt. An dieser scheinen sich einige Gläubige beteiligen zu wollen. „Der Spiegel“ und die „Wirtschaftswoche“ haben das schon längst getan und sind zur sich selbst entlarvenden Feststellung gelangt, daß Zenz „fast im Alleingang“ („Spiegel“), bzw. „Quasi im Alleingang“ („Wirtschaftswoche“) die Menschenrechtsverbrechen der Chinesen in Xinjiang aufgedeckt habe. Zenz muß ein Genie sein. Eine kritische Überprüfung des Wahrheitsgehalts erübrigt sich, man bekam ja die Informationen, die man hören wollte ...

Wichtig zu wissen ist, daß die angeblich neuen Enthüllungen aus den Jahren 2018/2019 stammen. Lediglich in einem Kommentar der „Berliner Zeitung“ (25. Mai) wird zweimal das Jahr 2018 genannt – einmal unter Hinweis auf einen Schießbefehl bei Flucht von Häftlingen und zum anderen auf Bilder aus einem Umerziehungslager. Wir dürfen also getrost davon ausgehen, daß die Enthüllungen aus

den staatlichen Verbrechen findet.“ Denn daß es sich um solche handelt, durfte nicht bezweifelt werden. Vorurteilsbeladen bestieg Annalena Baerbock noch vor dem Besuch Bachelets die Kanzel, von der herab sie mit Betroffenheitsmiene über die „Grundlage der fundamentalen Normen der internationalen Ordnung“ predigte. Im Altarraum stand ihr Ziehvater Reinhard Bütikofer und genoß derweil den Rotwein aus dem Meßbecher. Dem Anspruch, die besonderen kulturellen und historischen Erfahrungen Chinas zu berücksichtigen, sind beide nicht gewachsen. Ihnen fehlen einfach die Kenntnisse, über die jedes chinesische Schulkind verfügt. Frau Bachelet wußte indes, wovon sie spricht. Sie wies während ihres Besuchs darauf hin, daß ihre Reise drei Jahre lang vorbereitet worden sei. Schon dies reichte aus, um die Zenz-„Gläubigen“ in Unruhe zu versetzen. Für sie wurde es noch ungemütlicher, als die Kommissarin vom staatlichen Fernsehsender CCTV auf die Menschenrechtslage in den USA angesprochen wurde. Sie hat auf die Frage ausführlich geantwortet und sprach im Zusammenhang mit rassistischen Morden „von einer schrecklichen Menschenrechtssituation in den USA“. Jetzt reicht es, wird man sich in der „Spiegel“ Redaktion gesagt habe. Das Fazit der Zeitschrift (die einst von ihrem Herausgeber Rudolf Augstein als „Sturmgeschütz der Demokratie“ bezeichnet worden war und mittlerweile zur Hautbitze der kriegstreibenden NATO verkommen ist) über den Besuch Michelles Bachelet:

Feindbild China

Eine aktuelle Studie attestiert der China-Berichterstattung der deutschen Leitmedien die Verbreitung von teils kolonialen Stereotypen und die Schaffung eines Feindbildes.

„Mission statt Information“

Mit der deutschen China-Berichterstattung hatte sich zuletzt im Jahr 2010 die Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen) in einer umfassenden Analyse befaßt. Sie kam – sechs führende Printmedien sowie das öffentlich-rechtliche Fernsehen, darunter die Tagesschau, auswertend – zu dem Schluß, in der Darstellung der Volksrepublik in Deutschland herrsche eine „Kernagenda“ vor, die spürbar von einer „eurozentristische[n] Perspektive“ bestimmt sei. Meist werde „die kritische Information zugunsten einer Art Mission zurückgestellt“. Allzu häufig würden „bestimmte, offensichtlich gesellschaftlich inhärente Vorstellungen und Klischees über das Land unreflektiert kolportiert“, wobei „normativ abwertende Bilder“ den Diskurs prägten.[1] Man müsse „von einer fortlaufenden Verbreitung existierender Stereotypen durch die Medien“ sprechen, „die sich eher an gesellschaftlich verankerten Symbolen und Floskeln“ als an einem differenzierten Blick auf die chinesische Realität orientierten. Es bestehe „die Gefahr einer Verfestigung dieser zumeist extrem versimplifizierten und verkürzten Klischees in der deutschen Öffentlichkeit durch die Menge an Beiträgen, die diese Eindrücke verbreiten“. Damit fördere man ein „sehr klischeebeladenes und stellenweise auch denunzierendes Bild der chinesischen Gesellschaft“.

„Nicht gleichrangig“

Eine aktuelle, sehr detaillierte Studie zur deutschen China-Berichterstattung hat nun die Rosa-Luxemburg-Stiftung (Die Linke) vorgelegt. Die Studie analysiert sieben führende Printmedien und konzentriert sich auf den Zeitraum von Januar bis August 2020, in dem die Berichterstattung stark von der Covid-19-Pandemie geprägt war. Sie kommt zu ähnlichen Ergebnissen wie die Heinrich-Böll-Stiftung elf Jahre zuvor. Demnach ist die Darstellung der Volksrepublik in den deutschen Leitmedien „durch ein verstärktes Aufgreifen von teils noch aus kolonialen Zeiten herrührenden Klischees und Stereotypen geprägt“. Rassistische Ressentiments würden zwar „überwiegend zurückgewiesen, doch auf subtile Weise in andere Klischees integriert“ – etwa in das „als ‚eklig‘ konnotierte [...] Essen von Wildtieren“.[2] Die Themenagenda wiederum ist, heißt es in der Studie, „insgesamt wenig differenziert und zudem vorwiegend von der Perspektive deutscher Interessen bestimmt“. Dabei erfolgt „quasi eine systematische ‚Messung‘ Chinas mit deutschen, europäischen, westlichen Werten“, wobei „der Gegensatz von ‚wir‘ und ‚China‘ als ‚das Andere‘ betont“ werde. Vielfach werde sodann „das Andere“ als nicht gleichrangig dargestellt“. Dies führe „zur Tradierung von Klischees und Ängsten“.

„Bedrohungsszenarien aus kolonialen Kontexten“

Insgesamt, stellt die Rosa-Luxemburg-Stiftung fest, sind „negativ konnotierte Ausführungen ... bei nahezu allen Themen, insbesondere jedoch in bezug auf die Charakterisierung chinesischer Innen- und Außenpolitik zu finden“. Dabei werde nur selten „auf die historische und aktuelle Komplexität der Konflikte eingegangen“, die die chinesische Politik beschäftigten. Die Studie untermauert die Einseitigkeit der Bericht-



erstattung mit dem Hinweis, 88,4 Prozent aller Beiträge zur chinesischen Innenpolitik seien in der Bewertung „kritisch“ oder „sehr kritisch“ abgefaßt; die „neutralen Beiträge“ – gerade einmal 9,4 Prozent – bezögen sich „überwiegend auf konkrete Ereignisse“, etwa die terminliche Verschiebung des Nationalen Volkskongresses, während es lediglich vier Beiträge gegeben habe, „in denen die gängige Praxis, Chinas politisches und soziales System mit dem Westen zu ‚messen‘, nicht zu beobachten ist“, sondern in denen dem Land „unter Berücksichtigung seines kulturellen Hintergrunds und der sozialen Realität ein Eigenwert zugesprochen wird“. Meist zeige sich „der Einfluß der in den USA ... neu befeuerten These“, China sei eine Bedrohung „nicht nur für den Führungsanspruch der USA, sondern für die gesamte Welt“. Dabei würden eindeutig „Bedrohungsszenarien wiederbelebt, die aus kolonialen und anti-kommunistischen Kontexten herrühren“.

Der Kolonialgouverneur als Meinungsmacher

Die Studie weist nicht zuletzt darauf hin, daß als tonangebende Autoritäten häufig westliche Politiker sowie Spezialisten westlicher Denkfabriken zitiert werden; Stellungnahmen chinesischer Politiker werden „in der Regel mit denen deutscher Akteure

neutralisiert“. Aus der chinesischen „Zivilgesellschaft“ kommen demnach nur exponierte Gegner der chinesischen Regierungspolitik zu Wort. „Als Meinungsmacher in bezug auf Hongkong“ etwa fungierten „drei Hongkonger Aktivisten“ – und außer ihnen vor allem Chris Patten, der letzte Gouverneur der britischen Kolonie Hongkong. „Dominant“ berücksichtigt werden Mitarbeiter von vier Denkfabriken, darunter der German Marshall Fund of the United States (GMF) sowie das Mercator Institute for China Studies (MERICS). Der GMF ist einer der einflussreichsten transatlantisch gebundenen Think-Tanks. Das MERICS versammelt in seinem Kuratorium unter anderem den Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt, Sebastian Groth, und den Leiter Außenpolitik im Bundespräsidialamt, Thomas Bagger. Bagger begleitete zuletzt die Arbeit einer Expertengruppe, die kürzlich ein Strategiepapier für eine aggressivere, risikobereite deutsche Außenpolitik vorlegte. Gefördert wurde das Projekt von der Stiftung Mercator.

Die Haltung der Eliten

Zu den Folgen der einseitigen, klischeebehafteten und von teils kolonialen Stereotypen geprägten deutschen China-Berichterstattung sagt die Rosa-Luxemburg-Stiftung voraus: „Die weitere mediale Konstruktion und Vertiefung des Feindbilds China mit ... eindimensionalen und eurozentrisch geprägten Facetten wird die jetzt schon zu beobachtende skeptisch-ablehnende Haltung besonders der intellektuellen und politischen Elite gegenüber China ... verstärken.“

Quelle: german-foreign-policy.com, 22.10.21

- [1] Carola Richter, Sebastian Gebauer: Die China-Berichterstattung in den deutschen Medien. Mit Beiträgen von Thomas Heberer und Kai Hafez. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin 2010.
- [2] Jia Changbao, Mechthild Leutner, Xiao Mingxing: Die China-Berichterstattung in deutschen Medien im Kontext der Corona-Krise. Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung 12/2021. Berlin 2021.

Unser Gruß gilt

Günther Burckhardt

aus Berlin, der am 3. Juli 85 Jahre alt wird.

Dein Geburtstag, lieber Günther, ist uns Anlaß, Dir für Dein über viele Jahre geleistetes „RotFuchs“-Engagement, Deine Initiativen bei der Werbung neuer Leser für den RF und seiner Präsenz auf vielen Veranstaltungen im linken Spektrum zu danken. Viel Kraft und Gesundheit für die kommenden Jahre!

Helmuth Hellge zum 100. Geburtstag

Frauenpolitik der Taliban im Wandel

Während über die Hälfte der afghanischen Bevölkerung am Rande des Existenzminimums vegetiert, manche Väter eine ihrer Töchter auf dem Basar zum Verkauf anbieten, als ob sie eine beliebige Ware wären, junge Männer eine ihrer Nieren verkaufen, um sich und ihre Familien am Leben zu erhalten, interessiert die islamistischen Machthaber einzig und allein, wie die Frauen sich auf der Straße zu kleiden haben. Damit nicht genug, sie entscheiden auch, ob sie überhaupt in der Öffentlichkeit erscheinen dürfen.

Nachdem die Taliban am 15. August 2021 die Hauptstadt Afghanistans Kabul eingenommen hatten, öffneten kurz danach teilweise wieder die Geschäfte. Fliegende Händler erschienen auf dem Basar, und auch Frauen teils verschleiert, aber auch unverschleiert, kauften dort wieder ein.

Die Taliban wussten, daß es in Afghanistan immer noch ausgebildete Frauen gibt, die keine Kollaborateurinnen waren und das Land nicht verlassen haben. Ende August 2021 riefen die neuen Machthaber alle Frauen, die im Gesundheitswesen tätig waren, dazu auf, zu ihrer Arbeit zurückzukehren. Sie würden Mädchen und jungen Frauen erlauben, Schulen und Universitäten zu besuchen sowie einer Arbeit nachzugehen, jedoch unter Achtung der islamischen Regeln. Eine Koedukation lehnten sie als unislamisch ab.

Ende Januar 2022 hatte Hochschulminister Abdul Baqi Haqqani angekündigt, daß die Hochschulen bis Ende Februar ihren Betrieb für junge Männer und Frauen aufnehmen werden. Vormittags besuchten Studenten die Universitäten. Allerdings mangelte es an Lehrkräften. 229 Dozenten seien aus dem Land geflüchtet, wurde gemeldet.

Am 11. September 2021 sollten Grundschulen auch für Mädchen und ein halbes Jahr später, ab dem 22. März 2022, Mittel- und Oberschulen für Mädchen und Jungen geöffnet werden. Tausende Schülerinnen wurden aber an ihrem ersten Schultag wieder nach Hause geschickt.

Mitte März dieses Jahrs fand eine dreitägige außerordentliche Kabinettsitzung unter Führung des geistlichen Oberhauptes der Taliban, Heibatullah Achundsadah, statt. Dort beschloß man, Mittel- und Oberschulen für Mädchen vorläufig nicht wieder zu öffnen. Damit setzten sich die Ultra-Konservativen des Haqqani-Netzwerkes durch. „Zunächst soll für Mädchen eine Schuluniform entworfen werden, die sich nach den Werten der islamischen Scharia sowie der afghanischen Kultur und Tradition richtet“,

wurde argumentiert. Aus Protest gegen diese Entscheidung demonstrierten am 26. März zahlreiche Mädchen in Kabul.

Die Nichtöffnung der Mädchenschulen sorgte auch für scharfe internationale Kritik sowohl von einzelnen westlichen Staaten und der Europäischen Union als auch von islamischen Staaten. Abdul Salam Abed, ein islamischer Gelehrter, erklärte in einer Predigt vor Gläubigen bereits am 24. September letzten

der Tat hat das Problem aber einen tieferliegenden Hintergrund. „Die Ignoranz der Taliban läßt auch darauf schließen, daß sie sich vor gebildeten Frauen fürchten. Bildung bedeutet Aufklärung. Aufklärung bedeutet die Fähigkeit zum kritischen Denken. Und je mehr Schülerinnen in Afghanistan das kritische Denken lernen, desto mehr werden sie die Politik der Taliban und ihr Regime insgesamt hinterfragen und infrage stellen“, wurde kommentiert.

So hartnäckig, wie die Taliban an einer islamistischen Auslegung der Frauenfrage festhalten, so verzweifelt riefen afghanische Mädchen die Weltgemeinschaft um Hilfe. „Wenn uns die Welt jetzt nicht hilft, wird unser Leben zur Qual“, klagte eine 13jährige Schülerin in Kabul.

„Revolution heißt Bildung des Volkes“ lautete eine der vielen Parolen der afghanischen Revolutionsregierung ab 1978. Diese Losung hat eine elementare Bedeutung nicht nur für die Mädchen, sondern für Afghanistan als Ganzes – auch unter der Taliban-Herrschaft.

„Ein Dach – zwei Wetter“, sagt ein afghanisches Sprichwort. Während die Taliban den Schülerinnen und Studentinnen eine Ausbildung am liebsten verbieten würden, studieren ihre eigenen Töchter an namhaften ausländischen Universitäten. Darunter sind die Töchter von 22 hochrangigen Taliban-Funktionären, die an den Universitäten von Peshawar, Karachi und Doha eingeschrieben sind. Inzwischen haben sich von Verunreinigt leitende Taliban arbeitslose Lehrerinnen engagiert, die deren Töchter zu Hause unterrichten. Auf massiven nationalen und internationalen Druck hat das Tali-

ban-Regime nun angeblich eine Kommission beauftragt, Vorschläge für die Wiederaufnahme der Arbeit der Mädchenschulen auszuarbeiten. Aber auch nach neun Monaten Taliban-Herrschaft ist immer noch nichts passiert.

Die Einlösung des Rechts von Frauen auf Bildung ist eine der Hauptbedingungen der Weltgemeinschaft für Hilfen an Afghanistan. Die Weltbank hat am 30. März 2022 die Finanzierung von vier Projekten in Höhe von 600 Millionen US-Dollar für die Bereiche Landwirtschaft, Gesundheit und Bildung vorläufig gestoppt, da Schritte zur Umsetzung des Bildungsrechts für Frauen nicht erkennbar sind.

Das Verhalten der Taliban im Umgang mit Frauen ist sehr widersprüchlich. Patriarchalische Vorstellungen sowie ein von Stammessitten geprägter, historisch



Burqah-Dekret der Taliban

Jahres, daß es „Pflicht eines jeden Muslims“ sei, „sich Wissenschaft anzueignen“. Ein weiterer Geistlicher, Djalilullah Mawlawisada, stufte in einer Fatwa (Rechtsgutachten) das Recht auf Bildung auch für Mädchen mit den Grundsätzen des Islam als vereinbar und als legitim ein. Weitere geistliche Würdenträger trafen sich Anfang April 2022 in Kabul und riefen die Taliban auf: „In Gottes Namen, öffnen Sie die Mädchenschulen wieder.“ „In keinem anderen islamischen Land gibt es ein Schulverbot für Mädchen, wie in Afghanistan“, hoben Frauenaktivistinnen hervor. Sogar in Berlin demonstrierten am 11. April 2022 zahlreiche Afghanen und Deutsche gemeinsam gegen die Nichtöffnung der Mädchenschulen.

Nach wie vor sehen die Taliban Frauen als Objekte an. Sie sollen zu Hause bleiben, Kinder bekommen und den Männern dienen. In

gewachsener und allgemein gesellschaftlich verbreiteter Kodex spielen eine entscheidende Rolle.

Patriarchen, wozu auch die Taliban gehören, versuchen, die Unterwerfung der Frauen religiös, stammesbedingt und biologisch zu begründen. Doch diese Verhaltensmuster sind keine in der Biologie verankerte Unabänderlichkeiten, sondern Ausdruck der geschichtlichen Entwicklungsstufe der Gesellschaft. Um solche Einstellungen zu verändern, braucht man in Afghanistan eine lange historische Periode, in der die breite und allgemeine Bildung des Volkes einen festen, unverrückbaren Platz hat.

Die Niederlage der April-Revolution in Afghanistan war im Grunde auch eine Niederlage der afghanischen Frauen. Denn sie haben alles verloren, was sie seit der Revolution von 1978 erreicht hatten.

Während der religiöse Führer der Taliban, Heibatullah Achundzadah, Anfang Dezember 2021 einen Erlaß verkündete, in dem er die Geistlichkeit und die Stammesführer aufforderte, sich für die Verwirklichung der Rechte der Frauen einzusetzen, verbreitete das Ministerium für die Ordnung der Tugend und die Verhinderung des Lasters (MOTVL), das vergleichbar mit einem Ministerium für Sittenpolizei ist, in Kabul Plakate mit verschleierte Frauengesichtern, die angeblich als Vorschlag an die afghanischen Frauen gerichtet waren. Man zwingt doch keine Frauen zum Tragen der Burqah (Ganzkörperschleier), obwohl dies Teil der afghanischen Kultur sei. Die afghanischen Frauen erkannten die wahren Hintergründe dieses sanften Drucks und haben sich dagegen gewehrt.

Anfang Januar 2022 protestierten junge Afghaninnen unverschleiert in Kabul. Sie skandierten: „Schleier sei weder islamisch noch afghanisch.“ Entgegen dem ursprünglichen Versprechen nach ihrer Machtübernahme im August 2021 verpflichtete das Taliban-Regime Anfang Mai 2022 afghanische Frauen zur kompletten Verhüllung ihres Körpers. Damit haben sie die Rechte

von Frauen weiter drastisch eingeschränkt. Künftig sollen Afghaninnen auf Befehl vom Ministerium für die Ordnung der Tugend und die Verhinderung des Lasters (MOTVL) in der Öffentlichkeit wieder eine Burqah tragen, „da dies traditionell und respektvoll“ sei, verkündete das Amt in einem Erlaß vom 7. Mai 2022. Es ist eine der bislang striktesten Einschränkungen im Leben afghanischer Frauen seit der erneuten Machtübernahme der Islamisten am Hindukusch. „Jene Frauen, die nicht zu alt oder zu jung sind, müssen gemäß den Scharia-Richtlinien ihr Gesicht mit Ausnahme der Augen bedecken“, heißt es in der Erklärung. Auf diese Weise sollten „Provokationen“ in der Begegnung mit Männern vermieden werden, die keine engen Verwandten sind, wurde erklärt. Die beste Art der Bedeckung sei die Burqah. Frauen sollten zudem „besser zu Hause bleiben“, wenn sie keine wichtige Angelegenheit außerhalb Haus zu erledigen hätten.

Diese Maßnahme des Taliban-Regimes sorgte international für scharfe Reaktionen. Der UN-Generalsekretär António Guterres, die US-Botschafterin und amtierende Vorsitzende des UN-Sicherheitsrates, Linda Thomas-Greenfield, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, haben das Burqah-Dekret verurteilt und als inakzeptabel bezeichnet. Selbst ein Führungsmitglied der Islamisten, Anas Haqqani, der auch Berater des Innenministers ist, hat am 10. Mai 2022 die Entscheidung des Ministeriums für die Ordnung der Tugend und die Verhinderung des Lasters als schädlich für das Ansehen des Regimes bezeichnet: Solche Dekrete verursachen Resentiments bei der Bevölkerung gegenüber der Regierung und dem Islam. Das Volk brauche Mitgefühl, bemerkte der Taliban-Funktionär. Dies deutet darauf hin, daß solche eigenmächtigen Entscheidungen unter den Machthabern nicht nur umstritten sind, sondern daß der Machtkampf immer noch unentschieden ist.

Innerhalb der Führung des Islamischen Emirats Afghanistan (IEA), so wird Afghanistan

seit dem 15. August 2021 genannt, ist ein politisch-ideologischer Machtkampf im Gange. Er spielt sich zwischen der aus Qandahar stammenden „realistischeren“ Gruppe um deren religiösen Führer Achundzadah einerseits und dem ultra-konservativen Innenminister Mullah Saradjudin Haqqani vom sogenannten „Haqqani-Netzwerk“ andererseits ab.

Das Ministerium für die Ordnung der Tugend und die Verhinderung des Lasters (MOTVL), welches das vorherige Frauenministerium ersetzte, schränkte nicht nur die Rechte der Frauen und Mädchen ein, sondern ordnete Ende März 2022 an, daß alle Staatsbediensteten ihre Bärte wachsen lassen müssen und Hüte zu tragen hätten. Am 28. März 2022 erlaubten Mitarbeiter des MOTVL Männern ohne Bärte, die weder die traditionelle Pluderhose noch das Hemd trugen, sowie keinen Hut oder Turban auf dem Kopf hatten, nicht, die staatlichen Ämter zu betreten. Die Diskriminierung von Mädchen und Frauen, auch die von Männern, wird Schritt für Schritt intensiviert. Die ultra-fundamentalistischen Kräfte der Taliban testen, wie weit sie gehen können. Der Machtkampf unter den neuen Machthabern am Hindukusch wird auf Kosten der Frauen- und der Menschenrechte ausgetragen.

Dr. Matin Baraki

Das neue Buch des Autors „Afghanistan – 40 Jahre Krieg“ wird im September erscheinen.



Die „Neue Rechte“ ist jung, weiblich und rechts

Im Verfassungsschutzbericht 2020 wurde erstmals die Neue Rechte als ein „informelles Netzwerk von Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen“ bezeichnet, in dem rechtsextremistische und rechtskonservative Kräfte zusammenwirken. Deren Ziel sei es, „antiliberaler und antidemokratischer Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen“. In jüngsten Veröffentlichungen des Netzwerks findet man Beschreibungen, die darauf abheben, mehr Frauen, die „unauffällig, aber zentral für das rechte Netzwerk“ seien, einzubeziehen. Grundsätzlich würden Frauen in der Öffentlichkeit als „weniger bedrohlich wahrgenommen“, deshalb müsse man diesbezüglich „umsteuern“. Man müsse sie dazu veranlassen, vorrangig soziale Berufe

zu ergreifen, um „Einfluß auf Kinder zu nehmen und das alles ohne aufzufallen“. Wichtig sei die Rückbesinnung auf Trachten, alte Rezepte, Volksfeste und Sonnenwendfeiern“. Es gehe darum, die „eigene ethnokulturelle Identität zu zeigen“.

Zu den Akteuren des Netzwerkes wird u.a. die „identitäre Bewegung“, eine rechtsextremistische, „völkisch“ orientierte Gruppierung, gezählt, die ihren Ursprung in Frankreich hat und inzwischen auch in Deutschland „bundesweit aktiv“ ist.

Anzumerken ist, daß sich die Neue Rechte in Rückbesinnung auf die deutsche Romantik der Querdenker der Gegenwart bedient, weil dort verbreitete Impfskepsis vorherrsche. Offenbar ist in Kreisen der Neuen Rechten

unbekannt, daß der bedeutendste deutschsprachige Dichter der Romantik Johann Wolfgang von Goethe ein absoluter Befürworter des Impfens war. Warum? Weil ihm in der Kindheit (1758) die Pocken heimgesucht hatten. Im ersten Teil seiner Memoiren „Dichtung und Wahrheit“ beschrieb er, daß unter dem Einfluß des gesellschaftlichen Umbruchs in der französischen Revolution 1789 nunmehr nicht nur der Verstand, sondern auch Sinne und Leidenschaften, Einbildungskraft und Gefühl, vor allem Wahrhaftigkeit zum Menschsein gehören.

Das hat sich, wie es aussieht, noch nicht überall rumgesprochen.

Dr. Dieter Langer
Bernau

Herzlichen Glückwunsch zum 100. Geburtstag

Ein besonderes „Hoch soll er leben!“ gilt einem der treuesten Mitstreiter des „RotFuchs“ und seines Fördervereins

Helmuth Hellge

aus Berlin.

Er vollendet am 6. Juli sein 100. Lebensjahr. Wir gratulieren von ganzem Herzen und verneigen uns vor Deinem großartigen Leben, das ohne die DDR so nicht verlaufen wäre. Dein Weg zum Pädagogen, leidenschaftlichen Propagandisten unserer Weltanschauung und landesweit bekannten Mitgestalter des Volksbildungswesens der DDR war bis 1945 kaum vorstellbar. Du selbst hast im „RotFuchs“ viele Anekdoten aus Deinem Leben veröffentlicht, darunter die, wie Du nach der US-Kriegsgefangenschaft zu Deiner Inge ins thüringische Kriebitzsch bei Altenburg zurückgekehrt bist und eines Tages von einem elfjährigen Jungen auf eine Zeitungsanzeige aufmerksam gemacht wurdest, mit der junge Leute für die Ausbildung zum Neulehrer gesucht wurden. Du hättest, meinst Du, dem Jüngeren zunächst „einen Vogel gezeigt“, bist dann aber doch in die Kreisstadt gefahren. Als Du dann am 2. Januar 1946 das erste Mal als Lehrer vor eine Schulklasse tratest, saß dein „Weichensteller fürs Leben“ grinsend vor Dir – ein späterer Major in einer Flugstaffel der NVA.

Dir wurden bald verantwortungsvolle Aufgaben übertragen: Leiter der Grundschule in Kriebitzsch, Dozent der Pädagogischen Fachschule Gera, Leiter der Institute für Lehrerbildung in Meiningen und in Kyritz, Lektor beim Schulbuchverlag „Volk und Wissen“ und Redakteur der „Deutschen Lehrerzeitung“ – nicht zu vergessen: Gründungsmitglied des FC Union Berlin.

Lieber Helmuth, hab Dank für Deine Treue zu unserer Sache und zum „RotFuchs“, für Deine Unterstützung und Hilfe. Bestmögliche Gesundheit wünschen Dir

Redaktion und Vorstand

„Ich habe das Leben, meine Arbeit als Lehrer und meine Inge sehr geliebt! Und würde heute sagen: Das gleiche nochmal!“

Diese Zeilen, lieber Helmuth, schriebst Du mir vor genau einem Jahr. Nun lag wieder ein Brief von Dir im Postfach. In dem auf Deiner alten Schreibmaschine getippten Text vermerktest Du: „Falls er taugen sollte ...“ Aber ja, mein Freund, Deine Mahnung „Schaut genau hin!“ geht uns doch alle an. Sie muß, ganz im brechtschen Sinne, immer und immer wieder erneuert werden!

Deine Briefe schmücktest Du oft mit kleinen Bildchen, daneben stets ein kurzer Satz, etwa der, den Du zu einem kleinen bunten Blumenstrauß stelltest: „Meine Freunde nennen mich den letzten sozialistischen Romantiker. Is' was dran, gell?“

Und ob! Am meisten „profitiert“ davon hat sicherlich Deine Inge, mit der Dir 75 gemeinsame Jahre vergönnt waren. Voller Stolz erklärtest Du: „Meine Inge war eine wunderbare Frau. Sie war Verkäuferin, Sekretärin, Standesbeamtin, Zeitungsredakteurin, Lehrerin und anderes mehr. Vor allem aber hat sie elf (!) eigenständig „gemanagte“ Wohnungsumzüge – von Berlin nach Kriebitzsch, nach Gera, Meiningen, Ilmenau, Kyritz, Zeuthen, Berlin-Prenzlauer Berg – bewältigt und dann noch die Kraft gehabt, den Bau unseres Hauses in Angriff zu nehmen.“ Du meinstest: „Ich hätte das „nie, nie, nie geschafft.“

Doch was Dir gelang, ist eine nicht weniger bedeutsame Leistung. Bis heute ist der Kontakt zu jenen, denen Du damals als Lehrer den Weg ins Leben gewiesen hast, nicht abgerissen. Zu Deinem 95. Geburtstag gratulierten Dir viele Deiner früheren Schüler – damals



6.7.2019: Helmuth und Inge auf der Bank, auf der vor 90 Jahren seine Eltern einst saßen

11, nun Mitte 80 – Charlotte, Hella, Inge, Renate, Alex, Konrad, Lothar, Micha ... Und der „Knüller“ ist: Über die Hälfte sind „RotFuchs“-Leser.

Kaum jemand hat so viele Leser für den RF geworben wie Du. Es waren wohl weit über 70. Das allein ist mehr als ein Dankeschön wert. Aber auch und vor allem Deine etwa 19jährige Autorentätigkeit für den „RotFuchs“ ist unübertroffen. Die eigens für Dich von Klaus eingerichtete „Anekdotenkiste“ war Dein „Markenzeichen“.

Deine Geschichten, gespickt mit Deinem unverwechselbaren Humor, gewürzt mit Deinem scharfsinnigen Geist und journalistischem Können legen Zeugnis ab über ein nicht konfliktloses, aber immer sinnerfülltes Leben in der DDR, für das Du Dich mit ganzer Kraft und Hingabe eingesetzt hast.

Helmuth, mein lieber „Uraltfreund“ – mit diesem Wort endet fast jeder Deiner Briefe – sei gewiß: Du bist und bleibst in meinem und in unser aller Herzen.

Bruni Steiniger

Schaut genau hin!

In letzter Zeit werde ich oft gefragt: „Was hältst Du vom Krieg Putins gegen die Ukraine?“ Wer mich das so fragt, unterstellt mir quasi seine Sichtweise, die da heißt: Schuld allein ist Putin. Doch meine Freunde wissen, daß ich nicht in den Tag hinein schwadroniere, sondern immer versuche, auf den Grund der Dinge zu schauen. Die im Fernsehen gezeigten Bilder von zerbombten Häusern sagen ja noch nichts über den eigentlichen Verursacher dieser Zerstörungen aus.

Ich werde da an ein Erlebnis aus dem 2. Weltkrieg erinnert. Als Soldat war ich der Flak-Ersatz-Abteilung 12 in Berlin-Lankwitz zugeordnet. In der Nacht vom 22. zum 23. August 1943 – ich weiß das noch ganz genau, weil ich mich zehn Tage zuvor mit meiner Inge verlobt hatte – gab es einen schrecklichen Bombenangriff alliierter Flugzeuge. Zusammen mit anderen Rekruten und den zu unserer Batterie gehörenden Unteroffizieren und Offizieren saßen wir verängstigt in den Luftschutzkellern unserer Kaserne. Nach dem „Entwarnungssignal“ lief ich von Steglitz nach Neukölln zur Wohnung meiner künftigen Schwiegereltern. Es war ein Weg des Schreckens: ringsum brennende Häuser, aus den Fenstern der Wohnungen schlugen große Flammen, weinende Kinder und verstörte Erwachsene irrten umher ... Aus dem Flur eines brennenden Hauses kam ein Mann, der ein Rollwägelchen hinter sich herzog, auf welchem angesengtes Bettzeug lag. Was für ein Anblick! Ich verfluchte die Bombenwerfer! Da hörte ich den Mann mehrfach mit sich überschlagender Stimme schreien: „Wir danken unserm Führer! Wir danken unserm Führer! Wir danken unserm Führer!“

Ich begriff urplötzlich, daß nicht die anglo-amerikanischen Bombenflieger, die diesem Mann unermeßliches Leid zugefügt hatten, die Urheber seines Elends waren, sondern der „Führer“, der diesen Krieg gewollt und ausgelöst hatte.

Dieses Erlebnis, das mich mein ganzes Leben begleitet, lehrte mich, immer genau hinzuschauen und bei der Suche nach Antworten auf scheinbar Unerklärbares den eigenen Verstand zu gebrauchen. Wem nützt es, sollten wir fragen, wenn wir wissen wollen, wer die Verursacher von Krieg und Zerstörung sind.

Helmuth Hellge
10. Juni 2022

Im Dienste des Rechts

Friedrich Wolff zum 100. Geburtstag

Am 30. Juli 1922 in Berlin geboren, wuchs Friedrich, Sohn eines Arztes, in der Weimarer Republik auf. Er war fast 11 Jahre alt, als Hitler Reichskanzler wurde. Auch wenn er noch nicht wissen konnte, was Faschismus bedeutet, hinterließ der aus diesem Anlaß inszenierte Fackelmarsch der Nazis durch das Brandenburger Tor, bei ihm ein beängstigendes Gefühl. Zum Glück blieb ihm erspart, zur Wehrmacht eingezogen und in den Krieg geschickt zu werden. Er erlernte zunächst den Beruf eines Kaufmanns, da ihm ein Studium der Medizin wegen seiner jüdischen Abstammung verweigert wurde. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus konnte er dieses Studium zwar aufnehmen, stellte aber sehr schnell fest, daß die ärztliche Tätigkeit nicht seine Berufung sein würde. So studierte er Rechtswissenschaft ab 1946 an der Humboldt-Universität in Berlin und schloß sein Studium im Jahr der Gründung der DDR ab. Bereits 1945 war Wolff der KPD beigetreten, die sich dann alsbald mit der SPD zur SED vereinigte. Als 1953 das Berliner Kollegium der Rechtsanwälte gegründet wurde, gehörte er zu seinen ersten Mitgliedern. Bereits ein Jahr später war er dessen erster Vorsitzender und blieb dies über lange Jahrzehnte bis 1970. Von 1984 bis 1988 übte er erneut diese Tätigkeit aus. Sein anwaltliches Wirken war vorwiegend das eines Strafverteidigers. Bereits in den 50er Jahren machte er sich schnell einen Namen. Man kannte ihn als einen Menschen, der sich nach besten Kräften für seine Mandanten einsetzte. Noch Jahrzehnte später erinnerten sich Zeitgenossen an sein mutiges, zielklares Vorgehen. Mitunter war es für ihn – den überzeugten Kommunisten – nicht einfach, auch Menschen zu verteidigen, deren Gesinnung er in keiner Weise teilen konnte. Doch seine Auffassung war, daß jeder Angeklagte einen Anspruch

auf Verteidigung habe und es dabei um die Verteidigung des Täters, nicht aber der Tat gehe. Später schrieb er in juristischen Fachzeitschriften eine Reihe von Aufsätzen über seine gesammelten Erfahrungen als Strafverteidiger. Sie waren auch für spätere Juristen-

hatte, begann nun eine Zeit, die ihn als Verteidiger besonders forderte. Die bundesdeutsche Justiz war der Auffassung, daß Angehörige des Politbüros des ZK der SED strafrechtlich verfolgt werden müßten und leitete daraufhin auf bundesdeutscher Rechtsgrundlage



Das Foto zeigt Friedrich Wolff mit dem Autor

die entsprechenden Prozesse ein. Rechtsanwalt Wolff verteidigte unter anderem Hermann Axen, Hans Modrow und Siegfried Lorenz. In den Fokus der Massenmedien geriet er, nachdem er die Verteidigung von Erich Honecker übernommen hatte. Auch heute noch sind in manchen Dokumentationen bewegte Bilder aus dem Gerichtssaal im Landgericht Berlin oder bei einem Besuch seines Mandanten in Beelitz zu sehen. Mit seiner Hilfe konnte letztlich erreicht werden, daß das Verfahren gegen den damals schon schwerkranken Erich Honecker eingestellt werden mußte. Friedrich Wolff hat nie einen Hehl aus seiner Überzeugung gemacht, die er in nach 1990 erschienenen

zahlreichen Beiträgen und einigen Büchern deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Erinnerung sei an „Einigkeit und Recht“ (2005), „Verlorene Prozesse“ (2009), „Ein Leben – vier Mal Deutschland“ (2013), „Das Politbüro der DDR vor Gericht“ (2015) und nicht zuletzt der Bestseller, der zusammen mit Egon Krenz entstand, „Komm mir nicht mit Rechtsstaat“ (2021). Bis heute verfolgt Friedrich Wolff die Geschehnisse in diesem Lande und in der Welt mit wachem Interesse und hat zu den Ereignissen immer eine Meinung. Ich freue mich immer, wenn meine Frau und ich ihn besuchen, weil das stets ein hochinteressanter Nachmittag und Abend wird. Alles Gute, vor allem Gesundheit, lieber Fritz, und Danke für Deine Treue und Freundschaft, die uns nun schon seit 35 Jahren verbindet.

zahlreichen Beiträgen und einigen Büchern deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Erinnerung sei an „Einigkeit und Recht“ (2005), „Verlorene Prozesse“ (2009), „Ein Leben – vier Mal Deutschland“ (2013), „Das Politbüro der DDR vor Gericht“ (2015) und nicht zuletzt der Bestseller, der zusammen mit Egon Krenz entstand, „Komm mir nicht mit Rechtsstaat“ (2021). Bis heute verfolgt Friedrich Wolff die Geschehnisse in diesem Lande und in der Welt mit wachem Interesse und hat zu den Ereignissen immer eine Meinung. Ich freue mich immer, wenn meine Frau und ich ihn besuchen, weil das stets ein hochinteressanter Nachmittag und Abend wird. Alles Gute, vor allem Gesundheit, lieber Fritz, und Danke für Deine Treue und Freundschaft, die uns nun schon seit 35 Jahren verbindet.

Friedrich Wolff hat nie einen Hehl aus seiner Überzeugung gemacht, die er in nach 1990 erschienenen zahlreichen Beiträgen und einigen Büchern deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Erinnerung sei an „Einigkeit und Recht“ (2005), „Verlorene Prozesse“ (2009), „Ein Leben – vier Mal Deutschland“ (2013), „Das Politbüro der DDR vor Gericht“ (2015) und nicht zuletzt der Bestseller, der zusammen mit Egon Krenz entstand, „Komm mir nicht mit Rechtsstaat“ (2021).

Bis heute verfolgt Friedrich Wolff die Geschehnisse in diesem Lande und in der Welt mit wachem Interesse und hat zu den Ereignissen immer eine Meinung. Ich freue mich immer, wenn meine Frau und ich ihn besuchen, weil das stets ein hochinteressanter Nachmittag und Abend wird.

Alles Gute, vor allem Gesundheit, lieber Fritz, und Danke für Deine Treue und Freundschaft, die uns nun schon seit 35 Jahren verbindet.

Ralph Dobrawa

21. UZ-Pressesfest in Berlin

Die DKP und ihre Zeitung laden zum UZ-Pressesfest nach Berlin ein. Gefeiert und diskutiert wird am 27. und 28. August rund um den Rosa-Luxemburg-Platz und die Volksbühne.

Das Fest wird einen Kontrapunkt zur herrschenden Kriegshysterie, zu Hochrüstungsprogrammen und Russenhaß setzen. Es wird ein Fest der Solidarität, der Diskussion, der Kultur sein.

Erwartet werden u.a. Attila the Stockbroker aus England, Hartmut König, Mitbegründer des Oktoberklubs, Achim Bigus aus

dem Ruhrgebiet mit seinen Arbeiterliedern, Gina Pietsch und ihre Tochter Franke Pietsch, Tino Eisbrenner & Tatania Yotanka, auch die Gruppe Compania Bataclan wird dabei sein, die auf vergangenen Festen die Casa Cuba stets zum Beben brachte.

Viele weitere Künstlerinnen und Künstler haben sich angesagt und beim Antikriegsmeeting, in der Casa Cuba sowie in der Maigalerie der Tageszeitung „junge Welt“ ein politisches Programm gestalten. Internationale Solidarität war immer ein

Schwerpunkt der UZ-Pressesfeste. Neben einer Diskussion um sozialistische Zukunftsperspektiven mit Vertretern der Botschaften China, Kubas und Vietnams wird das Pressesfest auch Ort für die Kuba-Jugendkonferenz des „Netzwerk Cuba“ und der SDAJ sein.

Aus Rom kommt David Cacchione von Banda Bassotti zum Fest, der zuletzt noch im April den Menschen im Donbass Hilfsgüter schickte. Vielleicht bringt er seine Band mit.

RF

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und ihre Kritiker

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen. **RF**

15. Dezember 1977

Geschichtsschreibung und Publizistik der BRD haben zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution keine neuen Argumente vorzubringen vermocht. Man wiederholte im Grunde die seit Jahren und Jahrzehnten sattsam bekannten Formeln, mit denen die Oktoberrevolution und die Welt des Sozialismus verleumdet und die historisch-materialistische Geschichtsschreibung über die Oktoberrevolution zu widerlegen versucht wird. Dabei traten aber – im Zuge der demagogischen Menschenrechtskampagne und der zugespitzten ideologischen Auseinandersetzung – die Argumente in den Vordergrund, die den angeblich undemokratischen Charakter der Oktoberrevolution „nachweisen“, die sie als das Werk einer Minderheit diffamieren sollen. Die bürgerliche und sozialdemokratische Geschichtsschreibung – und in ihrem Gefolge die Massenmedien der BRD – sind besonders eifrig bemüht, den historisch gesetzmäßigen Charakter der Oktoberrevolution zu leugnen, sie als den Überraschungserfolg einer revolutionären Avantgarde in einem für sie günstigen Augenblick, als geschichtlich zufälliges Ereignis hinzustellen. Außerdem versuchen die Historiker, Sowjetologen und sogenannten Ostforscher der BRD, den Charakter der Oktoberrevolution als einer klassischen sozialistischen Revolution, in der zweifellos allgemeine, für die proletarische Revolution prinzipiell charakteristische Merkmale ihren Ausdruck fanden, zu leugnen. Kennzeichnend für die grundlegend veränderte Weltsituation, für den einzigartigen Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die gesamte historische Entwicklung seit 1917 und vor allem seit 1945 ist aber, daß auch die Geschichtsschreiber und Publizisten der BRD nicht mehr in der Lage sind, die Weltbedeutung des Oktobers und seine gewaltigen Wirkungen auf die internationale Entwicklung ganz zu bestreiten. Schon vor Jahren haben renommierte bürgerliche Historiker wie Rothfels und Conze eingestehen müssen, daß dem Jahr 1917

universalhistorische Bedeutung zukomme, weil – so Rothfels – „seit 1918 und nicht erst seit 1945 zwei prinzipiell verschiedene gesellschaftliche Systeme in der Welt der großen Mächte nebeneinander bestehen“¹. Dies war in seinem Kern das Eingeständnis, daß von der Oktoberrevolution eine neue Epoche



„Der Bolschewik“, Ölgemälde von Boris Kustodijew (1920)

der Menschheitsgeschichte ihren Ausgang genommen hat und daß der Grundwiderspruch, der die weltweite Auseinandersetzung zwischen Fortschritt und Reaktion bestimmt, der zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist. Es war vorauszusehen, daß die bürgerliche Geschichtsschreibung bestrebt sein mußte, dieses für die kapitalistische Welt gefährliche Eingeständnis zurückzunehmen. Historiker der BRD, wie Heimpel und Geyer, haben das denn auch seit den sechziger Jahren versucht, und zwar vorwiegend in zwei Richtungen: Heimpel suchte den internationalen Charakter der Oktoberrevolution und die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems dadurch in ihrer Bedeutung herabzusetzen und zu relativieren, daß er von wachsenden „nationalen Gegeninstanzen“, vom zunehmenden Gewicht nationaler Eigenarten und des Nationalismus sprach.² Es war die Spekulation auf den sogenannten Nationalkommunismus, auf die Schwächung der Einheit der sozialistischen Staatengemeinschaft. Die andere Richtung dieser Argumentationslinie, die, anknüpfend an die von amerikanischen Historikern und Soziologen entwickelte Industriegesellschaftslehre, in

der BRD besonders von Dietrich Geyer verfochten wird, ist vor allem darum bemüht, den sozialistischen, proletarischen Charakter der Oktoberrevolution und der ihr folgenden Entwicklung zu leugnen. Der Hauptzweck dieser Richtung ist es zu bestreiten, daß die weltgeschichtliche Alternative Sozialismus oder Kapitalismus lautet; daß der Hauptinhalt der seit 1917 vor sich gegangenen Veränderungen in der Welt in der Herausbildung des neuen sozialistischen Gesellschaftssystems besteht, daß unsere Epoche die des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist.

Nach Geyer ist nicht die sozialistische Revolution von 1917, sondern die Entstehung und Entwicklung der kapitalistischen Industrie und dementsprechend die bürgerlichen Revolutionen die entscheidende Zäsur der neueren Geschichte. Die Oktoberrevolution soll bei Geyer, in Anlehnung an Conze, in den „Modernisierungsprozeß“, in das „technisch-industrielle Zeitalter“ eingeordnet werden und so ihren Platz in der

„atlantischen Revolution“ erhalten. Auf diese Weise, sagt Geyer, könne „der russische Umbruch mithin auch von traditionellen und konservativen Positionen aus als eine der großen Revolutionen der Weltgeschichte“ begriffen werden.³ Auch die sozialdemokratischen Historiker Geiss und Tamchina suchen die gesamte Entwicklung der Menschheit in den letzten 200 Jahren der „industriellen Revolution“ unterzuordnen, die angeblich für alle einzelnen Revolutionen die „universalhistorischen Rahmenbedingungen“ geschaffen habe.⁴

Es fällt nicht schwer, den Sinn und die Funktion einer solchen Theorie und Interpretation der geschichtlichen Entwicklung zu entschlüsseln: Kapitalismus und kapitalistische Industrialisierung werden zum alleinigen Maßstab der neueren Geschichte gemacht; die Entwicklung der Produktivkräfte, der Technik wird verabsolutiert, sie wird völlig losgelöst von den Produktionsverhältnissen und ihrem wichtigsten Merkmal, den Eigentumsverhältnissen; die gesamte historische Entfaltung des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit und seine revolutionären Resultate seit dem Oktober 1917 sollen

zu sekundären, dem kapitalistischen Industrialisierungsprozeß untergeordneten Erscheinungen gestempelt werden. Auf diese Weise ist zwar, wie schon Marx am Beispiel der bürgerlichen Ökonomen seiner Zeit enthüllt hat, der Kapitalismus eine geschichtlich gewordene Gesellschaft, mit ihm aber hört nach dieser Lesart die Geschichte auf: So läuft die Industriegesellschaftstheorie und die Einordnung auch der Oktoberrevolution in eine klassenindifferente, vom konkreten gesellschaftlich-ökonomischen Inhalt gelöste „technisch-industrielle“ Revolution auf die nackte Apologie des Kapitalismus hinaus, auf den Versuch, ihn zu einer ewigen Ordnung zu erklären.

Bedeutung besitzt in diesem Zusammenhang auch der seit langem bekannte, aber immer wieder aktualisierte Versuch, die Gesetzmäßigkeit, die historische Notwendigkeit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu leugnen. In dem in der BRD erschienenen antikommunistischen Standardwerk „Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie“ (6 Bände) wird ausdrücklich konstatiert, daß der „axiomatische Satz“, der die sozialistische Revolution zu einem „geschichtsgesetzlichen Imperativ“ erklärt, zurückgewiesen werden müsse.⁵ Die Verfasser sind zwar bereit einzugestehen, daß die Oktoberrevolution einen geschichtlichen Wendepunkt bildet, dessen Wirkungen das 20. Jahrhundert noch immer prägen. Aber in dieser Zusammenstellung der bürgerlichen und sozialdemokratischen Deutungen wird die Oktoberrevolution als „innerrussisches Ereignis“, als aus den besonderen Bedingungen Rußlands entstanden, als „tragisches Verhängnis der Geschichte“ bezeichnet; es wird die alte These Kautskys vom „Unzeitgemäßen“, von der „Vorzeitigkeit“ einer sozialistischen Revolution in Rußland wiederholt, die schon von Lenin und Rosa Luxemburg verspottet worden ist.

Alle diese und zahlreiche andere bürgerliche Interpretationen können nicht die entscheidenden historischen Tatsachen aus der Welt schaffen, die die geschichtliche Notwendigkeit und die Weltbedeutung der Oktoberrevolution beweisen: den internationalen Charakter der imperialistisch-kapitalistischen Widersprüche, von denen der erste Weltkrieg hervorgegangen war; die rasche kapitalistische Entwicklung Rußlands seit der Jahrhundertwende und seine Einbeziehung in den kapitalistischen Weltmarkt; die extreme Konzentration aller imperialistischen Widersprüche im zaristischen Rußland vor und während des ersten Weltkrieges; der gewaltige Aufschwung des Klassenkampfes und der russischen Arbeiterbewegung unter Führung der Bolschewiki, der an die Traditionen der ersten russischen Revolution von 1905 anknüpfen konnte. Außerdem demonstrieren die Revolutionen 1918 und 1919 in Deutschland, Österreich, Ungarn und ihr Anknüpfen an die in der russischen Revolution entstandenen Räte, daß die proletarische Revolution das Ergebnis der internationalen kapitalistischen Widersprüche, des internationalen Klassenkampfes war, der in Rußland mit dem Sieg der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten endete, weil hier nicht nur die objektiven

Bedingungen gegeben waren, sondern auch die subjektiven Voraussetzungen in Gestalt einer auf der Höhe ihrer geschichtlichen Aufgaben stehenden revolutionären Partei.

Ein beliebtes Argument, das im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag der Oktoberrevolution von den bürgerlichen Historikern und Publizisten der BRD strapaziert wurde, ist das vom angeblich undemokratischen Charakter der Oktoberrevolution, die Behauptung, es habe sich um einen bolschewistischen Putsch gehandelt, der ohne wesentliche Unterstützung der Massen vor sich gegangen sei. Es handelt sich hier um die Spekulation auf die in der BRD vorherrschende fatale Unkenntnis selbst elementarer geschichtlicher Tatsachen. In Wahrheit haben die Bolschewiki in den entscheidenden Monaten zwischen dem April 1917 und der Oktoberrevolution ihre Anhängerschaft unter den Arbeitern, unter den Soldaten und Matrosen und schließlich auch unter den Bauern vervielfachen und die Mehrheit des arbeitenden Volkes hinter sich bringen können. Auf den Gewerkschaftskonferenzen und in den Betriebsgewerkschaftskomitees besaßen die Bolschewiki schon bald nach der Februarrevolution die Mehrheit. Bei den Wahlen zu den Sowjets, als den wichtigsten von der Revolution hervorgebrachten Organen des Volkes, hatte die bolschewistische Fraktion im Juni 1917 noch 13 Prozent der Delegierten, im Oktober aber bereits 51 Prozent und im Januar 1918 schon 61 Prozent. Es muß hinzugefügt werden, daß sich die „linken“ Sozialrevolutionäre zur Zeit des Oktoberaufstandes in den wichtigsten politischen Fragen auf dem Gesamtrussischen Sowjetkongreß den Bolschewiki anschlossen. Im September/Oktober waren 40 Prozent der neugewählten Vertreter in den Armeekomitees Bolschewiki; in der Baltischen Flotte, an der Nord- und Westfront stand die absolute Mehrheit der Matrosen und Soldaten hinter den Bolschewiki. Das sind die geschichtlichen Tatsachen. Nicht alle bürgerlichen Historiker in der BRD sind bereit, diese Tatsachen zu vergewaltigen. So schreibt K.-H. Schlarp: „Gegen den Willen der Masse der Bevölkerung konnten in einer so tiefgreifenden revolutionären Situation die organisierten Revolutionäre nicht einmal einen Staatsstreich selbständig durchführen.“⁶ Und der Historiker Peter Scheibert gelangt zu der Feststellung: „Der revolutionäre Prozeß, der zwischen Februar und Oktober 1917 zu einer Auflösung der alten wirtschaftlichen und politischen Ordnung führte, wurde in erster Linie von den Massen selbst getragen.“⁷ Solche Eingeständnisse bilden allerdings die Ausnahme. Ein Argument, das sich zunehmender Beliebtheit bei den bürgerlichen Historikern der BRD erfreut, ist schließlich die Behauptung, die Oktoberrevolution sei nicht zuletzt in dem Sinne ein zufälliges, für die soziale Erneuerung Rußlands keineswegs notwendiges Ereignis gewesen, als diese Aufgabe auch durch ein Regime der „bürgerlichen Demokratie“ hätte gelöst werden können. Allerdings bleiben diese Historiker die Antwort auf die Frage schuldig, warum keine der bürgerlichen Regierungen zwischen dem Februar und dem 7. November 1917 bereit war, Rußland aus

dem Kriege herauszuführen; warum keine von ihnen die eigenen Versprechungen wahr machte und den Bauern das Land gab; warum keine dieser Regierungen in der Lage war, auch nur die elementarsten Forderungen der Arbeiter in den Städten zu erfüllen. Es ist charakteristisch, daß der erzreaktionäre „Sowjetologe“ Georg von Rauch auf seine Weise die Antwort gegeben hat, indem er feststellte, daß Rußland vor der Alternative stand: Militärdiktatur oder Bolschewismus, Kornilow oder Lenin. Hierin steckt im Grunde das Eingeständnis, daß nur die sozialistische Revolution imstande war, auch die demokratischen Errungenschaften der Februarrevolution zu bewahren, sie weiterzuentwickeln und die fundamentalen Probleme der Arbeiter, der Bauern, der Soldaten zu lösen.

Alle hier angeführten Entstellungen und Fälschungen der Geschichte der Oktoberrevolution zielen auf den realen Sozialismus, auf die Sowjetunion und die sozialistische Staatengemeinschaft. Aber sie können nicht verdunkeln, daß das Werk der sozialistischen Erneuerung der Gesellschaft, daß die Verwirklichung der Bestrebungen und Ideale eines mehr als hundertjährigen Kampfes der internationalen Arbeiterbewegung von der Oktoberrevolution ihren Ausgang genommen hat.

Anmerkungen

- 1) H. Rothfels: Gesellschaftsform und auswärtige Politik. Laupheim 1951, S. 8 f.
- 2) H. Heimpel: Entwurf einer deutschen Geschichte, in: Der Mensch in seiner Gegenwart – Sieben historische Essays. Göttingen 1954, S. 171 f.
- 3) D. Geyer: Die russische Revolution. Historische Probleme und ihre Perspektiven. Stuttgart/Westberlin/Köln/Mainz 1968, S. 130 ff.
- 4) I. Geiss, R. Tamchina: Die Revolution in der Weltgeschichte, in: Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft, Bd. 2, München 1974, S. 11 ff.
- 5) Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. IV, Freiburg/Basel/Wien 1971, Stichwort Oktoberrevolution, S. 920 f.
- 6) K.-H. Schlarp: Die Revolution und ökonomische Rückständigkeit, in: Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft, Bd. 2, München 1974, S. 104
- 7) Fischer-Weltgeschichte Rußland. Frankfurt/Main 1972, S. 276

Vorstand und Redaktion gratulieren

Sylvia Radzinski

aus Berlin, die am 10. Juli ihren 75. Geburtstag begeht.

Als Vorsitzende der Revisionskommission des „RotFuchs“-Fördervereins hast Du großen Anteil daran, daß die Rechtssicherheit des Vereins weiter gestärkt werden konnte. Heute sagen wir Dank für Deine engagierte, zuverlässige Tätigkeit und grüßen Dich in herzlicher Verbundenheit.

Vor 155 Jahren wurde Leo Jogiches geboren

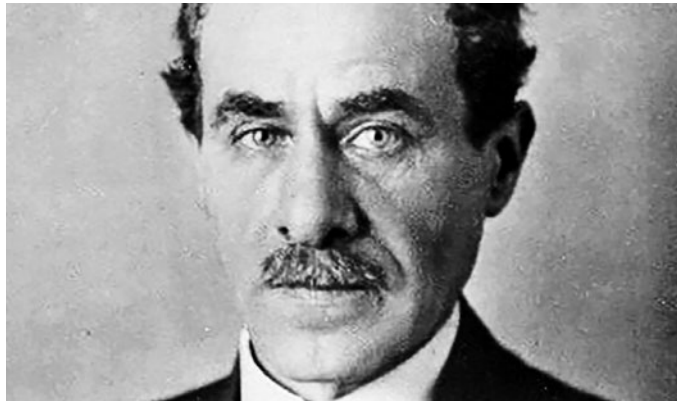
Owohl Leo Jogiches eine bedeutende Rolle in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung spielte und ein hervorragender Repräsentant der polnischen, russischen und deutschen Arbeiterbewegung war, ist er weitgehend unbekannt.

Er wurde am 17. Juli 1867 in Vilnius in einer wohlhabenden Familie geboren. 1883 verließ er das I. Gymnasium in Vilnius vorzeitig ohne Abschluß. Danach arbeitete er als Schlosser in einer Eisengießerei, um das Leben der Ausgebeuteten besser kennenzulernen und eignete sich zudem Grundzüge des Schriftsetzerhandwerks an. Schon als Gymnasiast schloß er sich der oppositionellen Bewegung gegen das zaristische Regime an und organisierte 1886 einen Zirkel für jüdische Arbeiter in Vilnius. 1887 war er bereits im gesamten Gebiet von Vilnius für die Agitation unter den Arbeitern und Armeeinghörigen verantwortlich. Das brachte ihn in Konflikt mit der zaristischen Geheimpolizei, die ihn mehrfach ins Gefängnis warf. Im September 1888 wurde er verhaftet wegen Anzettlung eines Streiks in einer Druckerei. Da man ihm nichts nachweisen konnte, mußte er wieder freigelassen werden. 1889 erfolgte die erneute Verhaftung, und er wurde zu vier Monaten Gefängnis wegen „aktiver Propaganda staatswidriger Ideen unter den Arbeitern“ in Vilnius verurteilt. Im September 1889 aus der Haft entlassen, sollte er bei einer Strafkompagnie in Turkestan seinen Militärdienst ableisten, floh aber vom Sammelpunkt.

1890 emigrierte er in die Schweiz und nahm ein Jahr später Kontakte zur Gruppe „Befreiung der Arbeit“ von Georgij Plechanow auf. Im gleichen Jahr lernte er Rosa Luxemburg kennen. Mit ihr verband ihn eine enge persönliche, intellektuelle und politische Freundschaft und Liebe, die zu einer über 16 Jahre währenden Lebensgemeinschaft führte. Durch Rosa Luxemburg fand er Anschluß an die polnische Arbeiterbewegung. Er war Mitbegründer der Sozialdemokratie des Königreichs Polen (SDKP) am 30. Juli 1893 und gab in Paris zusammen mit Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski und Adolf Warski die erste polnische sozialdemokratische Zeitung „Sprawa Robotnicza“ (Arbeitersache) heraus. Sie stellte 1896 ihr Erscheinen ein. Die SDKP vereinigte sich Ende Dezember 1899 mit dem linken Flügel der Litauischen Sozialdemokratie zur Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen (SDKPiL). Sein Umzug nach Berlin Anfang August 1900 hing damit zusammen, daß das Hauptquartier der SDKPiL, deren Aktionen Jogiches seit 1902 leitete, sich in Berlin befand.

Unter dem Pseudonym Jan Tyszka, das er seitdem neben anderen in der internationalen Arbeiterbewegung trug, spielte Jogiches eine maßgebliche Rolle bei der Organisation des Kampfes der polnischen Arbeiter gegen den Zarismus.

1902 bis 1904 war Jogiches beteiligt an der Herausgabe des theoretischen Organs der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen (SDKPiL) „Przegląd Socjaldemokratyczny“ (Sozialdemokratische Rundschau) in Berlin. Seit 1902 war er verantwortlich für



Leo Jogiches (1867–1919)

die Herausgabe des Zentralorgans der SDKPiL „Czerwony Sztandar“ (Die Rote Fahne). Ein Jahr später wurde Jogiches in den Hauptvorstand der SDKPiL gewählt, dem er bis zum Dezember 1918 angehörte

Nach dem Ausbruch der Revolution in Rußland 1905 ging Jogiches im Februar 1905 nach Polen, zunächst nach Krakau, dann im Oktober nach Warschau. Am 4. März 1906 wurden er und Rosa Luxemburg, die im Dezember 1905 ebenfalls nach Warschau gefahren war, durch die Ochran, die berüchtigte zaristische Geheimpolizei, verhaftet. Während Rosa freikam, war Leo Jogiches bis zu seiner Flucht im Februar 1907 in der berüchtigten Warschauer Zitadelle eingekerkert. Das Gericht verurteilte ihn zu acht Jahren Zwangsarbeit und zur Aberkennung der bürgerlichen Rechte. Die Zeugen berichteten, daß er während der gesamten Gerichtsversammlung und nach dem Urteil standhaft blieb. Am 22. März 1907 floh er aus der Haftanstalt in Warschau-Mokotow.

Rosa Luxemburg hatte sich inzwischen von Leo Jogiches getrennt. Ihre Beziehung belebte sich in der Folgezeit zwar wieder, beschränkte sich aber auf die gemeinsame Parteiarbeit. Vom 2. April bis zum 30. Juni 1910 erschien eine von Jogiches in Warschau herausgegebene Zeitung unter dem Titel „Trybuna“, die dann vom 6. August bis zum Verbot am 14. Dezember den Titel „Młot“ (Der Hammer) trug. Der Revolutionär war auch in der russischen Arbeiterbewegung aktiv. Die SDKPiL gehörte als autonome Gruppe der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) an. Vom 13. Mai bis 1. Juni 1907 nahm er als Delegierter der SDKPiL am V. Parteitag der SDAPR in London teil und wurde in das Zentralkomitee gewählt. Auf dem Januar-Plenum des ZK der SDAPR in Paris 1910 setzten sich Leo Jogiches und Adolf Warski gegen den Willen der Gruppe um Lenin nachdrücklich für die organisatorische Einheit der russischen Sozialdemokratie ein. Auf dem V. Parteitag der

SDPAPR 1907 in London unterstützte Jogiches die Bolschewiki. Sein Auftreten gegen den Ausschluß der Opportunisten aus der SDAPR 1912 in Prag veranlaßte Lenin zu heftiger Kritik.

Während des Ersten Weltkrieges spielte Leo Jogiches eine bedeutende Rolle beim Zusammenschluß der Linken zur Gruppe „Internationale“ innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, ohne jedoch selbst in den Vordergrund zu treten. Ab 1916 nannte sie sich Spartakusgruppe. Nachdem zunächst Rosa Luxemburg, dann auch Karl Liebknecht, Julian Marchlewski und andere führende Mitglieder der Spartakusgruppe 1916 inhaftiert waren, lag seit Mitte 1916 die Leitung der Spartakusgruppe faktisch in der Hand von Jogiches.

Mit seinen großen politischen und publizistischen Erfahrungen beim Aufbau und bei der Leitung von Organisationen, insbesondere unter illegalen Bedingungen, und seinem außerordentlichen organisatorischen Talent hatte er besonderen Anteil am Druck vieler illegaler revolutionärer Flugblätter und Schriften der Gruppe „Internationale“, insbesondere der „Spartakusbriefe“, am Aufbau eines ganz Deutschland erfassenden Vertriebsnetzes für diese Materialien und bei der Kassierung von Mitgliedsbeiträgen.

Er war ein Meister der Konspiration. Trotz ausgedehnter Fahndung gelang es der Polizei erst am 24. März 1918 seiner habhaft zu werden. Erst die Novemberrevolution befreite ihn aus dem Gefängnis.

Jogiches leitete den organisatorischen Aufbau des am 11. November 1918 gegründeten Spartakusbundes und half damit, Voraussetzungen für die Gründung der KPD zu schaffen. Er setzte sich beharrlich für den Zusammenschluß der revolutionären Kräfte ein und trat allen Bestrebungen entgegen, auch den organisatorischen Bruch mit der USPD zu vollziehen. Am 29. Dezember 1918 stimmte Jogiches in der Reichskonferenz des Spartakusbundes gegen die Trennung von der USPD und die Bildung einer eigenen Partei. Der Gründungsparteitag der KPD wählte ihn trotzdem in die Zentrale.

Leo Jogiches nahm an den Januarkämpfen 1919 in Berlin teil und wurde am 13. Januar verhaftet. Nachdem ihm die Flucht gelang, geriet er am 9. März 1919 erneut in die Hände der Konterrevolution. Am 10. März 1919 wurde Leo Jogiches im Untersuchungsgefängnis in Berlin-Moabit durch den Kriminalkommissar Tamschik heimtückisch ermordet. „Beim Fluchtversuch erschossen“ hieß es, wie das bei solchen Morden üblich war.

In einem Nachruf in der „Prawda“ am 29. März 1919 wurde Jogiches als „ein hervorragender Organisator, ein Mensch von eiserner Energie und einer der talentiertesten Redakteure der Parteipresse in der Internationale“ bezeichnet.

Vor 75 Jahren: Der Friedensflug nach dem Osten

Auf Einladung des Antifaschistischen Komitees der Sowjetjugend besuchte vom 19. Juli bis zum 5. August 1947 eine Delegation des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend (FDJ) unter der Leitung ihres Vorsitzenden, Erich Honecker, die Sowjetunion und nahm als Gast an der Sportparade der Völker der Sowjetunion in Moskau teil.

Es war der erste offizielle Besuch einer Delegation der deutschen Jugend und ihrer im März 1946 gegründeten einheitlichen antifaschistisch-demokratischen Jugendorganisation FDJ nach der militärischen Zerschlagung des deutschen Faschismus 1945 und dem Ende des fürchterlichsten Krieges in der Geschichte der Menschheit.

Mit der Gründung der Freien Deutschen Jugend, hervorgegangen aus den sich nach 1945 in den Kommunen und auf Länderebene vor allem im Osten Deutschlands herausgebildeten antifaschistisch-demokratischen Jugendausschüssen war eine politische Organisation der Jugend entstanden, deren Anliegen es war, die Jugend zu vereinen, Interessenvertreter und Organisator für die Verwirklichung der Forderungen und Ziele der gesamten deutschen Jugend, unabhängig von ihrer sozialen Stellung und weltanschaulichen Ansichten, zu sein.

Die FDJ war davon überzeugt, daß es vor allem vom Handeln der Jugend abhängen wird, das Vertrauen der Völker in das deutsche Volk und seine Jugend zurückzugewinnen und beizutragen, daß das künftige Deutschland wieder einen geachteten Platz in einem friedliebenden und demokratischen Europa einnimmt.

An der Seite der jungen deutschen Antifaschisten standen Jugendoffiziere und Komsomolzen der Roten Armee, die ihnen halfen, die Last, die der Faschismus besonders der Jugend aufgebürdet hatte, abzuwerfen und ihnen den Blick für den Aufbau eines neuen, eines antifaschistisch und demokratischen Deutschlands eröffneten.

Der Besuch der ersten Delegation der FDJ im Jahre 1947 in der Sowjetunion stellte einen bedeutenden Meilenstein für die Herausbildung und Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen unseren Völkern, ihrer Jugend und den Jugendorganisationen dar. Seine Bedeutung liegt nicht zuletzt darin, daß sich über Jahrzehnte hinweg eine vertrauensvolle Zusammenarbeit beider Länder entwickelte. Zurecht wurde der Besuch der Delegation der FDJ im Jahre 1947 als „Friedensflug nach dem Osten“ bezeichnet.

In der Erklärung der Delegation zum Abschluß ihres Besuches in der Sowjetunion heißt es: „Nicht zuletzt ziehen wir aus unserer Reise die Schlußfolgerung, daß die Jugend der Sowjetunion ihr Land liebt. Sie liebt ihr Land mit allen seinen demokratischen Freiheiten und ungeahnten Aufstiegsmöglichkeiten. Sie achtet aber auch das Vaterland der Jugend anderer Völker. Sie kennt keinen Haß gegen die Jugend Deutschlands. Sie kennt nur Haß gegen den Faschismus, ob er nun in Deutschland

oder in anderen Ländern nistet, weil sie im Faschismus eine Gefahr für das Glück und die Zukunft der Jugend sieht. Sie versagt daher auch nicht der fortschrittlichen deutschen Jugend ihre Sympathie. Sie wünscht ihr vollen Erfolg in ihrem Kampf um ein festgefügt, einheitliches und demokratisches Deutschland.“ (Manuskript, ZA FDJ, A 323)

Die Jugend der DDR mehrerer Generationen hat diese Grundeinstellung der sowjetischen Jugend und der Bürger der UdSSR in all den Jahren des Bestehens der DDR auf vielfältige Art und Weise verspürt.

Tausende Jungen und Mädchen erwarben an Bildungseinrichtungen in der Sowjetunion ihre beruflich Aus- und Weiterbildung. Die Realisierung gemeinsamer Projekte, wie die Mitwirkung am Ausbau der Baikal-Amur-Magistrale (BAM) in der Sowjetunion oder der gemeinsame Bau der Erdgasleitung (Druschba-Trasse) in die DDR, von deren Ergebnissen die BRD heute noch profitiert, sind nur einige Beispiele gemeinsamer erfolgreicher Aufbauarbeit für eine bessere Zukunft.

Unvergessen bleiben die Treffen der Freundschaft der Jugend der DDR und der UdSSR in der Sowjetunion und der DDR sowie die zahlreichen Begegnungen mit Veteranen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sowie Soldaten und Offizieren des Großen Vaterländischen Krieges.

Reisen in die verschiedensten Republiken der Sowjetunion machten es möglich, die Herzlichkeit und Gastfreundschaft der unterschiedlichen Völker der UdSSR kennen und schätzen zu lernen. Das betraf auch die Völker der ehemaligen Unionsrepubliken der UdSSR, die sich heute im Schlepptau der NATO befinden und als Handlanger gegen Rußland benutzt werden.

Das gemeinsame Handeln für den Aufbau einer neuen, von Ausbeutung freien Gesellschaftsordnung, deren zuverlässiger Schutz und viele andere Gemeinsamkeiten trugen wesentlich dazu bei, daß die Freundschaft zwischen unseren Völkern für Millionen junge und ältere Bürger der DDR zu einer Herzenssache geworden war.

Auch die Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ (JHS) am Bogensee, deren Gründung und erfolgreiches nationales und internationales Wirken, ist ein Ergebnis freundschaftlicher Zusammenarbeit beider Länder und ihrer Jugendorganisationen.

Zahlreiche Lehrer der Schule erhielten ihre Ausbildung an der Hochschule des Komsomol in Moskau oder anderen wissenschaftlichen Bildungseinrichtungen in der UdSSR. Bereits unmittelbar nach der Gründung der Jugendhochschule im Mai 1946 waren es ebenfalls Jugend- und Kulturoffiziere der Roten Armee, die den jungen Lehrern und den Lehrgangsteilnehmern mit ihren Erfahrungen stets zur Seite standen.

Der Botschafter der UdSSR in der DDR, Wladimir Semjonowitsch Semjonow, so berichteten es die Lehrer und Studenten aus den Anfangsjahren der Jugendhochschule,

besuchte oft mit seiner Familie den Bogensee und war für alle ein aufgeschlossener Gesprächspartner. Ihm und seiner Familie ist es mit zu danken, daß das Interesse der jungen Funktionäre der FDJ nicht nur für das Studium der Werke von Marx, Engels und Lenin sowie der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiter- und Arbeiterjugendbewegung geweckt wurde, sondern auch für das deutsche Kulturerbe. W.S. Semjonow forderte die jungen Funktionäre der FDJ immer wieder dazu auf, sich das nationale Kulturerbe anzueignen, es zu pflegen und in die Arbeit des Verbandes aufzunehmen. Das gemeinsame Singen deutscher und russischer Volkslieder stand bei jeden seiner Besuche stets mit auf dem Programm.

Wie die Luft zum Atmen machten sich z. B. die jungen Funktionäre und hunderttausende Mitglieder der FDJ mehrerer Generationen mit dem Geist einer neuen sozialistischen Literatur im Kampf für den Aufbau einer neuen friedliebenden, demokratischen und sozialistischen Gesellschaft vertraut. Bücher wie die von Maxim Gorki „Die Mutter“; Michail Scholochow „Der Stille Don“; Anton Makarenko „Der Weg ins Leben“ und viele andere trugen zur Formung ihrer Persönlichkeit bei.

Besonders das Buch von Nikolai Ostrowski „Wie der Stahl gehärtet wurde“ hatte große Wirkung auf junge Menschen in der DDR, die in der Lebensgeschichte des Buchhelden, des ukrainischen Komsomolzen Pawel Kotschargin, ein Vorbild für sich selbst fanden. Regelmäßige Treffen mit Komsomolzen der Sowjetarmee, gemeinsame Beratungen und Konferenzen mit Vertretern des Lehrkörpers der Hochschule des Komsomol und der anderen Jugendschulen der sozialistischen Länder zu Fragen der Bildungs- und Erziehungsarbeit in den Verbänden fanden an der JHS in regelmäßigen Abständen statt. Nationale und internationale Höhepunkte wurden gemeinsam gestaltet, vorbereitet und gewürdigt.

All dies trug dazu bei, daß sich bei vielen ausländischen Studenten ihr Blick für die Sowjetunion und deren internationale Bedeutung geweitet hat. Für die meisten ausländischen Freunde waren die Treffen und zahlreichen Veranstaltungen erstmalige Begegnungen mit Bürgern des Landes der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Heute stehen die heranwachsenden Generationen in Deutschland vor allem in der historischen Pflicht, den Frieden zu erhalten und sich für gute, freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern, insbesondere zwischen Deutschland und Rußland einzusetzen.

Dem „Friedensflug nach dem Osten“ vor 75 Jahren sollten viele weitere Flüge Richtung Osten folgen.

Dieter Luhn

Arbeitskreis Geschichte der JHS „Wilhelm Pieck“, Berlin

Die Schande von Warschau am 9. Mai 2022

Was sich am 9. Mai in Warschau zugetragen hat, ist in der Geschichte der russisch-polnischen Beziehungen einmalig. Allein was sich im Vorfeld der Ehrungen für die 700 000 Sowjetsoldaten, die für die Befreiung Polens gefallen waren, zutrug, war ein Skandal, der seinesgleichen sucht. Man verbot jegliche Manifestationen zu Ehren der Gefallenen und warnte die russische Seite vor möglichen Angriffen der „polnischen Gesellschaft“. Eine Kranzniederlegung der russischen Botschaft hingegen „könne man nicht verbieten“, ließ man wissen. Polizeischutz wurde jedoch nicht zugesichert. Und so kam es zum Eklat.

Als der russische Botschafter einen Kranz auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof in Warschau niederlegte, behinderte eine große Menschenmenge unter ukrainischen Fahnen die Zeremonie mit lautstarken „Schande“-Rufen. Sie bedrängte den Botschafter und griff ihn tätlich an. Eine Ukrainerin übergieß ihn mit roter Farbe.

Die Polizei schützte weder den Botschafter noch drängte sie die Massen ab und nahm auch keine Verhaftungen vor. Rechtliche Schritte sind nicht zu erwarten.

Die polnische Seite hätte die Anwesenheit des blau-gelben Mobs von vorneherein verbieten oder auf Abstand halten müssen, denn der wollte nicht der gefallenen ukrainischen Rotarmisten gedenken, sondern jene auf den Schild heben, die sich auf das politisch-ideologische Erbe der ukrainischen Bandera-Faschisten berufen. Verschwiegen wird, daß Sowjetsoldaten nicht nur gegen ukrainische SS-Verbände, sondern auch gegen ihre bewaffneten Anhänger noch bis in die 50er Jahre kämpfen mußten.

Der Sieg der Roten Armee war auch ein Sieg über den ukrainischen Faschismus.

Die von polnischer Seite geduldete ukrainische Aktion war streng genommen eine Konfrontation zwischen Faschismus und Antifaschismus. Sie fand in einer Atmosphäre statt, in der das offizielle Polen die Befreiung 1945 als Beginn einer angeblichen sowjetischen Okkupation deklariert.

Die Provokation vom 9. Mai rief die mit dem Traditionsverband der NVA/Grenztruppen befreundete Vereinigung der polnischen Kämpfer des Zweiten Weltkrieges (SSPKDWS) auf den Plan.

Dieser Verband ist eine antifaschistische Organisation für Angehörige der früheren gegen die deutschen Okkupanten kämpfenden Streitkräfte, Partisanen und KZ-Häftlinge und ihrer Nachkommen; eine linksgerichtete Organisation mit bemerkenswert klaren politischen Positionen.

In einem Offenen Brief an die polnischen Regierungsvertreter und Verwaltungen drückten sie am gleichen Tag ihren Protest aus, der es an Deutlichkeit nicht fehlen ließ.

Es handle sich um eine Verletzung elementarer nationaler und internationaler Bestimmungen und Rechtsnormen. Den beteiligten Ukrainern sollte der Flüchtlingsstatus entzogen, sie ausgewiesen und gegebenenfalls wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit von der Bevölkerung isoliert werden.

Jene Ukrainer seien nicht in stolzer Trauer um ihre acht Millionen von den Nazis ermordeten Landsleute gekommen, sondern sympathisierten mit den 30 000 an der Seite der Deutschen kämpfenden Ukrainer der SS-Division Galizien und sowie mit der Tradition der Bandera-Faschisten OUN, UPA.

In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, daß die UPA-Leute bis zu einer halben Million Polen und die meisten der anderthalb Millionen Juden in den 40er Jahren systematisch umgebracht hatten. Das ist auch in Polen allgemein bekannt. Der Verband erklärte: „Hier ist Polen und nicht Bandera-Land.“

Diese „skandalöse und brutale Demonstration“ des blau-gelben Mobs vor Augen und die historischen Erfahrungen der Polen mit den ukrainischen Faschisten veranlaßten die polnischen Genossen zu einer eindeutigen Positionierung in bezug auf den Charakter des Ukraine-Krieges. Als Aggressor werden unmißverständlich die USA und die NATO benannt, Rußland „stehe im Kampf mit dieser Bedrohung“, verteidige seine Souveränität und Sicherheit, seine Bodenschätze und Wirtschaft, seine Tradition und das Recht auf seine Geschichte. Rußland ehre seine Gefallenen für die Freiheit und das Vaterland Auch das läge im Interesse Polens. Der Verband forderte von der Regierung eine Entschuldigung bei Rußland für die Vorkommnisse am 9. Mai.

Klar wird die Frage gestellt, ob um jeden Preis ein Krieg an der Seite des „Weltaggressors USA/NATO“ provoziert werden soll und wie lange derartiges Verhalten noch toleriert wird und straflos bleibt.

In einem Land, in dem Russophobie zur reaktionären Staatsraison gehört, in dem sich die Regierenden zu den „Verlierern des Zweiten Weltkrieges“ zählen, wie sie ständig erklären, und die stark zersplitterte polnische Linke opportunistische Positionen zu Rußland einnimmt, ist der Offene Brief der Vereinigung der polnischen Kämpfer des Zweiten Weltkrieges ein ermutigendes Zeichen.

Dr. Holger Michael

Wir waren dabei

Auf Einladung des „Unsterblichen Regiments“ konnten Mitglieder des Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR den Tag des Sieges am 9. Mai in Moskau erleben. Doch alles mußte unter Zeitdruck organisiert werden. Auch die Anreise. Aufgrund der gegen Rußland verhängten Sanktionen gab es keine Direktflüge. Wir flogen von Berlin via Istanbul nach Moskau. Der Zwischenstopp in Istanbul dauerte mehrere Stunden, weil kürzere Anschlussflüge schon ausgebucht waren. Unter normalen Bedingungen hätte es bei direktem Überflug der Ukraine nur etwa zwei Stunden gedauert. Doch es war klar, daß keine zivile Airline ein Kriegsgebiet überquert. Also mußte ein Umweg von fast vier Stunden über Bulgarien, Ungarn, die Slowakei und Polen in Kauf genommen werden.

In Moskau angekommen, stand als erstes ein Treffen mit Vertretern der KPRF auf dem Programm. Für uns war die Haltung der russischen Kommunisten zum Krieg in der Ukraine von Interesse. Unsere Position zur Situation in der Ukraine wurde

sehr aufmerksam zu Kenntnis genommen. Wir hatten die Möglichkeit, an der „Versammlung der Völker Eurasiens“, einer international agierenden zivilgesellschaftlichen Organisation, die uns zu einer Videokonferenz erwartete, teilzunehmen. Nicht-russische Vertreter dieser Organisation waren von ihren Wirkungsorten zugeschaltet. Auch hier stand der Krieg in der Ukraine im Mittelpunkt des Gedankenaustausches. Erneut bezogen wir Position. Sie wurde als Beitrag gegen die antirussische Hysterie in Westeuropa hoch gewürdigt.

Der 9. Mai begann mit einem kleinen Wehrmutstropfen. Trotz größter Bemühungen konnten unsere Gastgeber nur drei Tribünenkarten für die Parade auf dem Roten Platz bereitstellen, die personengebunden und nicht übertragbar waren.

So sahen sich einige von uns die Parade am Großbildschirm an, was aber auch den Vorteil eines größeren Überblicks hatte. Zudem konnten wir auf diese Weise sogar „Augenzeugen“ der Kranzniederlegung des Präsidenten Putin am Grabmal des unbekannteren Soldaten und den Stelen der Heldenstädte sein, dessen

emotionale Ergriffenheit nicht zu übersehen war.

Nach der Parade reihten wir uns in den Marsch des „Unsterblichen Regiments“ ein, der in uns einen überwältigenden Eindruck hinterließ. In einer schier unübersehbaren Menge demonstrierten Frauen und Männer, Familien, Großeltern mit ihren Enkeln und Gruppen von jungen Menschen Seite an Seite. Es wurde gesungen und getanzt – so wie ein Feiertag nach russischer Art begangen wird: mit Stolz und Freude. Was wir sahen war ein eindeutiges Bekenntnis zur Sowjetunion als der Macht, die den Faschismus besiegt hatte, und auch ein patriotisches Bekenntnis zu Rußland.

Natürlich wurden wir auf dem Marsch als Deutsche erkannt und in Gespräche verwickelt. Daß wir gerade an dieser Demonstration teilnahmen, wurde mit Dankbarkeit und Anerkennung registriert, war es doch auch Ausdruck dafür, daß es Menschen hierzulande gibt, die der „offiziellen“ Meinung der bundesdeutschen Regierung entschieden entgegenstehen.

Oberstleutnant a. D. Siegfried Eichner

Berlin

Vor siebzig Jahren

2. Parteikonferenz der SED beschließt planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR

Mehr als 4000 Delegierte und Gäste kamen zur 2. Parteikonferenz der SED, die vom 9. bis 12. Juli 1952 in der Berliner Werner-Seelenbinder-Halle tagte. In seiner Eröffnungsrede brachte der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, das Ziel des Kongresses auf den Punkt: „Kann es eine gerechtere Sache geben als die, daß die Arbeiter unserer volkseigenen Betriebe und Werke ihrer Hände Arbeit gegen die Profitgier der kriegslüsternen Monopollen verteidigen? Kann es eine gerechtere Sache geben als die, daß unsere Bauern den Boden, den sie mit ihrem Schweiß gedüngt haben, gegen die Raffgier der militaristischen Junker verteidigen? Kann es eine gerechtere Sache geben als die, daß unsere Jugend ihre Schulen und Hochschulen, ihre Universitäten und Institute gegen diejenigen verteidigt, die ihr das Recht auf Bildung wieder rauben wollen? Die Verteidigung dieser Errungenschaften unserer Republik ist die denkbar gerechteste Sache der Welt“.

Das zentrale Referat hielt der Generalsekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht. Er sprach über nichts weniger als das Zukunftsprogramm des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates auf deutschem Boden: „In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus der werktätigen Bauernschaft und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.“

Das Jahr 1952

In Westdeutschland führte vor allem die Freie Deutsche Jugend (FDJ) den Kampf um die Durchführung der Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für Abschluß eines Friedensvertrags.

Die Reaktion setzte alles daran, der Initiative für einen Friedensvertrag die Spitze zu nehmen. Bereits am 16. November 1951 hatte die Bundesregierung beschlossen, beim frisch gegründeten Bundesverfassungsgericht den Verbotsantrag gegen die KPD einzureichen. Die FDJ war schon seit April 1951 illegal. Das beeindruckte die Blauhemden nicht sonderlich, es spornte sie eher an: Mit über 71 700 Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen konnten bis zum Frühjahr 1952 6 267 302 westdeutsche und Westberliner Bürger zur Stimmabgabe bewegt werden. Eine überwältigende Mehrheit sprach sich für den Abschluß eines Friedensvertrags aus. Auf internationaler Ebene versuchten Sowjetunion und DDR trotz der 1949 vollzogenen Gründung beider deutscher Staaten, durch zahlreiche diplomatische Vorstöße die Westalliierten und die Bonner Regierung zum Abschluß eines

Friedensvertrags, gesamtdeutschen Wahlen mit dem Ziel eines vereinten, demokratischen und neutralen Deutschlands zu bringen. Am 9. Januar 1952 schlug die DDR-Volkskammer der BRD-Regierung die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen vor. Die Reaktion der kalten Krieger im Westen blieb immer gleich: Gesprächsangebote und diplomatische Noten wurden komplett ignoriert oder brüsk zurückgewiesen. DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl schrieb am 30. November



Berlin, 9. Juli 1952: Walter Ulbricht spricht

1950 direkt an den westdeutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer, um ihn für einen paritätisch besetzten gesamtdeutschen Rat zur Vorbereitung freier gesamtdeutscher Wahlen zu interessieren. Bonn ließ drei Wochen vergehen, bevor das Bundeskabinett sich überhaupt mit dem Brief Grotewohls beschäftigte. Kurz, knapp und desinteressiert heißt es im Kabinettsprotokoll des 21. Dezember 1950: „Keine schriftliche Antwort, sondern Überbringen einer mündlichen Botschaft oder abwarten, bis sich die Erregung in der Öffentlichkeit gelegt hat“. Die Sowjetunion ließ sich dadurch nicht beirren. Seit Ende 1951 arbeitete der Kreml an der Abfassung einer speziellen „Deutschland-Note“ (im Westen später „Stalin-Note“ genannt), die noch einmal alles auf die Waagschale legen sollte, was zur „Entwicklung Deutschlands als eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Staates in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen“ vorgebracht werden konnte. Am 10. März 1952 wurde sie durch Andrei Gromyko den Botschaftern der Westmächte ausgehändigt. Der Text war von größtmöglicher Kompromißbereitschaft geprägt. Ein Entwurf des avisierten Friedensvertrages war der Note beigefügt. „Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. (...) Dem deutschen Volk müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein (...), Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten“. Im militärpolitischen Teil gestand

man einem neutralen „neuen Deutschland“ zu, eine Verteidigungsstreitmacht zu unterhalten.

Die Reaktion des Westens? Prompt hieß es, der Vorschlag sei ein bloßes „Störmanöver“, oder wie Adenauer es am 16. März 1952 ausdrückte: „Nichts als Papier und sonst gar nichts!“. Schon längst hatten die Revanchisten das Feindbild aus dem gerade beendeten Krieg wieder hervorgekramt: Nur sechs Tage später, am 22. März 1952, bezeichnete Adenauer in der „Stuttgarter Zeitung“ die Sowjetunion als „unser(en) Todfeind“. Ja, der Westen wollte sich nicht mehr stören lassen, die Würfel waren gefallen. Koste es, was es wolle: In Essen beschoß die Polizei am 11. Mai 1952 die „Jugendkarawane gegen Wiederaufrüstung“. Zwei Kugeln trafen den 21jährigen Münchener Jungarbeiter Philipp Müller in den Rücken, zwei weitere Demonstranten wurden durch Schüsse schwer verletzt. Am 26. Mai 1952 unterzeichneten die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs, der USA und der deutsche Kanzler in Bonn den „Generalvertrag“, der das Besatzungsstatut für die BRD beendete und zugleich das Schicksal der BRD für die kommenden Jahre an das der USA band. Einen Tag später besiegelten die Unterschriften unter den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) die Aufstellung einer gemeinsamen Armee Frankreichs, der Benelux-Länder, Italiens und der BRD. Im fernem Korea ging währenddessen der Krieg in sein zweites Jahr.

Zukünftiges

In dieser Situation berief die SED die 2. Parteikonferenz ein. Die dramatischen Belege für eine zügige Westintegration der BRD, welche die ersten Schritte zur Entwicklung eines aufstrebenden monopolkapitalistischen Staates schon gegangen war und die stetig wachsende Aggressivität des westdeutschen Revanchismus erforderten eine klare Antwort. Zugleich hatte sich 1952 die Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR konsolidiert, der ehrgeizige erste Fünfjahrplan stabilisierte die wirtschaftliche Entwicklung und der Handel mit den Ländern des 1949 gegründeten Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) nahm Fahrt auf. Wilhelm Pieck widmete sich in seinem Redebeitrag der zugespitzten internationalen Lage und der sich vertiefenden Westbindung der BRD. Der Aufbau des Sozialismus in der DDR, die Entwicklung einer realen Alternative zum maroden kapitalistischen System und die Verteidigung der bereits erzielten sozialen und politischen Errungenschaften waren für Pieck das Gebot der Stunde. Ausführlich analysierte er die Widersprüche, die sich aus der vom Westen forcierten Zweiteilung Deutschlands ergaben: An der Forderung

nach einem Friedensvertrag ist festzuhalten, die fortschrittlichen Kräfte in der BRD und insbesondere die KPD sind zu unterstützen, die Gegner der Einheit, des Friedens und des Fortschritts zu isolieren, den imperialistischen Kriegstreibern ist die Stirn zu bieten. Das „Neue Deutschland“ veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 15. Juli 1952 den Beschluß der Konferenz „Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus“. Ausgehend von der Tatsache, daß die Welt sich in zwei Lager gespalten hat und sich das westdeutsche Monopolkapital dem US-Imperialismus als treuer Vasall andient, bleibe die zentrale Aufgabe der Kampf um einen Friedensvertrag und die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Letztere könne nur über den Weg des Sturzes der Bonner Regierung erreicht werden.

Ein breites Bündnis der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter mit der Bauernschaft in Ost und West lege hierfür den Grundstein. Auch innerhalb der DDR war mit einer Verschärfung des Klassenkampfes zu rechnen, gerade unter den Bedingungen des forcierten Aufbaus des Sozialismus. Die Kräfte der Restauration würden nichts unversucht lassen, der jungen DDR die Luft zum Atmen zu nehmen. Wachsamkeit war gefordert, ebenso die Stärkung der sozialistischen Staatsmacht. Wie Otto Grotewohl in seinem Redebeitrag klarlegte, komme der Straffung, Vereinfachung und Effektivierung der Verwaltung sowie dem Abbau bürokratischer Hemmnisse besondere Priorität zu. Die Konferenz beschloß, die bisherigen Länderstrukturen aufzulösen und die Verwaltung entsprechend der Leitidee des demokratischen Zentralismus zu einer Struktur von 14 Bezirken, die sich aus 217 Kreisen als unterste Verwaltungsebene zusammensetzten, umzugestalten. Eine auf das Ziel des Sozialismus orientierte Rechtsordnung erfordere des weiteren die Reform der Arbeits-, Zivil- und Strafgesetze. Wegweisend waren die Zielsetzungen der Parteikonferenz

zum Umbau der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft. Sozialismus brauche die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Was für die industrielle Warenproduktion die 1948 initiierten Volkseigenen Betriebe (VEB) waren, sollten in der Agrarwirtschaft die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) sein. Die Neugestaltung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse auf dem Land, die 1945 durch die Bodenreform („Junkerland gehört in Bauerhand“) in der sowjetischen Zone eingeleitet worden war, mündete in die Verstaatlichung von 12 000 Betrieben (ab einer Größe von 100 Hektar). Der erste Schritt war getan, die Vergesellschaftung der agrarischen Produktionsmittel stand noch aus. 1950 zählte man über 880 000 landwirtschaftliche Betriebe, die sich zu 95 Prozent in Privathand befanden. Zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Verbesserung der Nahrungsvorsorgung beschloß die Parteikonferenz neben der Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eine intensive Kampagne, die die Vorteile eines freiwilligen Beitritts der Einzelbauern in die Kollektive bewerben sollte. Die Teilhabe an einer LPG konnte auf drei Arten geschehen: Durch das Einbringen von Boden, zusätzlich durch gemeinsame Nutzung der Mechanisierung (Maschinen-Traktoren-Stationen und Maschinen-Ausleih-Stationen) und drittens durch Gemeinschaftsbetrieb für Nutzvieh, Wiesen und Wald. Parallel legte die Regierung Programme zur Verbesserung des Gesundheits-, Kultur- und Schulwesens für die ländlichen Gebiete auf. 1960 war das Ziel der Kollektivierung erreicht, ca. 20 000 LPGen und 700 Staatsbetriebe erzeugten über 90 Prozent der für Verbrauch und Handel bestimmten landwirtschaftlichen Güter.

Wilhelm Pieck wies in seiner Rede auf die Bedeutung der Stärkung der bewaffneten Organe der Werktätigen zum Schutz des Sozialismus und der Grenzen der DDR hin. Dem radikalen Umbau der Gesellschaft im Osten Deutschlands würde der Westen nicht

tatenlos zusehen. Die Adenauer-Regierung hatte mit dem „Pleven-Plan“ (benannt nach dem französischen Ministerpräsidenten) vom 24. Oktober 1950 auf die zukünftige Integration deutscher Truppen in einer Europaarmee hin orientiert. Der Wehrmachtspanzergeneral Graf Schwerin erhielt im Mai 1950 den Auftrag, die Pläne zur Wiederbewaffnung der BRD zu konkretisieren, während Adenauer offen über seine Strategie „Erlangung der Souveränität als Folge der Wiederbewaffnung“ nachdachte. Kurze Zeit später wurde am 16. März 1951 der Bundesgrenzschutz geschaffen, der bewaffnete Vorläufer der späteren Bundeswehr. Es war offenkundig, daß die innerdeutsche Grenze bereits zur Demarkationslinie zwischen Ost und West geworden war. Um so dringlicher sei „die Heimat und das Werk des sozialistischen Aufbaus durch die Organisierung bewaffneter Streitkräfte zu schützen“. In der Folge kam es zur Aufstellung von Einheiten der Kasernierten Volkspolizei (KVP), die dem Ministerium des Inneren, dem Willi Stoph vorstand, unterstellt wurden. Von der Gründung einer regulären Armee sah man ab, da die Hoffnung auf den Abschluss eines Friedensvertrags und die Herstellung der Einheit über den Weg gesamtdeutscher Wahlen fortbestand. Erst nachdem die Bundeswehr am 5. Mai 1955 aufgestellt wurde, zog die DDR nach und baute ab dem 18. Januar 1956 aus den Kräften der KVP die Nationale Volksarmee (NVA) auf. Der defensive Charakter der NVA wurde in ihrem Gründungsdokument festgeschrieben, ihre „zahlenmäßige Stärke (war) begrenzt entsprechend den Aufgaben zum Schutz des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik“. Die NVA hielt ihr Versprechen und erwarb sich in den 34 Jahren ihrer Existenz die Ehre, die einzige deutsche Friedensarmee gewesen zu sein – nie setzte einer ihrer Soldaten einen Fuß auf feindliches Territorium. Als Streitkraft wurde sie 1990 abgewickelt, die Idee aber für deren Schutz sie eintrat, hat überlebt.

Dr. Ralf Hohmann

Gastdelegierter auf der 2. Parteikonferenz der SED

In der Zeit, in der in Berlin die 2. Parteikonferenz stattfand, war ich in Klein-Machnow zum Studium auf der Parteihochschule. Wenige Tage vor dem Beginn der Konferenz hieß es, daß aus jedem Seminar ein Vertreter als Gastdelegierter teilnehmen könnte. In meinem Seminar fiel die Wahl auf mich. Als wir mit dem Bus nach Berlin fuhren, ahnte noch keiner, daß wir auf dem Weg zu einem Ereignis waren, auf dem die Weichen für die weitere Entwicklung der DDR gestellt werden sollten. 1565 Delegierte, 494 Gastdelegierte sowie 2509 Gäste aus dem In- und Ausland hatten sich in der Werner-Seelenbinder-Halle versammelt. Es herrschte gespannte Aufmerksamkeit, als Walter Ulbricht „gegenwärtige Lage und die Aufgaben der SED“ erörterte. Aber plötzlich

lösten seine Worte einen Sturm der Begeisterung aus, als er darüber sprach, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden ist.

Ein ungeheurer Jubel erfüllte die weiten Räume der Halle. Für die alten Genossen war es die Erfüllung ihres jahrzehntelangen Ringens um eine ausbeutungsfreie Gesellschaft und für uns Junge die Verheißung eines Lebens in einer sozialistischen Gesellschaft, in der es keine imperialistischen Kriege, keine kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung geben wird.

Wie kein anderer hat der alte Otto Buchwitz aus Dresden, schon zur Jahrhundertwende in den Reihen der Partei Bebel's und Liebknecht's, in unser aller Namen gesprochen, als er in seinem Beitrag uns zurief: „Wir

haben es immer gewollt! Wir haben es immer ersehnt! Wir haben es in unserem Herzen getragen wie einen heiligen Schatz! Wir haben gekämpft! Wir haben Opfer gebracht, wie sie ein einzelner für diese große, schönste und herrlichste Idee nur bringen kann.“

Wie auch immer die Entwicklung seit dem 9. Juli verlaufen ist, die bewegenden Stunden auf der 2. Parteikonferenz zählen zu den bedeutendsten Ereignissen in unserem Ringen um eine sozialistische Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft.

Prof. Dr. Erich Kundel
Eggersdorf

*Entnommen den „Roten Kalenderblättern“
der DKP Brandenburg, Juli 2000*

170 Jahre Jugendweihe

Die lange Geschichte der Jugendweihe reicht bis in die Zeit der Aufklärung, die auch vor den Toren der katholischen und insbesondere der evangelischen Kirche nicht haltmachte, zurück.

Seit dem sogenannten März-Edikt von 1847 konnte man in Preußen aus der Kirche austreten. In ihrem Umfeld wurde am 20. Mai 1852 die erste Jugendweihe in Deutschland aus der „Taufe gehoben“. Ihr Gründungsvater war Eduard Baltzer aus Nordhausen. Er prägte nicht nur den Namen Jugendweihe, sondern führte sie selbst durch. Baltzer, Pfarrer, Demokrat, Abgeordneter der ersten deutschen Nationalversammlung, die 1848 in der Frankfurter Paulskirche tagte, trat für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Menschlichkeit ein, wollte eine Entfaltung des Menschen frei von kirchlichen Dogmen. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts verband sich die Entwicklung der Jugendweihe zunehmend mit der deutschen Arbeiterbewegung. Die freireligiösen Gemeinden und der 1881 gegründete „Deutsche Freidenkerverband“ erhielten mit der industriellen Entwicklung viel Zustrom aus aufgeklärten Arbeiterkreisen. Die ersten proletarischen Jugendweihen fanden 1889 in Berlin und 1890 in Hamburg statt.

Sie wurden zu einem festen Bestandteil weltlicher Festkultur. Es ging den verschiedenen Veranstaltern darum, die schulentlassenen Mädchen und Jungen feierlich in den Kreis der Erwachsenen aufzunehmen und sie durch den Jugendunterricht oder durch Kurse auf das spätere Leben vorzubereiten, humanistische Werte zu vermitteln und sie in die jeweiligen politischen, sozialen und kulturellen Lebenswelten zu integrieren. Mit dem Machtantritt des deutschen Faschismus wurde dieser Tradition rigoros ein Ende gesetzt. Bereits am 28. Februar 1933 wurde durch die Verordnung des Reichspräsidenten „Zum Schutz von Volk und Staat“ auch die Jugendweihe verboten. Danach konnten sie nur noch vereinzelt illegal stattfinden.

Nach Gründung der DDR wurde auch die Tradition der Jugendweihe wieder aufgenommen. Am 6. Juli 1954 beschloß das Politbüro der SED, daß bis zum 9. November 1954 ein zentraler Ausschuß für Jugendweihe zu bilden sei. Dementsprechend wandten sich am 14. November 1954 namhafte Persönlichkeiten mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, indem sie die Nützlichkeit der Jugendweihe begründeten und für die Teilnahme an ihr warben. Aus dem Staatshaushalt wurden notwendige finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Im Frühjahr 1955 fanden die ersten Jugendweihen statt. Obwohl die Jugendweihe von Beginn an für alle Jugendlichen unabhängig von ihrer Weltanschauung und religiöser Bindung offen war, führte ihre Durchsetzung vielerorts zu Auseinandersetzungen, die mitunter kulminierten, wenn die Teilnahme daran als Ja-Stimme und die Nichtteilnahme als

Nein-Stimme zur sozialistischen Ordnung gewertet wurde. Aber auch von kirchlicher Seite wurde Druck ausgeübt. Die evangelische Kirche konstruierte eine Unvereinbarkeit zwischen Jugendweihe und Konfirmation. Die katholische Kirche hielt bis 1989 an der Unvereinbarkeit von Kommunion und Jugendweihe fest. So war die Resonanz in den ersten Jahren nur zögerlich. Von den geplanten 100



Gründungsvater Eduard Baltzer (1814–1887). Er prägte 1852 den Begriff „Jugendweihe“

000 Teilnehmern nahmen 1955 nur 52 322, das entsprach 17,7 Prozent der 14-jährigen, an der Jugendweihe teil. Doch schon 1960 waren es bereits 87,8 Prozent und 1988 entschieden sich 97,3 Prozent aller Mädchen und Jungen der 8. Klasse für die Jugendweihe. Mehr als 300 000 ehrenamtliche Helfer aus allen Schichten der Bevölkerung unterstützten seit Ende der 50er Jahre die Ausschüsse für Jugendweihe und wirkten mit an der Vorbereitung und Durchführung von Jugendweihefeiern und Jugendstunden, die vielen in Erinnerung geblieben sind. Von 1955 bis 1990 erlebten mehr als sieben Millionen Mädchen und Jungen die Jugendweihe. An diesen Feiern nahmen in diesem Zeitraum etwa 60 Millionen Gäste teil. Im Herbst 1989 – 172 000 Mädchen und Jungen hatten sich bereits für die Jugendweihe im Frühjahr 1990 angemeldet – befand sich die DDR in einer tiefen Krise. Leidenschaftlich und kontrovers wurde in den Jugendweihenausschüssen auf allen Ebenen um inhaltliche und organisatorische Veränderungen gestritten. Der Grundtenor war, daß die Jugendweihe nicht mehr durch die Politik einer einzigen Partei bestimmt werden sollte. So wurde das Gelöbnis abgeschafft, das Jugendstundenprogramm verändert, das Geschenkbuch völlig

neu erarbeitet. Doch die Anziehungskraft der Jugendweihe blieb ungebrochen, weil ein vertrautes Ritual angeboten wurde, was viele Menschen in der DDR selbst erlebt hatten.

Am 9. Juni 1990 gründete sich die Interessenvereinigung Jugendweihe auf Bundesebene mit der Intention, daß für die Jugendweihe das Prinzip der Freiwilligkeit der Teilnahme und ihre Unabhängigkeit von Weltanschauung, Religion, Nationalität, Staatsangehörigkeit, ethnischer Gemeinschaft und politischer Organisiertheit gilt. Dem Bundesverband schlossen sich die Interessenvereinigung Jugendweihe Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt an.

Am 2. Januar 1992 wurde die Jugendweihe unter treuhänderischer Verwaltung durch die „Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen“ beim Bundesministerium des Inneren gestellt. Die Begründung lautete: „Die letzte Haushaltzuweisung unter Modrow für die Ausrichtung der Jugendfeiern im Frühjahr 1990 an den damaligen Zentralen Ausschuß für Jugendweihe der DDR sei zu prüfen, ob Altvermögen durch uns als Rechtsnachfolger übernommen wurde und noch vorhanden ist.“ Diese Verfügung hatte außerdem zur Folge, daß künftig alle Maßnahmen der Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung der Treuhandanstalt bedurften. Wir waren entschieden dagegen, daß zum Beispiel Elterngelder und Mitgliedsbeiträge von der Treuhand regelrecht beschlagnahmt wurden und die Landesverbände Jugendweihe nicht frei darüber verfügen konnten. Neben

dem offiziellen Widerspruch, den die Interessenvereinigung Jugendweihe eingelegt hatte, liefen auch gerichtliche Verfahren gegen das Vorgehen der Treuhand. Wir hatten gläserne Taschen, wir hatten die finanziellen Mittel entsprechend der Satzung eingesetzt und forderten deshalb die Treuhand auf, alle unsere finanziellen Mittel freizugeben und uns aus der treuhänderischen Verwaltung zu entlassen. Am 14. Mai 1993 wurde dieser Forderung Rechnung getragen. Das Ende der Treuhandherrschaft kann man als einen „Sieg der Vernunft“ bezeichnen, der jenen Kräften das Wasser abgegraben hat, die uns nicht nur einmal bezichtigten, „finanzielle Altlasten“ zu haben. Jetzt war es endlich möglich, die Zeit, die wir für die Treuhandanstalt aufbringen mußten, wieder voll und ganz für unsere „Offene Jugendarbeit“ und die Feiern einzusetzen.

Rolf Dreier
Berlin

Joachim Chowanski und Rolf Dreier, Die Jugendweihe. Eine Kulturgeschichte seit 1852. Mit einem Vorwort von Sigmund Jähn, edition ost, 2000 Berlin, 280 Seiten, ISBN 3932180569

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Juli

■ Regionalgruppe Halle

Am 5. Juli um 15 Uhr spricht Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Vorsitzender des Marxistischen Forums Sachsens, zum Thema: **Wie hat sich die Partei Die Linke auf ihrem Parteitag personell und inhaltlich aufgestellt?**

Ort: Begegnungszentrum der Volkssolidarität, Böllberger Weg 150, 06128 Halle

■ Regionalgruppe Dresden

Am 16. Juli um 10 Uhr Diskussion: **Die tieferen Ursachen der Weltkriege – aktuelle Bezüge heute**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Str. 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 27. Juli um 18 Uhr – Gesprächsrunde zur **Auswertung des Parteitages der Linkspartei**

Ort: Liebknechthaus, Braustraße 15, 04107 Leipzig

■ Regionalgruppe Rostock

Am 30. Juli um 10 Uhr spricht Prof. Dr. Edeltraut Felfe, Mitglied des Ältestenrates der Partei Die Linke, zum Thema: **Die Wirklichkeit drängt zu Strategien gegen den Kern des Kapitalismus.**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

„RotFuchs“-Veranstaltungen im August

■ Regionalgruppe Dresden

Am 20. August um 10 Uhr Diskussion zu **100 Jahre Vertrag von Rapallo – Lehren für die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland**

Ort: Gaststätte „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Harz

Am 26. August um 15 Uhr spricht Generalmajor a. D. Sebald Daum zum Thema: **Wie kam es zum Krieg in der Ukraine?**

Ort: Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Bernau

Am 27. August um 15 Uhr stellt Dr. Stefan Bollinger anlässlich des diesjährigen Weltfriedenstages sein neuestes Buch vor: **1939. Wie der Krieg gemacht wurde. und Deutschland die Welt in den Abgrund stürzte**

Ort: „Stadtmauertreff“, An der Stadtmauer 12, 16321 Bernau bei Berlin (ehemalig AWO-Treff)

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am 27. August um 10 Uhr spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Wird der**

Ukraine Konflikt zu einem europäischen Krieg?

Ort: Bürgertreff, Fontaneplatz 2, 15711 Königs Wusterhausen

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 31. August um 18 Uhr – Diskussion mit Parteien und Organisationen – Gesprächsrunde zum Thema: **Eskalation zum Weltkrieg stoppen. Wie kann der Krieg in der Ukraine beendet werden?**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Str. 77, 04105 Leipzig

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats August!

Zum 98. Geburtstag

Günter Scholz (Berlin) am 10. August
Dr. Willi Paubel (Hoppegarten, OT Hönow) am 30. August

Zum 97. Geburtstag

Walter Scheinpflug (Bitterfeld/Wolfen) am 6. August

Zum 95. Geburtstag

Helmut Fleischhauer (Buchholz i.d. Nordheide) am 18. August

Zum 94. Geburtstag

Harry Machals (Rostock) am 26. August

Zum 93. Geburtstag

Sonja Moldt (Berlin) am 5. August
Brigitte Wackernagel (Berlin) am 21. August

Zum 91. Geburtstag

Heinz Eiling (Neubrandenburg) am 17. August
Manfred Gimbott (Eichwalde) am 17. August

Zum 90. Geburtstag

Reiner Wackernagel (Berlin) am 8. August
Georg Haus (Neubrandenburg) am 20. August
Ernst Thiel (Berlin) am 30. August

Zum 85. Geburtstag

Rolf Lampe (Dresden) am 17. August
Klaus-Peter Breinig (Halle) am 27. August

Zum 80. Geburtstag

Roland Jabs (Falkensee) am 9. August
Hans-Dieter Krüger (Dessau-Roßlau) am 13. August
Rainer Seyfarth (Boizenburg/Elbe) am 15. August
Jürgen Redzimski (Schorssow) am 20. August

Zum 75. Geburtstag

Roland Winkler (Aue) am 10. August
Raimon Brete (Chemnitz) am 13. August
Reiner Schiller (Jena) am 22. August
Heinrich Jung (Zella-Mehlis) am 31. August

Zum 65. Geburtstag

Bernd Graf (Pasewalk) am 16. August
Norbert Kornau (Hannover) am 23. August

Zum 60. Geburtstag

Dr. Frank Beckmann (Berlin) am 5. August
Michael Enge (Berlin) am 5. August
Matthias Schmidt (Waren/Müritzt) am 6. August

UNSERE GRATULATION GILT WIE IMMER AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.



„Das Geschäft mit dem Tod hat Konjunktur“. Wie alt und wie hinreichend gesichert ist diese Wahrheit und Erkenntnis? Wieviele Bücher, wieviele Zeitzeugen, wieviele Urteile über die Geschäfte der Kriege wurden geschrieben? Was konnten Generationen darüber lernen, verstehen und begreifen? Nun stehen wir wieder da, schauen uns an, sehen oder hören, wie Generationen scheinbar nur Moral und Menschenrechte beklagen, darum kämpfen und sterben wollen, sich auf Schlachtfelder treiben lassen. Das Gute gegen das Böse, so wird es uns weisgemacht. Welche Kriege wurden je für Menschenrecht, Moral oder Vaterland geführt? Pazifisten haben immer ihre moralische Kritik an die Waffen gerichtet, nie zur Kritik der Verhältnisse gefunden, die Rüstung und Krieg hervorbringen. Spätestens seit Jugoslawien erleben wir, wie schnell sich maskierte Pazifisten zu Kriegstreibern verwandeln, ihren Scheinpazifismus ablegen und erzählen, mit Krieg Frieden schaffen zu wollen. Menschenrechte gelten universell, uneingeschränkt an jedem Fleckchen Erde dieser Welt, so hat es im Bundestag Außenministerin Baerbock ausgesprochen. Ob sie tatsächlich alle Fleckchen der Erde gemeint hat, wo Menschenrechte auch für die BRD nie eine Rolle gespielt haben, verrät sie leider nicht. Jedenfalls hat sich Deutschland in unverkennbarer Tradition erst einmal zu vielen Milliarden für die Rüstung „durchgerungen“, zu noch mehr Waffen und Rüstung für die Ukraine und für unsere „Verteidigungsfähigkeit“. Es gehe um Deutschlands „Sicherheitskonstruktion“ – ein Wort, welches jetzt oft zu hören ist und offensichtlich die „Gefahr aus dem Osten“ beschwören soll. Sicherheitsarchitektur nennen es der Kanzler und andere. An die Architekten deutscher Sicherheit der Vergangenheit sollten wir mal lieber nicht denken, oder doch?

Wenn Russen u.a. für sich ähnliche Sicherheit erwarten und fordern, dann müssen wir das nicht unbedingt verstehen. Krieg, Waffen und Rüstungsoffensive haben zwar noch nie den Frieden sicherer gemacht, geschweige geschaffen, aber ein Versuch ist es vielleicht wert, nach den Fehlversuchen, wofür schließlich nicht alle zu zahlen und zu bluten hatten. Wer von Kapitalismus nicht reden will, wird nie verstehen, woraus Kriege geboren werden. Damit Völker das nicht verstehen, wird ihnen Moral und Menschenrecht in aller Schrecklichkeit der Kriege gezeigt, wenn die Kriegsstimmung gebraucht wird. Emotionen, Gefühle gehören zum Menschen. Warum vergessen so viele, lassen

sich vergessen machen, daß Wissen, Erfahrung, erlebtes Leben auch zum Menschen gehört? Wie kann der Zeitgeist des Krieges Menschen erfassen, schweigen, Völker- und Russenhaß mitleben lassen, Krieg gut und richtig finden? Millionen haben Wahrheiten gelehrt bekommen. Andere haben sich die Wahrheiten gesucht. Wie kann das alles ausgelöscht sein?

„Kapitalisten wollen keinen Krieg. Sie müssen ihn wollen.“ (B.B. 1954)

Kapital – Krise – Krieg als unheilvolle Folge des Kapitalismus liegt vor unseren Augen und wir sehen nur die rührenden Schrecklichkeiten. Auch die nur, wo es politisch gewollt ist. Wer das verbergen will, schreit „Putins Krieg“, redet von Angriffskrieg, von Völkerrecht, Menschenrecht und Moral, nie von den objektiven Ursachen, nie von Zielen derer, die für sich die Welt neu ordnen, erobern, unterwerfen wollen, ohne nach legitimen Interessen anderer Völker zu fragen.

Roland Winkler, Aue

Die Hysterie des Westens reißt nicht ab. Für mich entscheidend ist jedoch die Frage, wäre dieser Krieg vermeidbar gewesen?

Ja, das wäre er:

Wenn Gorbatschow dem Versprechen des Westens, eine Osterweiterung der NATO werde es nicht geben, wenn er dem Anschluß der DDR an die BRD zustimmen würde, nicht auf den Leim gegangen wäre.

Wenn der Westen, insbesondere die BRD und Frankreich, Druck auf die Ukraine zur Realisierung des Minsk-2-Abkommens ausgeübt hätte und damit das Morden der Ukraine im Donbass beendet worden wäre.

Wenn die USA und die NATO die neue russische Militärdoktrin 2014 zur Kenntnis genommen und ihr Handeln danach ausgerichtet hätten, insbesondere zum Obhutbekenntnis der Russischen Föderation zu den russischen Bürgern, die außerhalb der Russischen Föderation leben. Wenn es US-Präsident Obama – in Verkennung der Tatsache, daß Rußland eine gewaltige Kernwaffenmacht war – es unterlassen hätte, Rußland zur Regionalmacht degradieren zu wollen.

Wenn die USA und die NATO die Vorschläge Putins zur Sicherheit Rußlands nicht ignoriert hätten.

Wenn das Ziel der Ukraine, Mitglied der NATO zu werden, aufgegeben und den faschistischen Umtrieben der Bandera-Anhänger im Land Einhalt geboten worden wäre.

An der Eskalierung der eingetretenen Situation haben die USA und die EU erheblichen Anteil. Die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine durch den Westen verlängert den Krieg, der den Menschen auf beiden Seiten viel Leid bringt. Die einzige Lösung besteht darin, auf diplomatischem Wege Verhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine aufzunehmen.

Als Linke sollten wir nicht dem Mainstream hinterherlaufen. Der Großteil der Mitglieder der Partei Die Linke will das nicht. Ich gehöre dazu.

Heinz Bilan, Leipzig

„Der ganze Krieg ist für das westliche Bündnis wie eine sicherheitspolitische Frischekur“, war kürzlich in der Schweriner Volkszeitung zu lesen, was ganz auf der Linie des Ausspruchs Hindenburgs liegt, der in bezug auf den

1. Weltkrieg triumphal behauptete, der Krieg bekomme ihm „wie eine Badekur“. Selbstredend vermeiden es die Kriegsgewinnler von heute, am Töten aktiv teilzunehmen, sie schicken das verführte Volk mit modernsten Waffen in den Kampf und damit oft genug in den sicheren Tod. Das gegenwärtige Agieren der deutschen Regierungsparteien deutet darauf hin, daß in manchen Köpfen offenbar immer noch Vergeltungsabsichten mit dem Ziel herumgeistern, die bedingungslose Kapitulation im 2. Weltkrieg zu „rächen“. Und für mich unfassbar ist, daß es in meinem Umfeld Menschen gibt, welche die kriegerische Auseinandersetzung in der Ukraine für einen Befreiungskrieg der Ukrainer halten. Selbstverständlich wollen sie keinen Krieg, schon gar nicht hier in Deutschland, aber dieses Mal „soll der Russe verlieren“. Eine Begründung für diese Haltung folgt in der Regel nicht. Der Russenhaß, der durch die Medien jahrelang geschürt wurde, und die Zerrissenheit der Linkskräfte haben die sich ausbreitende Gleichgültigkeit stark gefördert. Es gibt im ganzen Land praktisch kein spürbares Aufbegehren gegen die beschlossenen Waffenlieferungen und das damit verbundene weitere Morden.

Gerhard Perlick, Bützow

Sozialpatrioten aus Kiew wollen gegen alle Vernunft ein Regime stützen, an dessen Spitze ein korrupter Präsident mit seinen ministerialen faschistischen Bandera-Anhängern steht.

Weder im Fernsehen noch in den Medien gibt es zu den in der Ukraine agierenden Kräften eine ausgewogene Berichterstattung. Sie erzeugt ein vollkommen unrealistisches Meinungsbild und führt am Ende in Kriegshysterie. Selenski wird hofiert auf allen Kanälen, doch das Datenleck der Pandora Papers deckte auf, daß er zu den 38 ukrainischen Politikern gehört, die horrende Summen auf Offshore-Konten versteckt haben. Aus keinem anderen Land wurden mehr Politiker in den Papers genannt als die aus der Ukraine. Selenskis Botschafter in Deutschland maß sich an, sein Gastland und deren Politiker zu verhöhnern. Aus seiner faschistischen Gesinnung macht er kein Hehl. Das Grab des NS-Kollaborateurs Stepan Bandera in München zu besuchen, ist ihm eine Ehre. Bandera arbeitete im Zweiten Weltkrieg mit der Wehrmacht zusammen und gilt als Kriegsverbrecher. Aber auch der ukrainische Präsident Selenski ehrte nicht nur Asow-Kämpfer öffentlich im Parlament, er ließ bei seinem Auftritt im griechischen Parlament Mitglieder des neonazistischen Regiments Asow sprechen. Einseitige und unausgewogene Parteinahme sowie der Mangel an diplomatischem Verstand und Geschick werden den Krieg in der Ukraine nicht beenden.

Raimon Brete, Chemnitz

Ich stimme dem Kommentar von Siegfried Wunderlich aus Plauen in der Mai-Ausgabe des „RotFuchs“ voll und ganz zu. Was die Presse und der Mainstream von sich geben, ist unerträglich. Zum Glück gibt es noch alternative Kanäle.

Immer wieder sind es die Amerikaner, die ihre schmutzigen Hände im Spiel haben. Haben sie nicht im eigenen Land genug Dreck vor der

eigenen Haustüre zu kehren? Und die Rolle der Baltischen Staaten und der Ukraine im 2. Weltkrieg sollten hier viele hinterfragen. Ich freue mich immer wieder, wenn der „RotFuchs“ in den Briefkasten flattert.

Frank Sterzinger, Königs Wusterhausen

Der Krieg in der Ukraine dauert schon viel zu lange (seit 2014) und kostete sehr viele Opfer. Auch wenn der militärische Eingriff Rußlands formal ein Bruch des Völkerrechtes ist, gab es reichlich nicht zu leugnende Ursachen wie die NATO-Osterweiterung. Auf Anhieb fallen mir etwa 50 Kriege seit 1945 ein, verursacht von den USA oder deren Mithilfe, auch unter Beteiligung der EU, der BRD inbegriffen, (Jugoslawien), dazu die vielen Wirtschaftsblockaden und versuchte oder gelungene Regime Changes in anderen Ländern – *alle* unter Bruch des Völkerrechtes. Aber niemals gab es deswegen diesen Haß auf die Verursacher, niemals dieses überbordende Ausmaß an Sanktionen, außer gegenüber Kuba, niemals die falsche Psychologisierung eines Angreifers als eines „Irren“ wie es gegenüber Putin geschieht, niemals die unangemessene Personifizierung eines Krieges wie den jetzigen, der zu „Putins Krieg“ erklärt wird. Statt sachlicher Analyse und wahrheitsgemäßer Erklärung von Zusammenhängen, tobt sich der offenbar nie beendete Antikommunismus in Form von maßlosem Russenhaß aus. Staatsoberhäupter werden normalerweise Präsidenten genannt; regieren sie ein Land wie China, Kuba, Nordkorea, Venezuela oder Rußland, sind es „Autokraten“, „Machthaber“ und „Diktatoren“, nur weil sie andere kulturelle und politische Werte vertreten und ein anderes Verständnis von Demokratie haben. Es ist Zeit, zwischen den Kriegsparteien USA, Russische Föderation und Ukraine zu verhandeln, die Waffen ruhen zu lassen und ein Vertragssystem über die Zukunft der Ukraine und darüber hinaus zu schaffen, indem endlich auch die Sicherheitsinteressen Rußlands berücksichtigt werden.

Die nächste Runde massiven Wettrüstens hat begonnen. Wenn es so weitergeht, steuern wir geradewegs auf einen großen Krieg zu. Annalena Baerbock „profilierter“ sich hierbei als treibende Kraft. Diese sich völlig überschätzende Außenministerin mit ihren kriegslüsternden Auftritten, ihrer Moralisierung von Politik, ihrem Unwissen über Geschichte, Politik und Diplomatie, ihrem Geplapper und ihrer Heuchelei von Mitleid bildet sich ein, im Namen der Deutschen zu sprechen – in meinem Namen bestimmt nicht.

Martina Dost, Vierlingen

Es ist bemerkenswert, woran die Russen alles schuld sein sollen: an der Inflation, an den hohen Energiepreisen, an den teuren Lebensmitteln, bald auch an zu wenig Gas und Öl und der damit verbundenen Rezession der deutschen Wirtschaft und deshalb auch an wachsender Verarmung vieler Menschen.

Doch zu fragen ist: Wer hat die Sanktionen beschlossen, die wie ein Bumerang zurückkommen und uns nun selber treffen? Wer eskaliert und schürt das Feuer? Deutschlands Außenministerin ist eine Kriegsministerin, die mit allen Mitteln gegen Rußland kämpft. Hat sie die Vorlesungen bei ihrem Studium des Völkerrechtes zu Diplomatie, Deeskalation,

Kompromiß und Verhandlungen geschwänzt? Und ihr Kollege, Wirtschaftsminister Habeck, kappt alle Wirtschaftsbeziehungen ohne Rücksicht auf Verluste im eigenen Land.

Und so geht es weiter: 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr, aber Kürzungen für Schulen, Universitäten, Sport und Kultur ...

Mir fiel jüngst eine kleine Geschichte in die Hände: Ein alter Cherokee-Indianer sitzt mit seinem kleinen Enkel am Lagerfeuer. Er möchte ihm etwas über das Leben erzählen. Er sagt: „Im Leben gibt es zwei Wölfe, die miteinander kämpfen: Der erste ist Haß, Mißtrauen, Feindschaft, Angst und Kampf. Der zweite ist Liebe, Vertrauen, Freundschaft, Hoffnung und Friede.“ Der kleine Junge schaut eine zeitlang ins Feuer, dann fragt er: „Und welcher Wolf gewinnt?“ Der alte Indianer schweigt. Nach einer Weile sagt er: „Der, den du fütterst.“

Stephanie Meister, Halle

In deutschen Medien gibt es nur Berichte und Bilder, die Russen als Mörder darstellen und die Ukrainer und besonders Selenski als Helden. Diese einseitige Berichterstattung führt dazu, daß sich viele Bürger die Nachrichtensendungen gar nicht mehr ansehen. Der Krieg in der Ukraine begann eben nicht erst 2022 mit dem Einmarsch der Russen, sondern mindestens schon 2014, und in dieser Zeit wurden in den Gebieten Donezk und Lugansk über 14 000 Menschen durch ukrainische Soldaten getötet. Das gehört auch zur Wahrheit und zur Aufarbeitung der gegenwärtigen Situation. Es war auch kein ganz unvorbereiteter Überfall Rußlands. Die ukrainische Armee stand, von den USA hochgerüstet, mit über hunderttausend Soldaten an der russischen Grenze.

Den heutigen Machthabern in der Ukraine werden immer neue Waffen und Milliarden von Euro und Dollar in den Rachen geworfen, obwohl jeder weiß, daß das Land keine Demokratie ist, die Mehrzahl der Politiker korrupt ist und das Geld in unsichtbaren Kanälen versickert. Was immer wieder in Zweifel gezogen wird, hat sich nun mit der Veröffentlichung bisher geheim gehaltener Akten aus den Jahren 1989/90 bestätigt. Im Zuge der Verhandlungen über die „Wiedervereinigung“ Deutschlands wurde der Sowjetunion in Person von Kohl und Genscher versprochen, die NATO nicht weiter nach Osten auszudehnen, was besonders von den USA hintertrieben und damit zunichte gemacht wurde. Diese unheilvolle Rolle haben die Amerikaner auch bei den von Rußland geforderten schriftlichen Garantien für ihre Sicherheit Ende 2021 gespielt. Worauf sollten sich die Russen denn noch verlassen können?

Ralf Kaestner, Bützow

Der Krieg in der Ukraine wird immer mehr zu einem Medien-Spektakel und die Helden sind schon ausgemacht! Der ukrainische Präsident Selenski und der Botschafter Melnyk in der Bundesrepublik werden fast wie Popstars in sämtlichen Medien gezeigt, ja sie werden glatt gefeiert! Hier wird einfach die Entwicklung, wie es zu dem Krieg kam, ausgeblendet. Doch auch das ist zu einfach, denn wenn die westliche Welt kein Interesse hätte an der Ukraine, würden sie keine Waffen liefern! Es geht um globale Interessen der westlichen Welt. Deren Führungsmächte sind bereit, auch einen dritten

Weltkrieg in Kauf zu nehmen. Es wird Zeit, daß sich Widerstand spürbar entfaltet. Stoppt den Wahnsinn! **René Osselmann, Magdeburg**

Junge Mitglieder der patriotischen Jugendorganisation „Junge Garde“ skandierten am 9. Mai in Moskau vor 14 westlichen Botschaften: „Wahrheit und Erinnerung können nicht rückgängig gemacht werden!“

Den dahinterstehenden Gedanken teile ich mit ganzem Herzen. Doch es ist eine verabsolutierende Aussage, genauso wie „Freundschaft ist unverbrüchlich“, und deshalb so nicht richtig. Freundschaft kann brechen und Wahrheit und Erinnerung können sehr wohl „rückgängig“ gemacht, also ausgelöscht werden. Daran wird derzeit von den Herrschenden in Deutschland und der westlichen Welt mit aller Macht gearbeitet.

Das historische Wissen der Menschen um mich herum ist überwiegend mehr oder weniger bedenklich defizitär. Die in Schulen verwendeten Geschichtsbücher sind nicht selten den Namen nicht wert, so „schräg“, unvollständig bzw. falsch wird Vergangenheit dargestellt.

Und Menschen, die sich angesichts ihrer Biographie sehr wohl erinnern müßten, was beispielsweise in der DDR als Alltag tatsächlich erlebt worden war, können sich nur noch an in Wirklichkeit gar nicht erlebte „Stasiverfolgung“ erinnern, sogar Menschen, die im Kindergartenalter waren.

Es ist also wichtig, immer wieder neu und bei jeder sich bietenden Gelegenheit an Geschichte zu erinnern, wie es die „Junge Garde“ in Moskau tat, damit Wahrheit und Erinnerung Bestand haben. Noch wichtiger ist, dabei Glaubwürdigkeit zu erzielen, was genaue Formulierungen und Vermeidung von Pauschaliersierung und Glorifizierung verlangt.

Die über 70jährige Erfahrung von Industriegesellschaft ohne Ausbeutung, das darin steckende soziale Zukunftspotential muß offengelegt werden. Dafür haben die Rotarmisten und viele andere Menschen ihr Leben eingesetzt und millionenfach hergeben müssen, was nicht vergeblich gewesen sein darf.

Renato Lorenz, Berlin

Der Krieg zwischen Rußland und der Ukraine markiert eine Zäsur, weil er zu einer neuen Polarisierung von Kräften und Staaten weltweit führen wird. Räumlich beschränkte sich die Konfrontation im Kalten Krieg vor allem auf Europa und die USA. Jetzt wird sich eine Blockbildung um die beiden Pole USA und China entwickeln.

Um die USA gruppieren sich die traditionellen Verbündeten Großbritannien, Kanada, Australien und Japan.

Die EU steht politisch im Vasallenverhältnis zur USA, hat aber ein ökonomisches Potential für eigenständiges Agieren, das von den USA in ähnlicher Weise als Bedrohung angesehen wird wie die chinesische Wirtschaftskraft.

Der Krieg in der Ukraine wurde durch die EU zum Anlaß genommen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland abzubauen, was zur enormen Schwächung der eigenen Unternehmen führt. Die USA haben lange an daran gearbeitet, vor allem die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland zu stören. Sie erkennen in der Verbindung von russischen

Rohstoffen und westlicher Technologie eine starke Konkurrenz für die eigene Wirtschaft. Somit scheint der Krieg zwischen Rußland und der Ukraine für die USA ein Hauptgewinn zu sein. China wird als Gegenpol der USA durch Rußland eine Stärkung erfahren. Die von der EU boykottierten Rohstoffe können an China geliefert werden. Im Gegenzug liefert China Spitzentechnologie an Rußland. Die Zusammenarbeit, bereits jetzt auf einem hohen Stand, wird sich weiter intensivieren.

China unterhält bereits jetzt gute Wirtschaftsbeziehungen zu vielen asiatischen, afrikanischen und südamerikanischen Ländern. Auch Rußland hat seine Positionen in diesen Ländern ausgebaut, auch im Nahen Osten.

Indien pflegt intensive Beziehungen zu Rußland und wird sich kaum den USA anschließen, trotz guter Wirtschaftsbeziehungen. Aktuell wird es bei dem Pendelkurs zwischen beiden Polen bleiben. Später ist damit zu rechnen, daß sich China und Indien unter russischer Vermittlung annähern werden.

Dieser starke euro-asiatische Block wird künftig für immer mehr Länder attraktiv werden, auch weil China seit zwei Jahren die USA in der Spitzentechnologie überholt hat. Die damit einhergehende Steigerung der Produktivität ist ein optimistisches Unterpfand positiver Entwicklung.

Horst Neumann, Bad Kleinen

Als langjähriger Leser des „RotFuchs“ habe ich ihn als marxistische Bastion im Meer der Massenmanipulation und -verblödung schätzen gelernt. Auch zum Krieg in der Ukraine hat er wichtige und nützliche Informationen vermittelt, die sich wohltuend von der Kriegspropaganda der Mainstream-Medien unterscheiden. Mich stört jedoch, daß in der Logik nahezu aller Beiträge die Invasion in der Ukraine völlig alternativlos, aufgezwungen und unvermeidbar erscheint. Leider bisher nicht thematisiert wurde, daß die „Militäroperation“ aus russischer Sicht eine verhängnisvolle Fehlentscheidung war. Als strahlende Sieger dieser kriegerischen Auseinandersetzung stehen bereits jetzt die USA und die von ihr dominierte NATO fest, die diesen Krieg provoziert und regelrecht herbeigeschaut haben. Die USA haben Dinge erreicht, von denen sie vor Kriegsbeginn nur träumen konnten. Der Ruf Rußlands als berechenbarer Partner in den internationalen Beziehungen ist ruiniert, die „Entspannungsdividende“ (Daniela Dahn) verspielt. Die USA haben ihre europäischen Konkurrenten noch stärker unter ihre Kontrolle gebracht und von Rußland isoliert. Die US-amerikanische Rüstungsindustrie boomt und selbst das umweltschädliche Fracking-Gas kann überteuert abgesetzt werden. Ungebremste Aufrüstung und Militarisierung wurden durchgesetzt. Schweden und Finnland geben ihre Neutralität auf und die Ostsee wird zum NATO-Binnengewässer. Rußland wird wirtschaftlich und politisch nachhaltig geschwächt. In Rückbesinnung auf Lenin handelt es sich bei dem Krieg in der Ukraine um einen imperialistischen Krieg zwischen Rußland und den USA um die Neuaufteilung der Welt, bei dem Ukrainer für die Interessen der USA kämpfen und sterben, aber auch viele Russen ihr Leben lassen müssen. Dieser Krieg sollte deshalb

verurteilt und abgelehnt werden, auch wenn sein Ziel aus russischer Sicht darin besteht, die Weltherrschaftsambitionen der USA einzugrenzen. (Stichwort: unipolare Welt) Generell gilt es, Kriege als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln aus dem Leben der Völker zu verbannen, zumal wir auch mit diesem Krieg einer nuklearen Katastrophe für die Menschheit so nahe gekommen sind, wie seit langem nicht mehr. Wieder einmal stehen Kriegstreibern und Kriegsgewinnlern die Massen einfacher Menschen gegenüber, die mit Tod und Zerstörung, Sozialabbau und Inflation konfrontiert sind.

Wolfgang Schmidt, Berlin

„Freiheit“, „Demokratie“, „Freiheit der Presse“, auch „Meinungsfreiheit“ sind Begriffe, die medial sehr strapaziert werden. So darf sich zwar jeder in unserer „westlichen Wertegemeinschaft“ seine eigene Meinung bilden, doch über Anlaß und Ort, diese zu äußern bzw. zu veröffentlichen, entscheidet der Staat.

Man darf seine Meinung über Faschismus sagen, schreiben, singen, doch sobald sie Kritik an der Duldung neofaschistischen Gedankengutes und entsprechender Aktionen sichtbar macht, wird sie sanktioniert ...

Wenn es darum geht, Antifaschisten, die einst gegen den Faschismus der 30er und 40er Jahre kämpften, die von deutschen Faschisten gefoltert, gehängt und erschossen wurden, heute zu ehren, ihre Namen zu nennen, dann vernimmt man plötzlich ein Rauschen, ein Fiepen: Empfangsstörung? Funkloch oder doch Bildungslücke?

Darf man den Faschismus, ob er nun neu oder alt ist, nur auf „eine andere Meinung“ reduzieren oder verharmlosen?

Peter Dornbruch, Schwerin

Eine Wahlbeteiligung unter 50, teils sogar unter 40 % bei Landrats- und Bürgermeisterwahlen, und keine Kandidaten für „ehrenamtliche“ Bürgermeister – das ist die Antwort des „Fußvolkes“, das für alles und jeden zahlt und doch nicht gehört wird.

Die Erfahrungen, insbesondere seit der Flüchtlingskrise und den Corona-Maßnahmen und nun mit der unverhohlenen Aufrüstung gegen Rußland und China sind immer dieselben: Eine selbsternannte und ermächtigte Elitengemeinschaft aus märchenhaft reichen Eigentümern von Produktionsmitteln, deren Geschäfte von letztlich gekauften Politikern, Beamten und Juristen besorgt werden, bestimmt über Arm und Reich, Gut und Böse, Krieg und Frieden ... Der in dieser „Demokratie“ in Sonntagsreden hochgelobte „mündige“ Bürger darf höchstens darüber abstimmen, ob eine von oben genehmigte Parkbank rot oder grün gestrichen wird. Dafür erwartet man, daß wir alles, was „von oben“ kommt, gut finden und akzeptieren, jede Hetze und jeden Krieg willkommen heißen, da es ja um „Freiheit und Demokratie“ geht. Der Wahn vom „Herrenmenschen“ ist wiedererstanden und der Traum vom „Platz an der Sonne“ scheint sich mit den neuen Aufrüstungsplänen der deutschen Bundesregierung langsam zu erfüllen.

Volkentscheide, die den Bürgerwillen repräsentieren, sind in der angeblich alternativlosen „Demokratie“ nicht vorgesehen. Denn sie

könnten ja ein Einfallstor für tatsächlich das Recht und die Freiheit des Volkes gewährende Entscheidungen sein.

Die per Volksentscheid gebildeten Volksrepubliken Donezk und Lugansk haben es vorgemacht. Das Recht ist auf ihrer Seite, auch wenn es ihnen, wie wir gegenwärtig erleben, von einer korrupten, nazistisch durchsetzten ukrainischen Machtclique streitig gemacht wird. Und hier in Deutschland wird Kriegshysterie geschürt, während die Armen immer ärmer, die Reichen immer reicher werden. Aber immer mehr Menschen verstehen, daß sie ausgebeutet und fremdbestimmt werden und verweigern deshalb ihre Leistung und ihre Mitarbeit.

Kornelia Mücksch, Schkeuditz

Nachdem es den imperialistischen Kräften bis 1945 nicht gelungen war, die Sowjetunion zu vernichten, warfen die USA 1945 zwei Atombomben über Hiroshima und Nagasaki ab mit ca. 250 000 Todesopfern. Ihre Erklärung, sie wollten damit den Krieg im Pazifik ohne weitere amerikanische Opfer beenden, ist eine Lüge. Ihre Absicht war es, der Welt zu zeigen, daß sie eine Waffe besitzen, welche die USA als die zukünftige Weltmacht auswies. Danach wurde auf der Konferenz der westlichen Industriestaaten in Fulton/Missouri im März 1946, unter Vorsitz Churchills, die Generallinie zum Kampf gegen das entstehende sozialistische Lager ausgegeben. Der Kalte Krieg war eröffnet. Nach dem die Roll-Back-Illusionen spätesten 1961 am geschlossenen Widerstand und der gewachsenen militärischen Stärke der Warschauer Vertragsstaaten aufgegeben werden mußten, begann im verstärkten Maße, neben der Hochrüstung der beiden Systeme, die ökonomische und ideologische Diversion. Eine maßgebliche Rolle spielte der zum Papst Johannes Paul II. gekürte Pole Karol Wojtyła. Damit hatte man an der ideologischen Front einen glühenden Antikommunisten und Russenhasser, dessen Ziel es war, den real existierenden Sozialismus zu beerdigen. Für diese Verdienste wurde er heilig gesprochen.

Aber Totgesagte leben länger. China erholte sich von seinen Fehlschlägen des „Großen Sprungs“ und der Kulturrevolution, öffnete seine Märkte und erzielte Fortschritte bei der Industrialisierung und Armutsbekämpfung, die die Welt in Staunen versetzte. Rußland ist unter Putins Führung nach der Jelzin-Ära aus der alkoholisierten Apathie als erstarkte Kraft auf der Bühne der Global-Player erschienen.

Peter Pöschmann, Döbeln

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler: „Antirussische Kriegshetze im katholischen Gewand, RF 292, S. 11

Wie in dem Artikel auch geschehen, muß zwischen Papst Franziskus und dem polnischen Papst Johannes Paul II. differenziert werden. Dieser hat bei seinem Besuch in der Ukraine für den unermüdlichen und heldenhaften Kampf gegen die (sowjetischen) Invasoren gedankt. Die Erklärung Chomskys, die NATO sei gegründet worden, um sich „vor den russischen Horden zu verteidigen“, ist alles andere als „treffend“. Die NATO war von Anfang an ein aggressives Militärbündnis, und auch nicht erst seit 1999 eine Invasionsallianz.

Dr. Kurt Laser, Berlin

pressefest.unsere-zeit.de



UZ-Pressesfest
Berlin | 27. & 28. August



Der nächste „RotFuchs“ (Nr. 295) erscheint nach der Sommerpause Anfang September.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 -238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout:

Rüdiger Serinek

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:

www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda

Rico Jalowietzki
Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Holger Michael
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Vertrieb und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 -241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.